



Chinas Weg in eine gelenkte Marktwirtschaft: die Agrarreform 1979–2004

Von Rainer Land | 5.9.2025

Chinas Agrarreform begann im Verborgenen und gegen Widerstände. Doch das Haushaltsverantwortungssystem setzte sich durch – und wurde zum Ausgangspunkt des größten Wirtschaftsbooms der jüngeren Geschichte.

Den Aufstieg Chinas von 1978 bis heute hatte eine umwälzende Wirkung für die arbeitenden Bevölkerung. Die Entwicklungen habe ich in zwei vorangegangenen Beiträgen dargestellt: die Beseitigung der Armut, steigende Löhne, beträchtliche Erweiterung des Konsumniveaus; zugleich aber auch eine divergente Entwicklung. Die höheren Einkommen stiegen schneller als die unteren, die Einkommensungleichheit nahm zu und die Arbeitskräfte, die in Fabriken in

städtischen Regionen arbeiten, aber einen ländlichen Hukou (registrierter Wohnsitz) haben (sogenannte Wanderarbeiter), sind oft Bürger zweiter Klasse.

Doch welche institutionellen Wandlungen haben den Aufstieg der chinesischen Volkswirtschaft seit 1979 erst möglich gemacht? In diesem Beitrag gebe ich einen Überblick und stelle das Haushaltsverantwortungssystem dar. Chinas Agrarreform war der Ausgangspunkt und der Schlüssel – ohne sie hätte die Reformstrategie nicht gelingen können.

Noch in den 1970er Jahren war China eines der ärmsten Länder der Welt. Die kommunistische Staatspartei (KPCh) war klar, dass sie ihre Macht nur dauerhaft erhalten konnte, wenn die Hungersnöte aufhörten und eine dynamische Wirtschaftsentwicklung begann. Aber erst nach dem Tod Mao Tse Tungs konnte Dengs Xiaoping die Anhänger Maos in heftigen Machtkämpfen marginalisieren und einen Reformkurs durchsetzen.

Chinas gelenkte Marktwirtschaft – diesen Begriff erkläre ich in einem der nächsten Beiträge genauer – ist eine chinesische *Eigenentwicklung*. Sie entstand zu einer Zeit, in der andere gelenkte Marktwirtschaften, insbesondere in den USA, in Westeuropa und nach 1990 auch die japanische Variante, bereits von neoliberalen Regulationssystemen (dem Finanzmarktkapitalismus) verdrängt worden waren. Die Herausforderung bestand nicht nur darin, eine *Marktwirtschaft* aufzubauen, sondern zusätzlich darin, dass die Macht der KPCh und eine möglichst *sozialistische Orientierung* erhalten bleiben sollten – was immer man unter „sozialistisch“ verstehen wollte.

Wie konnte die Steuerung der wirtschaftlichen und sozialökonomischen Entwicklung durch eine *kommunistische Staatspartei in einer Marktwirtschaft* gelingen? Sollte man die neoliberal orientierten Finanzsysteme des in den 1970er und 1980er Jahren entstandenen *Finanzmarktkapitalismus* kopieren? Wie sind die Probleme des Übergangs aus einem planwirtschaftlich verfassten Wirtschafts-, Banken- und Geldsystem zu gestalten, ohne dass tiefe realwirtschaftliche Einbrüche und Krisen auftreten, Versorgungsengpässe, anhaltende Inflation, Massenarbeitslosigkeit und dadurch bedingte sozialen Unruhen und Protestbewegungen den Reformkurs schon zu Beginn unmöglich machen?

Wenn im Folgenden die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer *sozialistischen gelenkten Marktwirtschaft* skizziert werden, so entsteht der Schein, als sei dies ein geordneter und weitgehend geplanter Prozess gewesen.

Das aber ist falsch. Der Weg wurde durch Experimentieren und Selektieren, durch eine *Mosaikrevolution*, von Schritt zu Schritt gefunden: „Steine ertastend den Fluss überqueren“, wie es Deng formulierte.

Erst im Nachhinein entsteht der Eindruck einer „geordneten“ Entwicklung, die einem Modell oder Konzept gefolgt sei. Aber weder Schumpeter noch Marx, weder Friedman oder Ludwig Erhard lieferten Blaupausen. Und auch Japan, Singapore, die USA oder die EU konnte man nicht einfach kopieren. Allerdings studierten chinesische Wissenschaftler und KP-Führer andere Länder und konsultierten deren Wissenschaftler, luden sie zu Beratungen nach China ein und diskutierten deren Theorien.

Das Verantwortungssystem für Haushalte

Chinas Agrarreform begann inoffiziell in den ländlichen Regionen Anhui und Sichuan. Dort schlossen Bauern geheime Verträge, die es ihnen erlaubten, kollektiv zugeteiltes Land auf Haushaltsebene zu bewirtschaften. Die ersten Bauern, die heimlich Haushaltsverträge schlossen (zum Beispiel 1978 im Dorf Xiaogang, Anhui), mussten befürchten, wegen „Konterrevolution“ bestraft zu werden. Sie schrieben ihre Vereinbarung auf einen geheimen Zettel und versiegelten ihn. Falls einer von ihnen bestraft würde, sollten die anderen für seine Kinder sorgen. Die Rückkehr zur Haushaltsbewirtschaftung wurde von manchen Parteikadern als „Rückschritt in den Kapitalismus“ oder „Privatisierung durch die Hintertür“ kritisiert.

1978, nach der dritten Plenartagung des 11. Zentralkomitee der KPCh, begann die Politik der „Reform und Öffnung“ (改革开放). Sie gilt als Wendepunkt der chinesischen Politik. Beschlossen wurde die Abkehr vom „Klassenkampf“ als Hauptaufgabe und die Rehabilitation vieler während der Kulturrevolution verfolgter Kader. Deng Xiaoping gewann entscheidend an Einfluss. Mit dem Beginn der „Vier Modernisierungen“ wurde die Einführung des Haushaltsverantwortungssystems legalisiert – zunächst experimentell, später landesweit. Die Bauern durften den Boden nutzen und verpflichteten sich, eine festgelegte Quote an Getreide und Abgaben abzuliefern.

Das Haushaltsverantwortungssystem entpuppte sich als ein riesiger Erfolg. Die Erträge und die Investitionen verdoppelten sich zwischen 1980 und 1985. Schon 1982/83 wurde das System landesweit eingeführt. 1983 wurden die meisten Volkskommunen faktisch aufgelöst, aber der Grund und Boden, die Gewässer

und die in vielen Regionen sehr wichtigen Bewässerungssysteme blieben Kollektiveigentum.

Nach der chinesischen Verfassung (Artikel 10) gibt es zwei Hauptformen des Bodeneigentums: Staatseigentum (国有, guóyǒu); der Stadtboden ist formal Eigentum des Staates und wird durch die Zentralregierung bzw. die von ihr autorisierten Kommunalregierungen verwaltet. Und Kollektiveigentum (集体所有, jíǐ suǒyǒu) – vor allem ländlicher Boden, die Agrarflächen.

Privatpersonen oder Unternehmen können in beiden Fällen nur zeitlich befristete Nutzungsrechte (使用权, shǐyòngquán) erwerben. Die Nutzungsdauer für Wohnungen beträgt 70 Jahre und wird ohne Antrag automatisch verlängert, allerdings ist bis heute nicht klar, ob und wieviel Gebühren dann zu entrichten sind. (Die 70 Jahre für die ersten Fälle laufen erst etwa 2050 ab). Die Nutzungsrechte für landwirtschaftliche Flächen betragen 30 Jahre, aber die KP beschloss 2008 und 2017, dass Bauern ein „dauerhaftes Besitzrecht über Generationen“ bekommen sollen. Auch diese Verträge werden automatisch verlängert. Die Nutzungsdauer für Gewerbe, Industrie, Bildung, Kultur, Gesundheit und Sport beträgt 50, für Tourismus, Freizeit und Kommerz 40 Jahre. Eine Verlängerung erfolgt gegen regional unterschiedliche Gebühren, oder gegen eine jährlich zu zahlende Pacht.

Der gewaltige Erfolg dieser Agrarreform war die Voraussetzung für das gesamte weitere Reformprogramm: Die Gefahr von Hungersnöten war gebannt und die Versorgung mit Lebensmitteln verbesserte sich. Die Armut wurde weniger und es gab Licht am Horizont.

In der Anfangszeit zwischen 1978 und 1984 mussten Bauern nach wie vor staatliche Getreidequoten zu festen (und meist niedrigen) Preisen liefern. 1985 wurde das System überarbeitet zum sogenannten „Vertragssystem“ (合同定购制, hétóng dìnggòu zhì). Die Bauern verpflichteten sich nur noch zu bestimmten reduzierten Liefermengen („Kontraktquoten“). Überschüsse durften sie selbst behalten oder frei zu auf dem Markt gebildeten Verhandlungspreisen verkaufen.

Das zweigleisige Preissystem – ein fester Preis für den Aufkauf von Getreide durch den Staat, ein fluktuierender Preis für den freien Verkauf der Überschüsse auf Märkten – hatte noch einen unerwarteten Nebeneffekt: Es stabilisierte die bäuerlichen Einkommen bei Überproduktion. Als „das Getreideangebot stark stieg, was einen raschen Preisverfall auslöste, schützte die staatliche

Beschaffung im Rahmen des Haushaltsverantwortungssystems die Bauern vor den Auswirkungen heftiger Preisschwankungen“, schreibt Isabella M. Weber.^[1]

1992 schrumpfte die Quote noch stärker. 2004 wurde die letzte verbliebene Pflichtabgabe (Getreidesteuer/农业税) faktisch abgeschafft und 2006 die Agrarsteuer und Pflichtlieferungen im ganzen Land aufgehoben. Bauern bewirtschaften bis heute ihr Land ohne Ablieferungspflicht auf Vertragsbasis mit der Dorfgemeinschaft, meist mit 30-Jahres-Verträgen, die bis mindestens 2050 garantiert sind. Heute wird es offiziell oft „家庭承包经营责任制“ genannt („System der vertraglichen Haushaltsbewirtschaftung“).

Eine neu entstandene ländliche Entwicklungsgruppe lieferte in den frühen 1980er Jahren überzeugende Belege für die positiven Wirkungen des Haushaltsverantwortungssystems. Ihre Feldstudien hatten besonderes Gewicht, weil sie als relativ unabhängige Einrichtung außerhalb der Partei- und Staatsstrukturen galt. 1983 kam es zum entscheidenden Durchbruch: Selbst in Provinzen wie Heilongjiang, wo die Parteiführung lange Widerstand leistete, konnten die Erhebungen zeigen, dass die Bauern sich klar für das neue System aussprachen. Damit war der Weg frei – das Haushaltsverantwortungssystem setzte sich endgültig durch.

Das zweigleisige Preissystem war offenbar der richtige Einstieg in eine eher lange Übergangsphase hin zu einer entfalteten Marktwirtschaft, obwohl es von den Reformern und den meisten westlichen Beratern zunächst abgelehnt wurde: „Man kann nicht zugleich Rechts- und Linksverkehr zulassen.“ Doch die positiven Erfahrungen im Agrarbereich sollten später auch in der Debatte um die Industriepreisreform eine Rolle spielen.

Mit steigender Agrarproduktion und Arbeitsproduktivität wurden auch weniger Arbeitskräfte benötigt. Die Herausforderung ist, dass die zur Verfügung stehenden Flächen in China sehr begrenzt sind: 1995 standen pro Kopf 0,08 ha zur Verfügung – aber aufgrund der wachsenden Städte und der noch immer nicht vollständig gestoppten Ausbreitung der Wüsten im Norden und Westen sinkt die Zahl sukzessive. Das zwingt zu einer intensiven Agrarwirtschaft.

Die Freisetzung von Arbeitskräften in den ländlichen Regionen wurde kompensiert durch neue Arbeitsplätze in den schnell wachsenden industriellen Zentren – darunter den Sonderwirtschaftszonen – und durch die Entwicklung ländlichen Gewerbes. Der Umbau der ländlichen Produktion konnte durch eine verbesserte soziale Lage der Bevölkerung bewältigt werden. Wichtig dabei war

eine *kontrollierte* Abwanderung von Arbeitskräften in Industrie und Städte. Die damit verbundenen sozialen Umbrüche, das System der Wohnsitzregistrierung (Hukou) und die Lage dieser „Wanderarbeiter“ wurden im vorigen Beitrag dargestellt.

Das Haushaltsverantwortungssystem löste binnen weniger Jahre eines der größten Probleme Chinas: die wiederkehrenden Hungersnöte. Ohne diesen Schritt wären weitere Reformen gescheitert.

[1] Weber, Isabella M. (2023): Das Gespenst der Inflation: wie China der Schocktherapie entkam. Übersetzt von Stephan Gebauer. Erste Auflage, Deutsche Erstausgabe. Berlin: Suhrkamp, S. 244.



Chinas Aufstieg und die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Von Rainer Land | 20.8.2025

Längst gehört China zu den wirtschaftlich und technologisch führenden Staaten der Erde. Doch wie steht es um die Lage der arbeitenden Bevölkerung? Hat sie von dem Aufstieg profitiert?

Rechnet man nach Kaufkraftparitäten, hat die Volksrepublik China das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt. Die Wachstumsraten des Landes liegen durchschnittlich immer noch bei 5 Prozent pro Jahr. Mit etwa zwei Millionen aktiven Soldaten besitzt China auch die größte Streitmacht der Welt (zum Vergleich: die USA haben 1,4 Millionen), aber der chinesische Militärhaushalt beträgt nur ein Drittel des US-amerikanischen. China hat 600 strategische Nuklearwaffen, die USA über 6000. Die USA unterhalten rund 800 Stützpunkte in über 80 Ländern weltweit, was ihnen eine hohe geopolitische Reichweite

bescheert. China hingegen hat nur wenige Übersee-Stützpunkte ([zum Beispiel Djibouti](#)).

Der immer wieder vorhergesagte wirtschaftliche oder politische Abstieg Chinas ist nicht eingetreten. Zwar gibt es Krisen, wie eine Überproduktion von Immobilien im Bausektor, bei Stahl und anderen Massenprodukten oder eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Aber bislang hat China solche Herausforderungen durch Reformen und Anpassungen bewältigt.

Die sicher größte Herausforderung für die Volksrepublik wäre ein vom Westen angezettelter Krieg, denn speziell die USA sehen sich durch Chinas Aufstieg bedroht. Einige versuchen, den Konflikt mit Taiwan militärisch zu eskalieren. Zum Glück ist die Bevölkerung in Taiwan bislang mehrheitlich [nicht an einer Eskalation interessiert](#) und setzt auf die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik.

Nach Angaben chinesischer Stellen machten Taiwanesen 2024 gut vier Millionen Reisen in die VR China – zum Zwecke der Arbeit, des Studiums und des Tourismus. Das entspricht etwa 11.000 Reisen pro Tag. Umgekehrt gab es von Januar bis Oktober 2024 rund 320.000 Besuche vom chinesischen Festland nach Taiwan, also etwa 1.050 Besuche pro Tag. Allerdings hat der Massentourismus aus der VR China noch nicht das Niveau vor der Corona-Krise erreicht.

Über die Beschäftigung von Taiwanesen in China und umgekehrt gibt es keine verlässliche Statistik. Es gab bis Oktober 2024 fast eine Million Anträge auf *Mainland Travel Permit for Taiwan Resident*. Die geschätzte Zahl taiwanesischer Unternehmen auf dem Festland beträgt 50.000. Laut dem Investitionskommissionsbericht (Taiwans MOEA) wurden vom Juli 2009 bis Dezember 2024 insgesamt 1.622 Investitionsprojekte chinesischer Unternehmen in Taiwan genehmigt, mit einem Gesamtvolumen von rund 2,89 Milliarden US-Dollar. Mindestens 35 chinesische Unternehmen haben offiziell Büros in Taiwan eröffnet und diese beim taiwanesischen Wirtschaftsministerium registriert. Dazu gehören die Bank of China, Bank of Communications, China Merchants Bank und China Construction Bank. Viele chinesische Unternehmen [agieren über Tochtergesellschaften oder Holdingfirmen](#) – zum Beispiel Lenovo, Alibaba oder Huawei –, wodurch ihre Präsenz in Taiwan indirekt erfolgt und nicht immer öffentlich erkennbar ist.

Man kann nur hoffen, dass alle Akteure rational genug sind und eine militärische Eskalation vermeiden. Allerdings wird sich ohne einen Krieg der Aufstieg Chinas

fortsetzen – mit hoher Wahrscheinlichkeit, wenn auch mit etwas *geringeren* Wachstumsraten und vermutlich steigender Innovationsdynamik.

Betrachtet man Wirtschaft als Nullsummenspiel, dann wäre es im Interesse der USA, den Konflikt mit China zu eskalieren, um das Reich der Mitte einzudämmen, auch wenn dies allen schadet. [\[1\]](#) Einen Atomkrieg kann keine Seite gewinnen und ein konventioneller Krieg zwischen Taiwan (mit den USA im Hintergrund) und der Volksrepublik würde die wirtschaftliche Entwicklung aller beteiligten Länder zerstören.

Aber wirtschaftliche Entwicklung muss kein Nullsummenspiel sein. Eine kooperative Strategie zur Lösung globaler Herausforderungen, mit denen China, die USA, Europa und die BRICS gleichermaßen konfrontiert sind, könnte allen Akteuren nutzen: Der Umbau der Energiesysteme, der Aufbau von offenen und geschlossenen Stoffkreisläufen in globalem Maßstab, Innovationen in neue Werkstoffe und umweltkompatible Verfahren, neue Lösungen für die Gestaltung von urbanen Regionen und Konsumstrukturen in einer ökologische Kapitalverwertungswirtschaft wären geeignete Felder realwirtschaftlicher Entwicklung. Sie würden sowohl Arbeit und Arbeitseinkommen als auch Innovationsgewinne für Unternehmen und Staatseinnahmen zur Finanzierung der Gemeingüterproduktion ermöglichen.

Der Aufstieg Chinas ist verbunden mit der Frage, ob die Zukunft der Weltwirtschaft in der Kooperation für gemeinsamen Wohlstand liegt, oder in der gegenseitigen Einhegung und Eskalation.

Wirtschaftswachstum

In den vergangenen 45 Jahren hat China eine hohe Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. Der Höhepunkt lag in den Jahren 2004 bis 2019. Der Aufschwung wird sich wahrscheinlich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Chinas BIP von 1980 bis 2024 mit Prognosen bis 2030

in Milliarden US Dollar

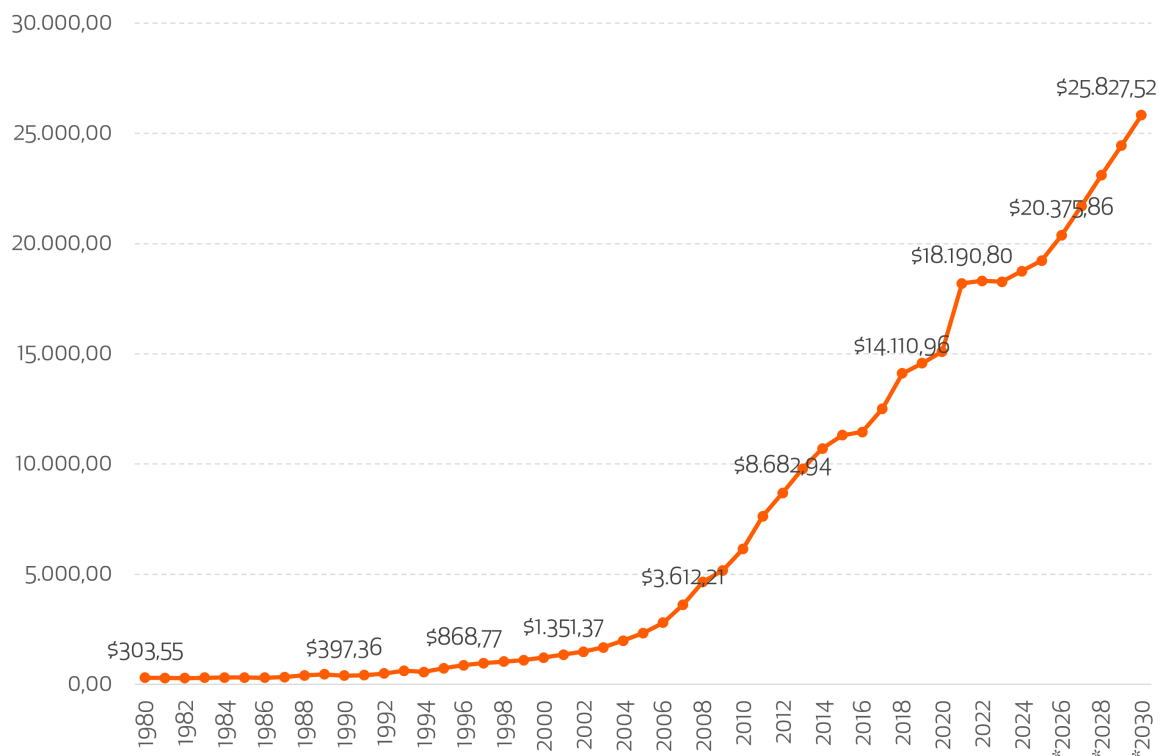


Abbildung 1, Quelle: Statista

Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg seit 1980 auf das 56-fache, pro Kopf auf das 38-fache. Für den anderen Aufsteiger Indien betragen die Werte das fünfzehnfache BIP, pro Kopf das Siebenfache. Seit 2000 wuchs das chinesische BIP auf das Vierzehnfache, pro Kopf das Neunfache.

Chinas Bevölkerung wächst nicht mehr – anfangs wegen der Ein-Kind-Politik. Aber auch nach ihrem Ende seit 2015 bzw. 2021 bleibt die Geburtenrate deutlich unter zwei Kindern pro Frau, was in China wie in vielen anderen Ländern mit einer wohlstandbedingten Veränderung der Lebensweise zusammenhängt. Die Altersversorgung in modernen Gesellschaften hängt nicht mehr von der Zahl der Kinder ab, zudem kosten Unterhalt und Ausbildung der Kinder erheblich mehr als vor 50 Jahren.

Der Bevölkerungsrückgang bietet die Chance, wachsenden Wohlstand bei geringerer Belastung natürlicher Ressourcen zu ermöglichen, sofern die Produktivität durch Innovationen weiter steigt. Innovationen durch wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen den ökologischen Umbau der Industrie, der

Landwirtschaft und des Konsums. Für China bedeutet es einen Rückgang der Wachstumsrate von über 10 auf derzeit nur noch 5 Prozent; sie wird wahrscheinlich weiter sinken, weil künftig qualitative Veränderungen des Produktionssystems eine stärkere Bedeutung bekommen.

Chinas BIP pro Kopf von 1980 bis 2024 mit Prognosen bis 2030 in US-Dollar

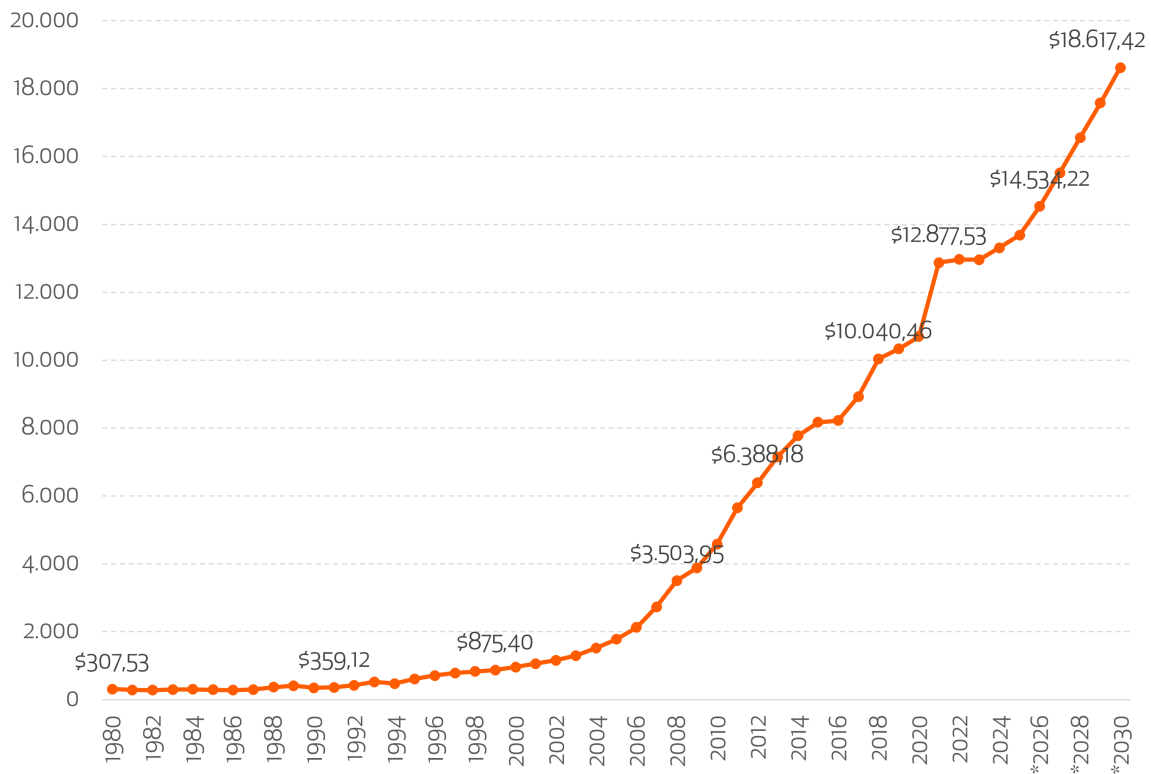


Abbildung 2, Quelle: Statista

Doch wie steht es um die Lage der arbeitenden chinesischen Bevölkerung? Hat sie von dem Aufstieg profitiert?

Im Jahr 2014 erklärte die kommunistische Partei Chinas das Ziel, die *absolute Armut* zu überwinden. Tatsächlich sank die Zahl der Armen von nahezu 100 Millionen im Jahr 2012 auf 5,5 Millionen Ende 2019. Am 25. Februar 2021 verkündete Präsident Xi Jinping den „vollständigen Sieg“ über die Armut. Laut offiziellen Angaben wurden 98,99 Millionen Menschen auf dem Land und 128.000 Dörfer aus der Armut geführt. [2] Offizielle Statistiken bestätigen, dass China Ende 2020 keine Menschen mehr unterhalb der nationalen Armutsgrenze hatte, die 2010 inflationsbereinigt bei circa 2.300 Yuan pro Jahr und 2020 bei etwa 4.000 Yuan lag.

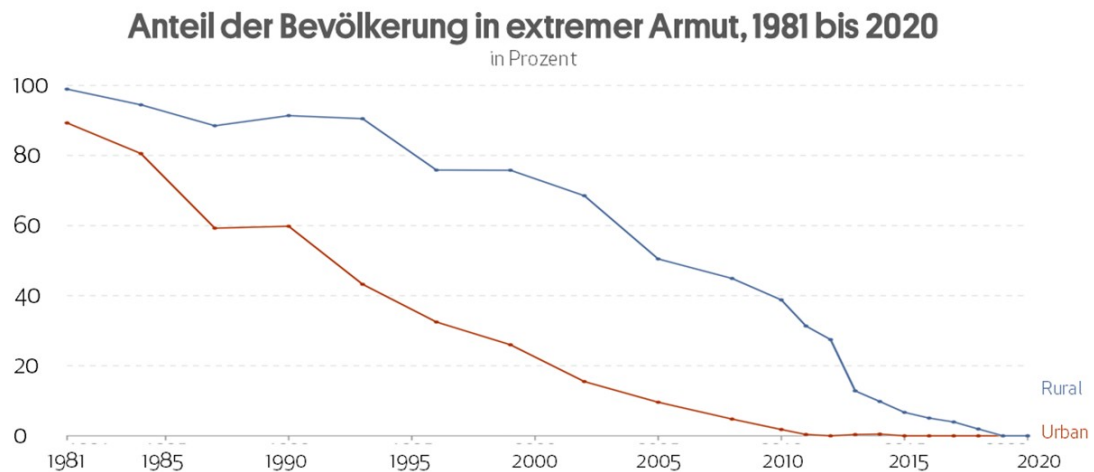


Abbildung 3: Extreme Armut wird definiert als ein Leben unterhalb der internationalen Armutschwelle von 3 US-Dollar pro Tag. Die Daten sind inflationsbereinigt. Datenquelle: Weltbank-Plattform für Armut und Ungleichheit (2025).

Entwicklung der Löhne

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Löhne in ländlichen und in industriellen Regionen.

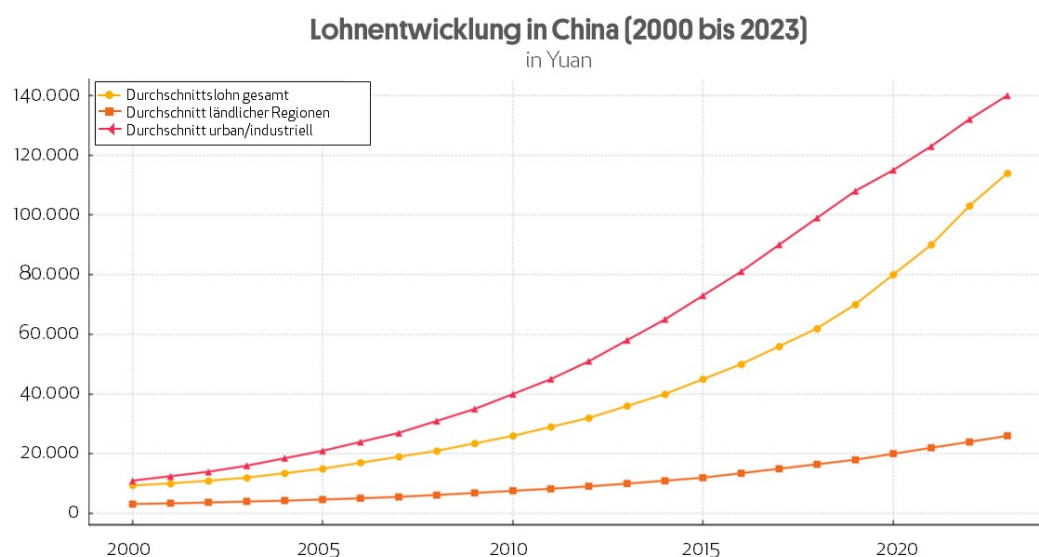


Abbildung 4, Grafik: Deep Seek

In 25 Jahren seit 2010 stiegen die Jahreslöhne von knapp 40.000 Yuan auf ca. 120.000 Yuan im Jahr 2022 (umgerechnet 17.400 US-Dollar), in städtischen Bereichen sogar auf ca. 140.000 Yuan (21.200 US-Dollar). Der ländliche Bereich ist mit knapp 3.000 Yuan (435 US-Dollar) hingegen deutlich abgehängt. Allerdings dürfte auf dem Land auch ein Teil des Konsums in Eigenarbeit im eigenen Haushalt erwirtschaftet werden. Von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau sind die Löhne in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen.

China: Entwicklung der Reallöhne von 2010 bis 2024 (in % gegenüber dem Vorjahr)

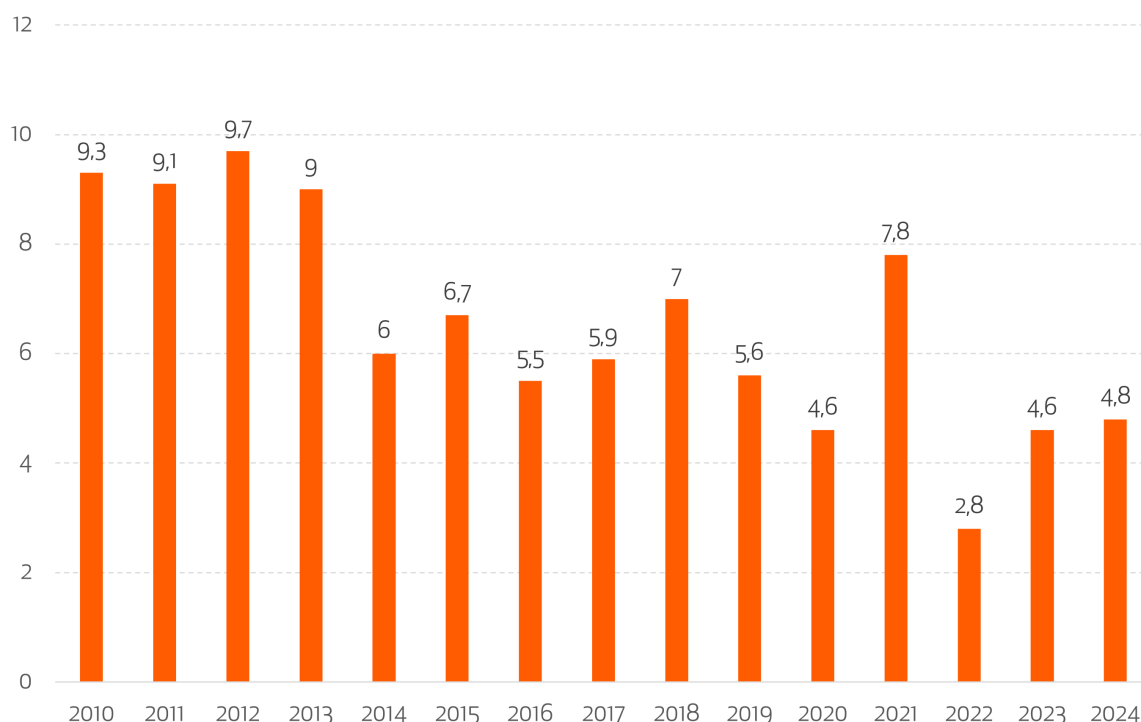


Abbildung 5, Quelle: Statista

Bemerkenswert ist, dass die chinesische Entwicklung der sogenannten goldenen Lohnregel folgte. Die Löhne sind mittelfristig schneller gestiegen als die Produktivität, lagen im Durchschnitt um mehr als 3 Prozent darüber, was bis 2024 auch der Zielinflationsrate entsprach.

Das entspricht der Dynamik in den USA und in Deutschland in den 1960er Jahren, aber nicht mehr der gegenwärtigen Entwicklung. In den USA blieben seit den 1980er Jahren die Löhne deutlich hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Ähnliches gilt auch für Deutschland.

Nun hat die goldene Lohnregel zunächst eine makroökonomische Bedeutung: Die Nachfrage der Arbeitnehmer würde bei steigender Produktivität nicht hinter dem wachsenden Angebot zurückbleiben. Auf diese Weise kann Arbeitslosigkeit und umgekehrt auch Inflation vermieden werden. Seit dem Siegeszug des Neoliberalismus in den 1980er Jahren und der zunehmenden Finanzialisierung der Volkswirtschaften aber gilt das nicht mehr. Die hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibende Nachfrage muss durch Exportüberschüsse oder Staatsverschuldung kompensiert werden.

Auch in China reichen die Lohnzuwächse noch nicht, um eine dem Produktivitätswachstum entsprechende Nachfragesteigerung zu erreichen. Das galt insbesondere, solange die arbeitssuchende Bevölkerung noch stark wuchs. Das Wirtschaftswachstum musste über dem Wachstum der Produktivität liegen, um die Jahr für Jahr wachsende Zahl an Arbeitskräften zu beschäftigen. Das gilt auch 2025 noch, weil derzeit die letzten geburtenstarken Jahrgänge nach Ausbildung und Studium ins Erwerbsleben eintreten. Das ist eine Ursache der hohen Jugendarbeitslosigkeit, allerdings nicht die einzige und wohl auch nicht die wichtigste.

Mit 40 Prozent hat China eine sehr hohe Sparquote, der Konsum steigt langsamer als die Einkommen, die Nachfrage bleibt damit hinter der Produktion zurück. Eine hohe Sparquote kann eine gewisse Zeit kompensiert werden durch Exporte, Infrastrukturinvestitionen und das Wachstum der Produktion öffentlicher Gemeingüter (Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft). Über einen längeren Zeitraum ist hingegen eine Umstellung der Entwicklungsrichtungen und ein Umbau der Konsumstrukturen erforderlich. Zwar strebt China eine ausgeglichene Handelsbilanz an, diese ist aber zumindest kurzfristig nicht zu erreichen. Anteilig sinken die Handelsbilanzüberschüsse und der Export soll von den Industrieländern (vor allen USA und EU) hin zu anderen Schwellenländern verschoben werden.

Die Umstellung der chinesischen Wirtschaft von einer exportorientierten Dynamik (Werkstatt der Welt) auf eine Binnenmarktdynamik ist eine komplizierte Herausforderung. Überkapazitäten im Bauwesen und bestimmten Industriesektoren (Stahl, Maschinenbau, PKW) müssen abgebaut und neue Konsum- und Investitionsbereiche entwickelt werden – nicht zuletzt solche, die eine Reduzierung des Verbrauchs von Naturressourcen ermöglichen. Da China keine zentral gesteuerte Planwirtschaft ist, ergeben sich die Entwicklungsrichtungen und Dynamiken aus den Handlungen und Strategien

vieler Millionen Akteure: Unternehmen und Konsumenten, die auf Marktsignale und auch auf politische Diskurse reagieren. Nicht zuletzt Regionen und Kommunen, die sehr an steigenden Einnahmen und daher an wachsenden Unternehmen interessiert sind.

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und der Konsumstrukturen ist ein gewaltiges Feld für Innovationen, Investitionen und auch für die Entwicklung neuer Konsumstrukturen. Aber diese Umstellung kann nicht in wenigen Jahren erfolgen. Indem China auf erneuerbare Energien, auf grüne Wirtschaftsentwicklung und Stoffkreisläufe setzt, riesige Gebiete in den Wüsten aufforstet und neue Entwicklungen im Bereich der öffentlichen wie der privaten Mobilität anstößt (Nahverkehr, Hochgeschwindigkeitszügen, E-Mobilität), wurden aber erste Schritte getan.

Wirtschaftswachstum und Konsum

Pro Kopf stieg das chinesische BIP von 2000 bis 2020 auf das vierzehnfache. Im Vergleich dazu stieg das deutsche Pro-Kopf-BIP von 1990 bis 2020 auf etwa das dreifache. Allerdings ist das unterschiedliche Ausgangsniveau zu beachten. Chinas BIP pro Kopf steigt zwar weitaus schneller, aber es liegt derzeit erst bei etwa einem Drittel im Vergleich zum EU-Durchschnitt und einem Fünftel im Vergleich zu den USA. Indes ist der Abstand geringer, wenn man Kaufkraftparitäten berechnet: Dann erscheint das chinesische BIP pro Kopf etwa halb so groß wie das der EU und etwa ein Drittel so groß wie das der USA.

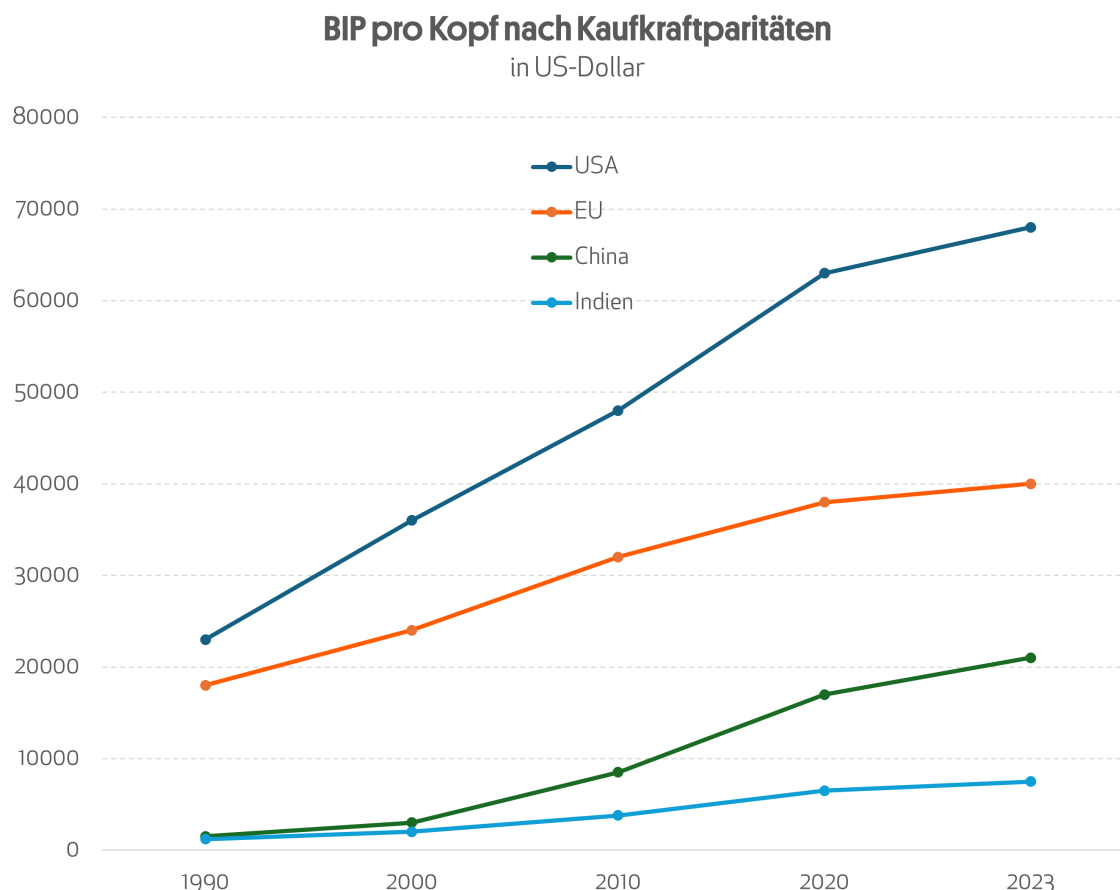


Abbildung 6, Datenanalyse: Deep Seek

Dieser Vergleich relativiert sich weiter, wenn man die unterschiedlichen Lebensweisen und Konsumstrukturen betrachtet. Zichen Wang von der *Princeton School of Public and International Affairs* hat eine [Studie von Yu Fei und Guo Kai](#) vorgelegt. Sie zeigt, dass der Konsum in China höher ist, als er nach Berechnung des BIP pro Kopf erscheint, wenn man tatsächliche Verbrauchsmengen in Naturalgrößen misst: „Obwohl es eine erhebliche Lücke zwischen China und den Industrieländern in Bezug auf die Pro-Kopf-Konsumausgaben gibt, zeigt eine Analyse (...) des tatsächlichen Konsumvolumens, dass diese Lücke viel kleiner ist als die, die sich in den Pro-Kopf-Ausgaben widerspiegelt.“

Mit anderen Worten: Der Lebensmittelkonsum entspricht dem der Industrieländer. Was den Wohnraum betrifft, unterscheidet sich die Pro-Kopf-Grundfläche der chinesischen Bevölkerung nicht wesentlich von den Industrieländern, allerdings bei deutlich geringerem Preisniveau, wenn man von Metropolen wie Peking oder Shanghai absieht. Auch im Bereich der Dienstleistungen, der Bildung und den Gesundheitsleistungen ist das Niveau der Industrieländer fast erreicht. Einen

größeren Abstand gibt es beim Tourismuskonsum, wenngleich China auch hier aufgeholt hat.

Der Verbrauch von Industriegütern unterscheidet sich strukturell. Bei Automobilen gibt es zwar eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung, aber auch einen deutlichen Abstand zu den USA, Deutschland und Frankreich. Dafür sind der öffentliche Nahverkehr und die Hochgeschwindigkeitszüge in China viel weiter als in Europa oder den USA.

Für die Gesundheitleistungen wurde die Lebenserwartung als Indikator gewählt. Die Studien-Autoren stellen fest, dass die durchschnittliche Lebenserwartung Chinas stabil gewachsen ist, „beginnend mit 53 Jahren im Jahr 1965 bis hin zu 78 Jahren im Jahr 2023. Chinas durchschnittliche Lebenserwartung hielt sich bis 2004 auf einem ähnlichen Niveau wie in Mexiko, danach verbesserte sich China kontinuierlich und vergrößerte den Abstand allmählich.“

Fazit: Makroökonomisch betrachtet hat die chinesische Bevölkerung deutlich am wirtschaftlichen Aufstieg partizipiert, und zwar durch die Überwindung der absoluten Armut, durch steigende Löhne im Maße der Produktivitätsentwicklung und wachsendem Konsum, der sich langsam dem Niveau der Industrieländer annähert.

Nun ist die Annäherung an das westliche Konsumniveau nicht das einzige Kriterium, an dem sich die Teilhabe der chinesischen Bevölkerung messen lassen sollte. Gerade wenn das Ziel eine „sozialistische“ Entwicklung werden soll, müssten weitergehende Kriterien betrachtet werden: Mitbestimmung, Entfaltung der Individualität, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Spannend zu beobachten wird sein, welche Folgen Modernisierung, Automatisierung und Digitalisierung auf die Arbeits- und Organisationsbedingungen der Beschäftigten haben werden.

[1] Vgl. John Mearsheimer (2014): [Can China Rise Peacefully?](#)

[2] Uwe Behrens (2024): [Einmal sehen ist besser als hundertmal hören: Mein Blick auf Chinas Erfolge bei der Armutsüberwindung.](#)



Chinas Aufstieg und die Ungleichheit: Urbanisierung und Wanderarbeiter

Von Rainer Land | 28.8.2025

China erlebte in 45 Jahren einen beispiellosen Aufstieg – doch Wanderarbeiter bleiben Bürger zweiter Klasse, Renten und Einkommen extrem ungleich verteilt. Der Boom zeigt Erfolge, aber auch tiefe Brüche.

Der inzwischen über 45 Jahre währende Aufstieg Chinas hat die Lage der Bevölkerung fundamental verbessert – und dies bezieht sich auf fast die gesamte Bevölkerung.

Unbestritten gibt es dem entgegenstehende Einzelschicksale – und zwar aus zwei Gründen: Einerseits betreffen sie die innenpolitische Opposition. Wird der Führungsanspruch der Kommunistischen Partei in Frage gestellt, werden

separatistische Ziele verfolgt oder gar terroristische Mittel eingesetzt (wie vor Jahren in Xinjiang), so waren und sind Verhaftungen, Verurteilungen und Repressionen die zu erwartende Reaktion.^[1]

Zum anderen hatte die Entwicklung seit den 1980er Jahren eine ganze Reihe von Krisen und Umbrüchen zu bewältigen. Teilweise dramatische Veränderungen der Lebenswelt waren die Folge und werden auch künftig nicht zu vermeiden sein. Der Film „Bis dann, mein Sohn“, der die Geschichte zweier Familien von den 1980er Jahren bis in die Gegenwart erzählt, berichtet über solche Schicksalsschläge, die im Kontext eines gesellschaftlichen *Aufstiegs* gezeigt werden.

Dramatische Umbrüche war die Inflation in den Jahren 1988 und 1989, die zu Massenprotesten der Bevölkerung, einem anschließenden Studentenaufstand und dessen gewaltsamer Niederschlagung am 4. Juni 1989 führten. Dann die Entlassung vieler Arbeitskräfte, als in den 1990er Jahren die Staatsbetriebe in Staatsunternehmen umgewandelt wurden. Die Umbrüche in den ländlichen Regionen und die damit verbundene Migration von Arbeitskräften in die Metropolen und in die Sonderwirtschaftszonen in den 1990er und 2000er Jahren waren mit teilweise schlimmen Zuständen in der Arbeitswelt und den Quartieren der „Wanderarbeiter“ verbunden. Familien aus ländlichen Regionen wurden auseinandergerissen und traditionelle Familienstrukturen im Zuge der Ein-Kind-Politik aufgebrochen.

Noch heute ist die Arbeitswelt für nicht wenige Menschen in China mit übermäßigen Belastungen und Erniedrigungen verbunden, obwohl sich die Lage seit 2010 deutlich verbessert hat. In dem Spielfilm „Moneyboys“ von C. B. Yi aus dem Jahr 2021 sagt Liang Long über seine Zeit als Wanderarbeiter in einer Fabrik in Shenzhen: „Ich habe dann in einer Fabrik gearbeitet. 16 Stunden täglich. Ich habe die Sonne nie gesehen.“ Sein Freund Liang Fei antwortet: „Leute wie wir können nicht das Leben führen, das Du dir wünschst. Denk doch mal nach. Ein eingesperrter Hund bellt ein paar Tage. Und dann ist er still.“

Trotz dieser Widersprüche zwischen dem Aufstieg der chinesischen Volkswirtschaft und den Problemen in der Lebenswelt der einfachen Arbeiter handelt es sich um einen *Aufstieg*, der einen sehr, sehr großen Teil der Bevölkerung aus einer elenden Lage herausgehoben hat und deutliche, noch in den 1980er Jahren unvorstellbare Verbesserungen brachte. Und der Aufstieg ist vermutlich nicht zu Ende. Allerdings gestaltete er sich nicht für alle Bürger gleich.

Die einkommensschwächeren Schichten sinken nicht ab, sie steigen nur langsamer auf als die Mittel- und die Oberschicht. Die Ungleichheit nimmt zu, weil „einige schneller reich werden“, wie Deng formulierte. Wanderarbeiter mussten und müssen immer noch erhebliche Nachteile verkraften, obwohl sich auch deren Lage inzwischen verbessert.

Ist der Gini Koeffizient ein geeignetes Maß?

Der Gini-Koeffizient für die chinesischen Einkommen beträgt 46,5 von 100 (Wert für 2023, Angaben der Weltbank). 100 wäre absolut gleich, 0 maximal ungleich. 1978 betrug er geschätzt 30, 1990 wuchs er auf 38,9. Die Einkommensungleichheit hat während des chinesischen Aufstiegs bis etwa 2010 zugenommen, d. h. die höheren Einkommen wuchsen schneller als die geringen. Seit 2013 sinkt der Gini-Koeffizient leicht.

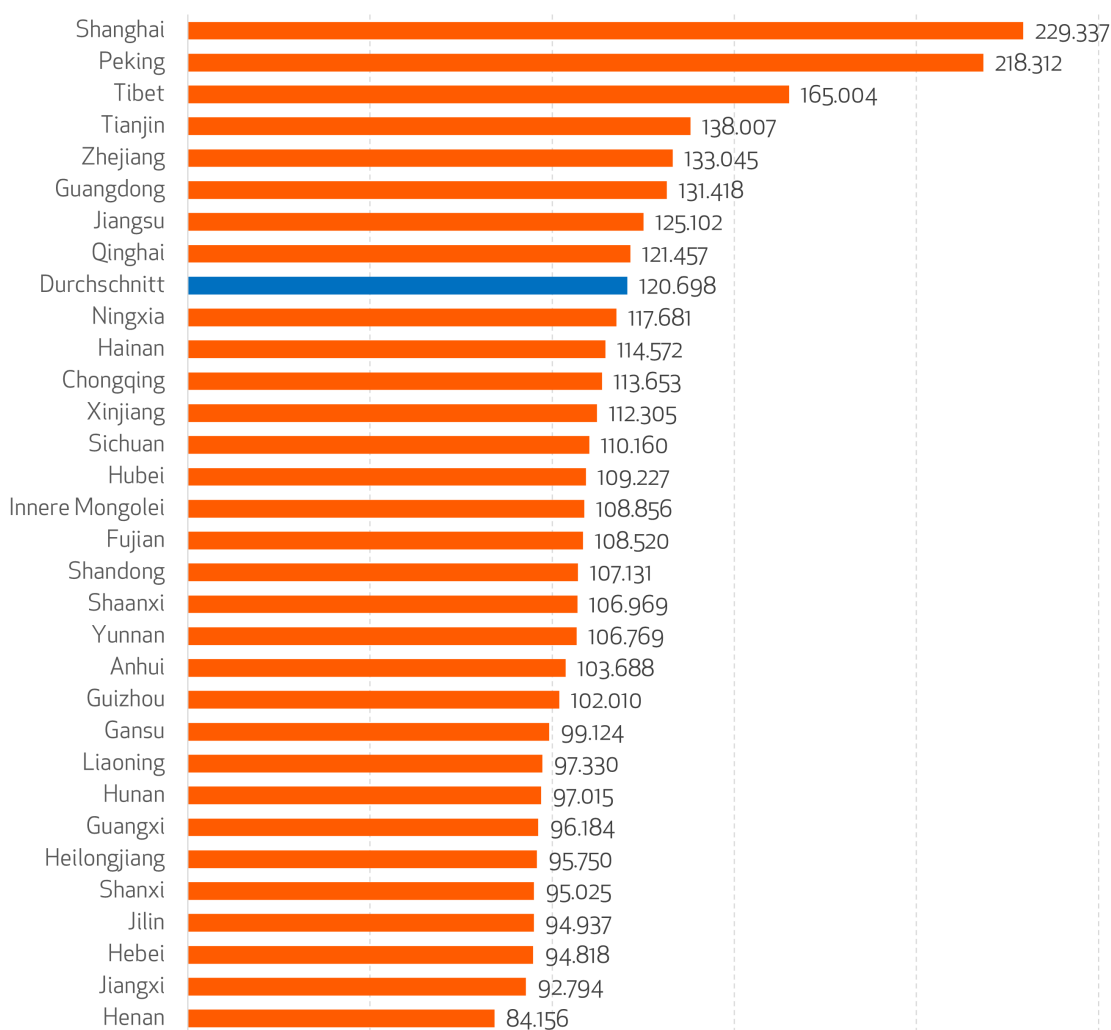
Zum Vergleich: In den USA betrug der Koeffizient 39,7 (2020), in Deutschland 29,5 (2024). Einen sehr geringen Wert hat die Slowakei mit 24, hohe Werte dagegen Südafrika 63 (2014) oder Hongkong 54 (2016). Die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung beträgt für China 70,1 (2021), im Vergleich dazu USA ca. 85, Deutschland 79 und Slowakei 51.

Allerdings muss man fragen, was der Gini-Koeffizient tatsächlich aussagt und ob er ein geeignetes Maß ist für ein Land der Größe und inneren Differenziertheit Chinas. Besteht eine Menge von Probanden theoretisch aus Arbeitnehmern, die alle Erwerbseinkommen aus Lohn beziehen, so bildet der Koeffizient die *quantitative Ungleichheit qualitativ gleichartiger Einkommen gut ab*. Bezieht aber ein Teil Arbeitnehmereinkommen, ein anderer aus Geldanlagen und ein größerer Teil der Probanden Einkommen aus selbständiger Tätigkeit als Landwirt und erzeugt einen relevanten Teil der benötigten Lebensmittel aus Eigenarbeit, so ist der Vergleich der Geldeinkommen nicht sehr aussagekräftig. Qualitativ verschiedene Einkommen werden scheinbar quantitativ verglichen. Das kann man machen, muss sich aber über die damit verbundene Messprobleme Rechenschaft ablegen.

Streng genommen setzt der Vergleich ähnliche Lebens- und Arbeitsweisen und ähnliche Lohnfindungsverfahren voraus. Das ist in dem riesigen und vielfältigen China nicht der Fall. Das Lohnniveau differiert, weil die Lohnfindungsmechanismen in den industriell geprägten Küstenregionen mit denen in ländlichen Regionen im Westen nicht vergleichbar sind. Auch die

Lebenshaltungskosten sind sehr verschieden. Muss eine teure Wohnung finanziert werden? Oder lebt man im eigenen Haus auf einem Grundstück, das im Rahmen des Familienverantwortungssystems kostenlos oder sehr günstig gepachtet wurde? Die folgende Grafik zeigt das durchschnittliche Jahresgehalt eines Beschäftigten. Es ist in Shanghai und Peking fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt, aber hier sind die Lebenshaltungskosten auch besonders hoch.

**Durchschnittliches Jahresgehalt eines Beschäftigten in China
nach Provinzen (2023)**
(in Yuan)



Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Einkommen

Gravierende Unterschiede bestehen zwischen ländlichen und städtischen Haushalten auch innerhalb der Provinzen. Das Einkommen städtischer Haushalte ist in der Regel das Mehrfache der ländlichen. Hier einige Beispiele:

Einkommen pro Kopf in ausgewählten städtischen und ländlichen Haushalten

für 2020 bzw. 2019* oder 2017**

Landkreis / Region Schwerpunkt Wirtschaft	Einwohner, davon ländlich	Einkommen Städtisch (RMB)	Einkommen Ländlich (RMB)	Differenz (RMB)	städtische Einkommen zu ländlichen
Shiyan (Hubei) Zentrum der Automobilindustrie	3,2 Millionen Mehrheit städtisch	33.577 Höchstes städtisches Einkommen	11.378	22.199	2,9
Sunan Yugur (Gansu) Landwirtschaft beschäftigt drei Fünftel der Arbeitskräfte. Industrie 45 Prozent des BIP, Rohstoffe, Bergbau, Bauwesen	35.100 Mehrheit ländlich	33.531	21.783 Höchstes ländliches Haushalts- einkommen	11.748	1,5
Baoting (Hainan) profitiert von der Sonderwirtschaftszone Hainan und dem Hafen. Dominant ist aber Landwirtschaft und Ökotourismus. Nachhaltige Projekte, die Landwirtschaft und Tourismus verbinden.	156.108 Mehrheit ländlich: 102.000	33.564	14.067	19.497	2,4
Shouning (Fujian)* Tierhaltung, Aquakultur	177.960 Mehrheit ländlich	28.023	15.359	12.664	1,8
Yicheng County (Henan)* Getreideanbau. Kohle, Roheisen, Strom aus Kohle	323.500 Mehrheit ländlich: 186.000	32.404	12.796	19.608	2,5
Yucheng (Shandong)** Zentrum für biobasierte Industrien und Lebensmittelverarbeitung (Luzhou Group). Landmaschinen, Solarenergie	490.031 Mehrheit städtisch: 245.000	25.718 geringstes städtisches Einkommen	10.338	15.380	2,5
Wutai (Shanxi)* Landwirtschaft, Bergbau, buddhistischer Pilgertourismus, Ökotourismus, Wind- und Solarindustrie, Kohlebergbau, Wasserkraft	233.228 Mehrheit ländlich 210.400	26.643	6.787 geringstes ländliches Einkommen	19.856	3,9

Quellen: Sunan Yugur Autonomous County: Lokale Statistikbehörde (County Statistical Bulletin 2021); Baoting Li and Miao Autonomous County (Hainan): Hainan Statistical Yearbook 2020; Shouning County (Fujian): Fujian Provincial Statistical Yearbook 2019; Yicheng County (Henan): Henan Statistical Yearbook 2019; Yucheng County (Shandong): Shandong Provincial Statistical Yearbook 2017; Wutai County (Shanxi): Shanxi Provincial Statistical Yearbook 2019. Shiyan (Hubei): Daten der lokalen Statistikbehörde.

Das Hukou-System und die Lage der Wanderarbeiter

Ob ein Haushalt in China als „städtisch“ oder „ländlich“ gilt, hängt vom registrierten Hukou-Status ab – nicht nur vom Wohnort. In der Praxis kann ein

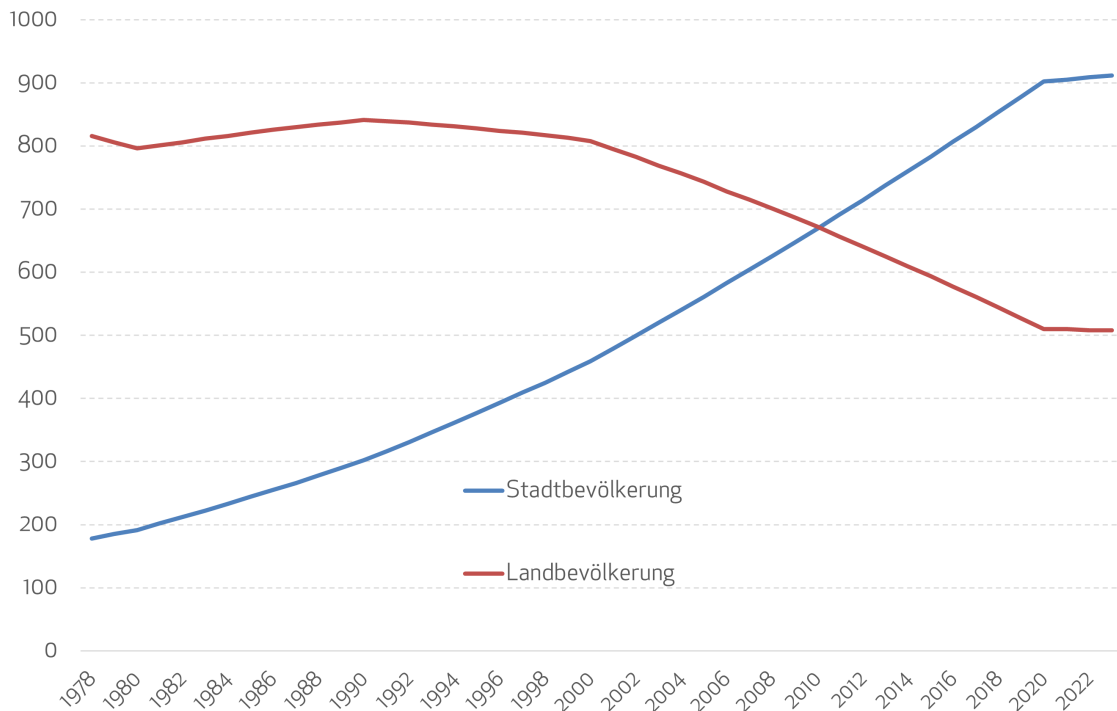
Haushalt, der in der Stadt lebt, statistisch als „ländlich“ gezählt werden, solange er einen ländlichen Hukou mitgebracht hat und diesen nicht ändern konnte.

Das Hukou-System, also das System der staatlichen Haushaltsregistrierung, geht auf Registrierungssysteme der Kaiserzeit zurück. Das heutige System wurde 1958 eingeführt und hatte das Ziel, die Wanderung der Bevölkerung vom Land in die Städte zu verhindern bzw. zu kontrollieren. Die damalige KP-Regierung unter Mao Tse Tung wollte sicherstellen, dass die städtische Bevölkerung klein und kontrollierbar blieb, damit Nahrungsmittelversorgung und Arbeitsplätze gesichert waren. Es entstanden *Stadtbürger* mit vielen Privilegien und *Landbewohner* mit eingeschränkten Rechten. Der Hukou bestimmte, wo man wohnen und wo man arbeiten durfte, bestimmte den Zugang zu Schulen, Lebensmitteln und Gesundheitsversorgung. Stadt und Land hatten getrennte Versorgungssysteme. Migration ohne Genehmigung wurde kriminalisiert, es gab keine Freizügigkeit innerhalb Chinas und sie ist immer noch eingeschränkt.

Mit der Reform und Öffnungspolitik ab 1978 wurde das System gelockert, es gab und gibt schrittweise Reformen, aber es besteht bis heute formal fort. Die industrielle Entwicklung in den Städten brauchte Arbeitskräfte. Mehr als 400 Millionen Landbewohner wanderten per Saldo in drei Jahrzehnten in die Städte. 1979 lebten etwa 80 Prozent der Einwohner auf dem Land; 2023 sind es noch 36 Prozent, etwa zwei Drittel leben in Städten. Die meisten Migranten wanderten ohne Änderung des Hukou in die Städte, dort leben immer noch sehr viele Personen und Familien mit ländlichem Hukou. So entstand die Klasse der Wanderarbeiter (农民工, nongmingong): Es sind Stadtbewohner, die in der Stadt arbeiten, aber einen ländlichen Hukou haben.

China: Entwicklung der Stadt- und Landbevölkerung (1978 bis 2023)

in Millionen Einwohnern



Die Zuordnung des Hukou basiert auf dem „Statistischen Regelwerk zur Unterscheidung von städtischen und ländlichen Gebieten“, das 2008 vom Staatsrat gemeinsam mit mehreren Ministerien erlassen wurde. Als städtisch gelten formal als „Stadtbezirk“ oder „Stadtgemeinde“ definierte administrative Einheiten. Alles was nicht städtisch ist, gilt als ländlich. Die Zuordnung eines Haushalts oder einer Person zu einem städtischen oder ländlichen Hukou ändert sich beim Umzug nicht automatisch, sondern nur auf Antrag in teilweise komplizierten Verwaltungsverfahren. Zunächst behält ein Migrant das Hukou seiner Herkunftsregion.

Eine Änderung des Hukou – also die offizielle Umschreibung in eine andere Stadt oder Region – ist nicht so einfach. Man muss einen offiziellen Antrag stellen, und ob der bewilligt wird, hängt stark von der Stadt, der persönlichen Qualifikation und den jeweiligen politischen Programmen ab. Die wichtigsten Wege, wie ein Hukou geändert werden kann, sind:

- **Bildung oder Studium:** Wer an einer Universität in einer anderen Stadt aufgenommen wird, kann oft ein temporäres „Schul-Hukou“ bekommen.

Nach dem Abschluss besteht manchmal die Möglichkeit, das Hukou dauerhaft in die Stadt zu verlegen (abhängig von Politik und Bedarf der Stadt).

- **Arbeit:** Große Städte wie Peking oder Shanghai haben strikte Kriterien. Nur hochqualifizierte Arbeitskräfte oder Personen, die bestimmte Programme erfüllen (z. B. Punktesysteme, „Talenteinwanderung“), dürfen ihr Hukou dorthin verlegen. In kleineren oder mittleren Städten ist die Umschreibung meist leichter, besonders wenn man dort offiziell arbeitet und Steuern zahlt.
- **Kinder** können in das Hukou ihrer Eltern umgeschrieben werden. Ehepartner können nach bestimmten Jahren Ehe und gemeinsamem Wohnsitz das Hukou zusammenlegen.
- **Kauf von Immobilien:** Einige Städte bieten Hukou-Umschreibung an, wenn man dort Immobilien erwirbt (oft gekoppelt an Mindestgrößen oder -werte). Andere Städte nutzen das Hukou als Anreiz, um Zuzug zu fördern.

In den letzten Jahren wurden in vielen Provinzen die Regeln gelockert, um Menschen von ländlichen in städtische Gebiete ziehen zu lassen. Aber Großstädte wie Peking, Shanghai und Shenzhen sind weiterhin sehr restriktiv. Rund zwei Drittel der Chinesen leben in städtischen Gebieten, aber weniger als die Hälfte besitzen ein städtisches Hukou – das bedeutet, dass ca. 250 Millionen Stadtbewohner ohne städtisches Hukou leben und damit oft als Bürger „zweiter Klasse“. Zwischen 2021 und 2023 haben 40 Millionen ländliche Migranten ein städtisches Hukou erhalten.

Die Zentralregierung hat in den letzten Jahren mehrfach betont, dass Hukou-Beschränkungen schrittweise gelockert werden sollen, vor allem in kleineren und mittleren Städten. Gleichzeitig sollen Megastädte wie Peking, Shanghai oder Shenzhen restriktiv bleiben, um Überbevölkerung und Belastung der Infrastruktur zu vermeiden. Vorgaben wie der *National New-Type Urbanization Plan* enthalten klare Ziele: bis 2026 sollen ca. 250 Millionen ländliche Einwohner ein städtisches Hukou erhalten.

In den ersten Jahren der Urbanisierung war die Lage der Wanderarbeiter dramatisch schlecht, obwohl sie in den Städten mehr Geld verdienen konnten als in ihren ländlichen Herkunftsregionen. Viele waren in schlechten Wohnheimen oder Containern untergebracht und mussten oft zu viel Geld für Unterkunft und Verpflegung bezahlen. Heute haben sich die Bedingungen zwar verbessert, aber die Folgen des Hukou-Systems sind für die Betroffenen immer noch dramatisch. Hier ein Vergleich zwischen drei Konstellationen:

Änderung des Hukou-Status bei Migration

Lebensbereich	Peking (Megastadt, sehr restriktiv)	Chengdu (Provinzhauptstadt, relativ offen)	Kleinstadt (Kreis- oder Bezirksebene, sehr liberal)
Hukou-Änderung	Fast unmöglich (Punktesystem, dauert >10 Jahre, nur wenige 1000 pro Jahr)	Mit Arbeitsvertrag oder Studium recht einfach, besonders für Leute aus Sichuan	Meist reine Formsache: Antrag und Wohnsitznachweis, innerhalb weniger Monate möglich
Wohnsituation	„Stadtdörfer“ (chengzhongcun), enge Räume, Abrissgefahr	Legale Mietwohnungen, Neubausiedlungen bezahlbar	Noch günstigere Wohnungen, teils sogar Zuzugsanreize (z. B. günstiger Wohnraum)
Kinder & Bildung	Kein Zugang zu normalen öffentlichen Schulen, nur Migranten- oder Privatschulen; Hochschulprüfung (Gaokao) meist nur in der Heimatprovinz möglich	Kinder können in öffentliche Schulen gehen; volle Rechte beim Gaokao in Chengdu	Öffentliche Schulen fast ohne Einschränkung zugänglich
Gesundheitsversorgung	Versicherung nur eingeschränkt nutzbar; viele Kosten müssen privat vorgestreckt werden	Versicherung gilt in Chengdu direkt; normale Nutzung von Krankenhäusern möglich	Gilt lokal direkt; kleine Städte haben weniger gute Krankenhäuser, aber einfacher Zugang
Sozialleistungen	Kein Zugang zu Sozialwohnungen oder städtischen Hilfen	Zugang zu Sozialwohnungen, günstigen Krediten, lokalen Sozialprogrammen	Voller Zugang; oft sogar Programme, um Zuzügler zu locken
Arbeit & Sicherheit	Viele Jobs informell oder mit lückenhafter Versicherung	Stabilere Verträge, Versicherung meist inklusive	Arbeitsplätze oft weniger gut bezahlt, aber sicherer Zugang zu Leistungen
Langfristige Perspektive	Bleibt meist „Bürger zweiter Klasse“ ohne Aussicht auf Peking-Hukou	Reale Chance auf vollständige Integration in die Stadt	Sehr schnelle Integration; allerdings oft geringere ökonomische Chancen vor Ort

Recherche ChatGBT

Fazit: In Metropolen leben Migranten oft Jahrzehnte, bleiben aber trotzdem sozial und rechtlich benachteiligt. Sie arbeiten in der Stadt, gehören aber nicht dazu. In Städten wie Chengdu können Migranten schnell vollwertige Bürger werden. In einer Kleinstadt ist eine Hukou-Änderung am leichtesten, aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten sind begrenzt. Der Hukou bedingt deutliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Einkommen, die sich bei den Alterseinkommen, den Sozialsystemen und den Bildungschancen in potenziierter Form fortsetzen. [2]

In China hängt die Lohnhöhe zwar *formal* nicht direkt am Hukou-Status (ländlich vs. städtisch). Das Arbeitsrecht schreibt vor, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten soll. Aber in der Realität gibt es deutliche Unterschiede für Wanderarbeiter, die mit ländlichem Hukou in der Stadt arbeiten. Wanderarbeiter

werden häufiger in niedrig bezahlten, körperlich anstrengenden Jobs (Bau, Reinigung, einfache Fertigung) beschäftigt, während Stadt-Hukou-Inhaber öfter in qualifizierten, stabilen Positionen sind. Viele Wanderarbeiter haben befristete oder informelle Arbeitsverträge, oft ohne volle Sozialleistungen, was den „Gesamtlohn“ senkt. Städtische Arbeiter erhalten oft bessere Zusatzleistungen (Krankenversicherung, Rentenbeiträge, bezahlter Urlaub), die bei Wanderarbeitern entweder geringer oder gar nicht vorhanden sind. Unternehmen kalkulieren damit, dass Wanderarbeiter weniger mobil und rechtlich schwächer abgesichert sind, was Lohnunterschiede begünstigt.

Wanderarbeiter (ländlicher Hukou) verdienten 2024 laut *National Bureau of Statistics of China* im Schnitt 4.961 Renminbi im Monat (etwa 690 US-Dollar); auswärts Beschäftigte verdienen etwas mehr als ortsnahe. Beschäftigte in Städten verdienen durchschnittliche etwa 10.343 Renminbi im Monat (1440 US-Dollar), wenn sie öffentlich angestellt sind, bzw. 5.790 Renminbi (806 US-Dollar) bei privater Anstellung. [\[3\]](#) Befragungsdaten des *Chinese Social Survey 2021* zeigen bei ländlichen Migranten niedrige Teilnahmequoten an der Sozialversicherung (indikativ), zum Beispiel bei der Rente etwa 23,5 Prozent, bei der Krankenversicherung etwa 58,4 Prozent.

Die Benachteiligung ländlicher Arbeitskräfte und Wanderarbeiter mit ländlichem Hukou in den Städten werden immer öfter Gegenstand kontroverser Debatten in der Kommunistischen Partei Chinas. Auf dem Boao-Forum, einem dem Weltwirtschaftsforum in Davos nachgebildeten Treffen in Asien [plädierte etwa der ehemalige Sekretär der Kommunistischen Partei Chinas und Leiter der Banken- und Versicherungsaufsichtsbehörde Guo Shuqing](#) dafür, die unangemessene Kluft bei der Rentenauszahlung zwischen verschiedenen Regionen und Gruppen zu verringern. Die Regierung sollte in Erwägung ziehen, innerhalb der nächsten 5 oder 6 Jahre die Rente der Bauern auf das untere Ende der städtischen Rentner anzuheben.

Die enorme Lücke zwischen den Renten für städtische und ländliche Rentner resultiert aus ihren unterschiedlichen Finanzierungsquellen. Während die städtischen Renten durch Einzahlungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber finanziert werden – es handelt sich um ein Versicherungssystem – werden die pauschalen Renten für Bauern durch Steuerausgaben finanziert. Diese hängen von den Einnahmen der lokalen Regierungen ab. Jede Provinz legt ihre eigenen Standards fest, was zu grotesken Unterschieden führt. Während ein Landwirt in Shanghai monatlich fast 1.500 Yuan erhält, muss sich sein Kollege in Yunnan mit

kaum mehr als 140 Yuan begnügen – Beträge, die über das Maß der Ungleichheit hinaus schon eine unterschiedliche gesellschaftliche Zugehörigkeit markieren.

Chinesische Ökonomen verweisen darauf, dass eine Anhebung der Bauernrenten nicht nur sozialpolitisch geboten wäre, sondern auch ökonomisch Sinn ergäbe. Höhere Renten würden den Konsum im Binnenmarkt stärken, zusätzliche Steuereinnahmen generieren und so die Belastung der öffentlichen Haushalte abfedern. Doch genau hier liegt das Dilemma: Die lokalen Regierungen sind durch sinkende Einnahmen aus Landverkäufen unter Druck geraten, und die Zentralregierung scheut zusätzliche Verschuldung. Der politische Wille, die Kluft zwischen minimaler Grundsicherung und einem wirklich tragfähigen System zu überbrücken, ist bislang nicht erkennbar.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist zwar ein beachtlicher Ausbau der sozialen Sicherungssysteme erfolgt, sodass heute die große Mehrheit der Bevölkerung zumindest eine rudimentäre Absicherung hat. Doch diese Absicherung bleibt in ihrem Umfang begrenzt. Der Aufbau eines kohärenten, progressiven Sozialsystems wird damit zu einer der entscheidenden Aufgaben für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation Chinas. Denn eine dauerhafte soziale Polarisierung untergräbt nicht nur die ökonomische Stabilität, sondern auch die politische Legitimation des Entwicklungsmodells.

[1] Vgl. Heberer, Thomas; Senz, Anja (2018): Der Aufstieg Chinas: Innerchinesische und internationale Herausforderungen. In: ZFAS (2018) 11:511. „Entwicklungsstaaten sind autoritäre Gebilde, in denen einzelne Parteien (Singapur, China und Taiwan) oder das Militär (Japan, Südkorea) die Macht innehatten bzw. -haben, einerseits repressiv herrsch(t)en, andererseits aber erfolgreich die Entwicklung des Landes forcier(t)en. Repressiv sind sie gegenüber einer innenpolitischen Opposition, die ihre Entwicklungsziele und -politik kritisiert.“ (S. 513)

[2] Vgl. Wolfgang Müller (2024): Wirksame Alterssicherung derzeit nur für eine Minderheit. In: Sozialismus 12-2024, S. 49

[3] Dabei muss berücksichtigt werden, dass ein vergleichbares Konsumtionsniveau wegen der geringeren Lebenshaltungskosten, des Preisniveaus und des Wechselkurses etwa 30 Prozent höher angesetzt werden sollte.

...Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die Transformation der Staatsbetriebe 1984 bis 2007

Von Rainer Land | 19. September 2025



0:00 / 18:

Sonderwirtschaftszonen statt Schocktherapie, Joint Ventures und Kooperationen als Laboratorien der Reform – wie China der Weg in die Marktwirtschaft gelang, ohne das ganze Land aufs Spiel zu setzen.

Anfang der 1980er Jahre entschied die KPCh-Führung unter Deng Xiaoping, dass auch in der Industrie marktwirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden sollen. Aber wie? Wenigstens drei Umbrüche mussten aufeinander abgestimmt erfolgen:

Erstens der Um- und Aufbau marktwirtschaftskompatibler *Unternehmen*, die eigenständig auf Märkten agieren und in der Lage sind, selbst über ihre Produktions-, Investitions- und Innovationsstrategien, ihre Marktstrategien und ihr Verhalten bei der Preisgestaltung zu entscheiden. Dies betraf die Umbildung der Staatsbetriebe, die vielen kommunalen Betriebe und die seit den 1990er Jahren

neu entstehenden Privatbetriebe.

Zweitens musste die Preissetzung von zentral administrierten Preisen auf *Marktpreise* umgestellt werden, die abhängig von Angebot und Nachfrage schwanken. Dafür war ein rechtlicher und regulativer Rahmen zu schaffen.

Drittens war ein *Finanzsystem* erforderlich, das den Betrieben ermöglichte, Investitionen und Innovationen zu finanzieren, *Kredite* aufzunehmen (und wieder zu tilgen) sowie *Überschüsse in Finanzform anzulegen*. Zudem sollte es privaten Haushalten ermöglichen, Ersparnisse zu bilden und bei Bedarf auszugeben.

Anfangs war unklar, wie weit man gehen wollte. Sollte die zentrale Planung beibehalten und durch marktwirtschaftliche Verfahren *ergänzt* oder *erweitert* werden (wie in den 1960er Jahren im Neuen ökonomischen System in der DDR angedacht)? Oder sollte die Planwirtschaft ganz abgeschafft und umfassend durch eine „freie“ Marktwirtschaft ersetzt werden?

Streit um den richtigen Weg

Zwei Reformfraktionen stritten in den 1980er Jahren um den richtigen Weg. Die einen befürworteten eine *Schocktherapie*, die Neuorganisation aller wichtigen Komponenten in kurzer Zeit, wobei sie die Freigabe der Preise und die Einführung von Marktpreisen als die wichtigste Komponente ansahen. Sie meinten, der Schock würde zwar zu einem wirtschaftlichen Einbruch führen, aber die vermeintlich bald einsetzenden Marktprozesse sollten relativ schnell korrekte Preise generieren und eine baldige Erholung und Dynamisierung bringen.

Die Gegenposition plädierte für einen *schrittweisen Übergang*, bei dem die laufenden Ergebnisse beobachtet werden sollten, um von Fall zu Fall über die nächsten Schritte zu entscheiden. Das planwirtschaftliche System sollte zunächst beibehalten und schrittweise geöffnet, ergänzt und nach und nach abgebaut werden. Man wollte den Schock, den damit verbundenen Einbruch, das Risiko von Protesten der Bevölkerung, Streiks und Machtverlust vermeiden.

Über den Weg gab es wiederholt dramatische Auseinandersetzungen. Die meisten westlichen Ratgeber (aber nicht alle) und viele chinesische Wissenschaftler und Politiker plädierten zunächst für die *Schocktherapie*. Das wohl wichtigste Argument: Man könne nicht parallel Plan- und Marktwirtschaft betreiben, wie auch im Straßenverkehr Rechts- und Linksverkehr nicht gleichzeitig möglich sei. Entweder zentral festgelegte Preise oder Marktpreise.

Dieses scheinbar logische und überzeugende Argument ist aus heutiger Sicht völlig

falsch. Die Schocktherapie wurde versucht. Deng Xiaoping wollte den Reformprozess beschleunigen und befürwortete 1986 eine schnelle Umstellung zu Marktpreisen. Dabei kam es zu einer schweren Wirtschafts- und Gesellschaftskrise (1986 bis 1992), hoher Inflation und Protesten der Bevölkerung. Der Höhepunkt war ein Studentenaufstand, der bekanntlich 1989 von Polizei und Militär in Peking gewaltsam beendet wurde.

Die Schocktherapie war gescheitert, der Reformprozess zunächst blockiert^[1]. Die chinesischen Staatsbetriebe waren strukturell nicht fähig, ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem aus sich heraus hervorzubringen, zumindest nicht in kurzer Zeit. Was sollte man nun tun?

Die Sonderwirtschaftszonen

Deng war nicht bereit, aufzugeben. Er versuchte einen neuen Anlauf. 1992 fuhr er in den Süden und traf sich inoffiziell mit verschiedenen lokalen Parteifunktionären und Kadern in Shenzhen, Zhuhai und Guangzhou, unter anderen mit dem Guangdong-Parteisekretär Xie Fei und dem Gouverneur Ye Xuanping. In Shanghai traf er Jiang Zemin (damals Generalsekretär der KPCh), den dortigen Parteisekretär Wu Bangguo und Bürgermeister Zhu Rongji. Außerdem sprach er mit hochrangigen Militärs in Guangzhou, um deren Unterstützung für die Fortsetzung der Reformpolitik zu sichern.

Die Lösung, die bei der Südreise gefunden wurde, waren die *Sonderwirtschaftszonen*. Sie waren 1980 und in den Folgejahren gegründet worden: Shenzhen, an der Grenze zu Hongkong; Zhuhai, nahe Macau; Shantou, eine traditionelle Hafenstadt mit vielen Auslandschinesen; Xiamen, gegenüber von Taiwan, gedacht für Handel mit Überseechinesen. Später folgte Hainan. 1984 wurden Küstenstädte für ausländische Investoren geöffnet und 1985 bis 1988 die Reformzonen erweitert. Entlang der Küste entstanden weitere Wirtschaftsentwicklungsgebiete.

Hainan, die gesamte Insel, wurde 1988 zu einer eigenständigen Sonderwirtschaftszone erklärt. Doch bis 1992 waren die Sonderwirtschaftszonen „Ausnahmen“, seit 1992 wurden sie zum *Schlüssel des Umbaus* in eine Marktwirtschaft. Wichtig war insbesondere die Zulassung von Joint Ventures mit ausländischem Kapital, westlichen Unternehmen aus den USA, Westeuropa, Japan und Taiwan, und die Öffnung von Regionen im Hinterland, nicht mehr nur in den Küstenregionen.

Joint Ventures: Vom Westen lernen

Joint Ventures bestanden aus ausländischen Unternehmen und chinesischen Partnern, die mindestens 51 Prozent des Eigenkapitals hatten. 1992 betrug das Kapital empfangener Direktinvestitionen etwa 11,29 Milliarden US-Dollar, 1993 bereits 27,5 und 1994 sogar 33,78 Milliarden. Die Bedeutung dieser Entwicklung bestand in drei Punkten:

Erstens brachten die ausländischen Unternehmen Erfahrungen und Strategien im Umgang mit einem marktwirtschaftlichen Kontext nach China:

Managementmethoden, Innovationsstrategien, Preisgestaltung, Marketing und Exportorientierung. Die chinesischen Partner konnten so lernen, wie ein Unternehmen in einer Marktwirtschaft agiert. Ein Beispiel war SAIC-Volkswagen (1984).

Einige Joint Ventures in Shenzhen 1992 bis 1996				
Jahr	Joint Venture (Firma)	Ausländischer Partner	Chinesischer Partner	Branche
1992	China Resources Wanjia	China Resources	Lokaler Shenzhen-Partner, erste Joint Venture-Supermarkt-Kette auf dem Festland	Einzelhandel; Markteintritt 1992 in Shenzhen
1993	Yulong / Coolpad	Dickman Enterprises	Shenzhen University Culture Technology Services (52%)	Telekom/Elektronik; 1993
1993	Yantian International Container Terminals (YICT)	Hutchison Whampoa Ports	Shenzhen Dongpeng Industrial, Yantian Port Group	Hafen/Logistik; 1993 gegründet; Betriebsbeginn 1994
1995-1996	Shenzhen Pepsi-Cola Beverage Co., Ltd.	Pepsi (China)	Shenzhen Shenbao Industrial	Getränke; gegründet Betriebsbeginn 1995
1996	Walmart (China)	Walmart (US)	Shenzhen International Trust & Investment Co., Ltd.	Einzelhandel; 1996.

Zweitens wurden westliche Technologien und Produktionsmittel importiert, kopiert und später auch weiterentwickelt. Der Technologietransfer und die Kombination produktiver westlicher Technik mit den vergleichsweise billigen chinesischen Arbeitskräften war sehr wichtig. Dies war neben den niedrigen Steuersätzen in den Sonderwirtschaftszonen der Hauptgrund für die Ansiedlung oder Beteiligung ausländischer Unternehmen. Später kam das Interesse am schnell wachsenden chinesischen Markt hinzu.

Die chinesischen Arbeitskräfte, besonders die Wanderarbeiter aus den ländlichen

Regionen, waren zu großen Teilen nicht oder wenig qualifiziert, aber es gab einen kleinen Teil gut ausgebildeter Fachkräfte. Vor allem waren die chinesischen Arbeitskräfte außerordentlich lernwillig und am Aufstieg interessiert. Einige Joint Ventures bildeten aus, qualifizierten ihre Arbeitskräfte und trugen zu einem nachhaltigen Qualifizierungsschub bei. Gleichzeitig organisierte die KP-Führung den Umbau des Bildungssystems und der Hochschulen und orientierte sich dabei an den Interessen der Unternehmen.



Lesen Sie auch:

Wie lenkt China wirtschaftliche Entwicklung?

Rainer Land | 14. November 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: Geburt und Aufstieg der Privatunternehmen

Rainer Land | 10. Oktober 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die Agrarreform 1979–2004

Rainer Land | 05. September 2025



Chinas Aufstieg und die Ungleichheit: Urbanisierung und Wanderarbeiter

Rainer Land | 28. August 2025



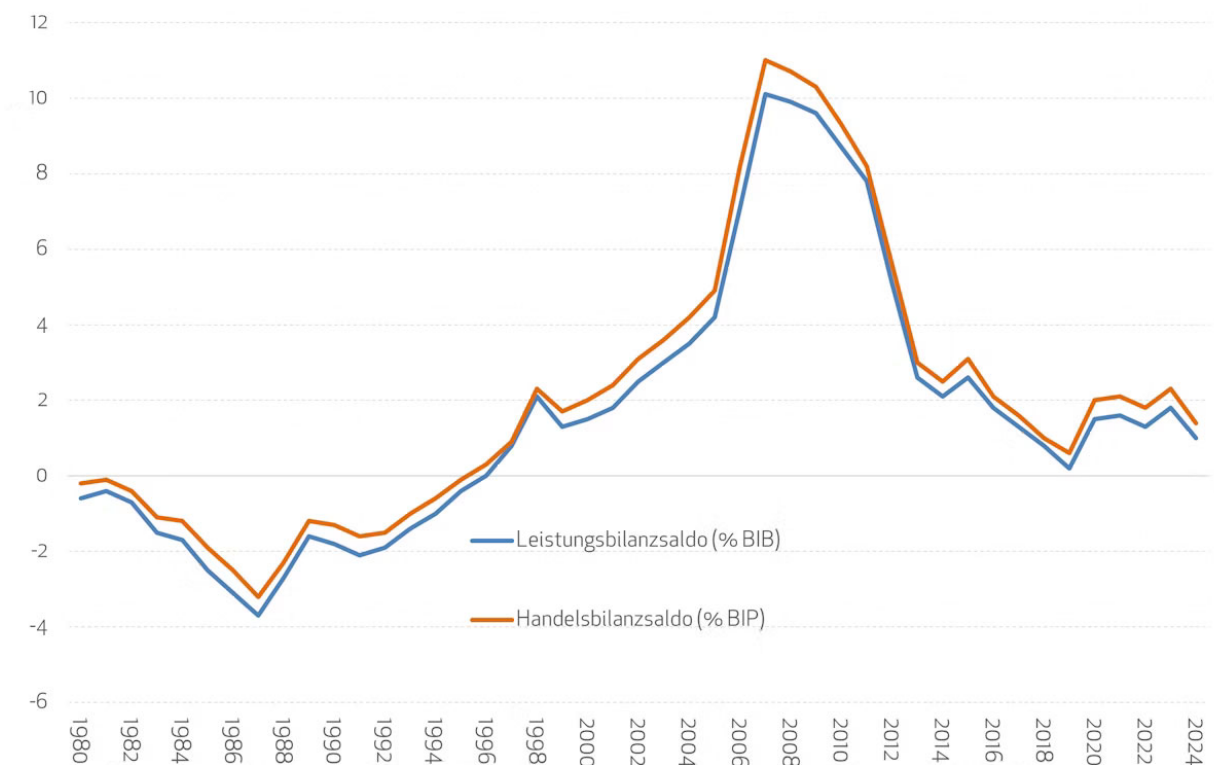
Chinas Aufstieg und die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Rainer Land | 20. August 2025

Drittens trugen die ausländischen Direktinvestitionen zu einem schnellen Anstieg der Exporte bei. Schon Mitte der 1990er Jahre waren die Exporte größer als die Importe, so dass China trotz der hohen empfangenen Direktinvestitionen eine positive Leistungsbilanz erreichte und eine Schuldenfalle vermeiden konnte.

Chinas Leistungs- und Handelsbilanzsaldo 1980 - 2024

in % des BIP



Quelle: Weltbank (2025)

Die chinesischen Staatsunternehmen konnten lernen, wie Marktwirtschaft und ein innovationsorientiertes Management funktionieren. Entweder, weil sie selbst mit westlichen Unternehmen kooperierten oder weil sie andere auf dem Markt operierende Joint Ventures kopierten. Dabei ging es nicht primär um die subjektiven Fähigkeiten der Manager, sondern um die betrieblichen und volkswirtschaftlichen *Strukturen und Verfahren*, die institutionellen Bedingungen für Preisbildung, Innovations- und Investitionsstrategien, um den Aufbau von Forschung und Entwicklung, Marketing, Buchhaltung, Vertragsmanagement, Mitbestimmung usw.

Die Sonderwirtschaftszonen, die Joint Ventures und die Kooperation waren Laboratorien der Reform. Hier konnte man neue Modelle ausprobieren (zum Beispiel private Betriebe, moderne Banken, flexible Preise), ohne das ganze Land aufs Spiel zu setzen.

Plan- und Marktwirtschaft nebeneinander

Nachdem der erste Anlauf, die Marktwirtschaft mittels freigegebener Preise

(Schocktherapie) einzuführen, 1989 gescheitert war, wurde das planwirtschaftliche System zunächst beibehalten. Die meisten Preise wurden weiterhin administrativ festgelegt; es gab Pläne, die vorschrieben, was zu produzieren ist und welche Ressourcen die Betriebe bekommen.

Allerdings gab es Lockerungen. War das Plansoll erfüllt, konnten Überschüsse frei verkauft werden. Ein Teil der Gewinne, auch der Divisen aus Exporten, durften die Betriebe selbst verwenden. In gewissen Rahmen konnten Betriebe auch neue eigene Projekte verfolgen.

Parallel zu dieser weiter bestehenden Planwirtschaft entstand daneben ein *marktwirtschaftlicher Bereich*, vor allem in den Sonderwirtschaftszonen und den offenen Küstenstädten. Er bestand aus den Joint Ventures, die einen großen Teil ihrer Produktion exportierten. Aber auch der frei handelbare Teil der Produktion der Staatsunternehmen muss diesem marktwirtschaftlichen Bereich zugerechnet werden.

Bis in die 2000er Jahre bestanden Plan- und Marktwirtschaft nebeneinander, ein Zustand, der von Ökonomen zuvor ausgeschlossen worden war. Das Wachstum der chinesischen Volkswirtschaft betraf nun vor allem den marktwirtschaftlichen Bereich, also die Joint Ventures, die Sonderwirtschaftszonen und den freien Teil der Produktion der Staatsbetriebe, der sich vergrößerte. Später trugen neu entstehende Privatunternehmen zur Ausweitung des marktwirtschaftlichen Bereichs bei.

Isabella Weber bezeichnet dies als „Vermarktlichung durch Wachstum, (...) weil der wichtigste Aspekt des zweigleisigen Preissystems kein absoluter Rückgang des Plananteils, sondern das Wachstum des relativen Anteils des Marktes war“. Der Übergang aus der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft und mit ihr die Transformation der Staatsunternehmen vollzog sich als offener Suchprozess in mehreren Schritten:

- *Agrarreform (1978 bis 2004)*, siehe meinen vorhergehenden Beitrag.
- *„Doppelspur-System“ (1984 bis 1992)*: Güter und Produktionsmittel wurden teils zu staatlich fixierten Preisen, teils zu Marktpreisen gehandelt. Unternehmen mussten eine Quote an den Staat liefern, durften Überschüsse aber am Markt verkaufen. Dabei entstand ein wirtschaftliches und politisches Chaos durch zwei sich widersprechende Preissysteme (Korruption, Arbitrage).
- *Neuorientierung (1989 bis 1992)* nach den niedergeschlagenen

Studentenprotesten. Dengs Südreise 1992 hat die Marktwirtschaft erneut bekräftigt. Die Partei akzeptiert erstmals eine „sozialistische Marktwirtschaft“ als offizielles Ziel (14. Parteitag, Herbst 1992). Marktmechanismen werden nicht mehr als „kapitalistisch“, sondern als vereinbar mit Sozialismus gesehen.

- Ausweitung und Ausgestaltung der Sonderwirtschaftszonen zu Schlüsselprojekten der Wirtschafts- und Gesellschaftsreform.
- *Systemische Transformation (1993 bis 2001)*. (1) 1993 Steuerreform: Einheitliches Steuersystem, Ende der früheren „planwirtschaftlichen“ Gewinnabführungen der Staatsunternehmen. (2) Einführung von Regelungen, die Staatsunternehmen eigenverantwortliche Geschäftsführung, Innovations- und Investitionsstrategien ermöglichen. (3) Umstrukturierung der Staatsbetriebe: Viele kleine und mittelgroße Staatsbetriebe wurden geschlossen, in kommunale Betriebe umgewandelt oder verkauft. Große „national champions“ wurden reorganisiert, zum Beispiel in Form von Aktiengesellschaften oder GmbH. (4) Für Staatsbetriebe oder staatliche Anteile an Aktiengesellschaften entstanden staatliche Vermögensverwaltungen, die über die Besetzung der Aufsichtsräte, den Kreditrahmen und die Gewinnverwendung entscheiden. (5) In Shanghai und Shenzhen wurden Börsen gegründet. (6) Für den Yuan wurde ein einheitlicher Wechselkurs eingeführt (vorher gab es unterschiedliche Wechselkurse für Plan- und Marktgeschäfte).
- *WTO-Beitritt, vereinheitlichende und rechtliche Reorganisation der Volkswirtschaft (2001 bis 2007)*. Volle Integration in die Weltmärkte. Der Staat reduzierte die Preisfestsetzung: Nur noch für Energie, Rohstoffe, Grundnahrungsmittel, teilweise für Wohnraum. 2003: Privates Eigentum wurde erstmals verfassungsrechtlich anerkannt. 2005 bis 2008 wurde eine Einheitskörperschaftssteuer umgesetzt, die Sonderregelungen für ausländische Firmen wurden aufgehoben. Der Markt bestimmt die meisten Preise, die Ressourcenallokation läuft nun überwiegend über Angebot und Nachfrage. Der Staat behält die Kontrolle über Schlüsselbereiche: Finanzen, Energie, Schwerindustrie.

Ab Mitte der 2000er ist das System weitgehend umgewandelt in eine Marktwirtschaft mit „chinesischen Besonderheiten“, das heißt: in eine *gelenkte* Marktwirtschaft (keine „freie“). Es gibt keine direktiven Vorgaben für die Betriebe, aber indirekt wirkende Instrumente:

- *Kreditlenkung* über die Banken, später über Guidance Funds (Industrie-Leitfonds, vgl. Land 2025a, Abschnitt 3.3.).
- *Infrastrukturprojekte*. Diese sind einerseits die Voraussetzung für die Innovations- und Investitionsvorhaben der Unternehmen, andererseits sind sie Orientierungshilfen für gewollte Entwicklungsrichtungen.
- Zielgerichteter Aufbau von *Forschungs- und Entwicklungszentren* und -netzwerken.
- *Regulation* der Löhne, der Kreditzinsen, der internationalen Wechselkurse. Die Finanzmärkte sind reguliert

Grundkonsens und geteilte Ziele

Die Voraussetzungen für eine *gelenkte* Marktwirtschaft sind nicht nur Lenkungsinstrumente. Diese funktionieren nur, wenn die verschiedenen sozialen Interessengruppen miteinander vereinbare Ziele verfolgen. Daher sind ein *Grundkonsens* und *geteilte Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung* notwendig, die Unternehmen und Arbeitskräfte, die Arbeiterkongresse (betriebliche Interessenvertretungen der Arbeitskräfte), die regionalen Körperschaften, Umweltschutz- andere wichtige Interessengruppen sowie zunehmend auch Nichtregierungsorganisationen einbinden.

Wenn wichtige Interessengruppen einzelne Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung ablehnen, dagegen handeln, protestieren, streiken usw., kann die Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht funktionieren. Daher ist die Herstellung, Aktualisierung und die regelmäßige Überarbeitung von Entwicklungszielen eine essenzielle Voraussetzung. Dies kann strittig in einem kontrovers ausgetragenen Diskurs erfolgen, aber am Ende muss man sich einigen und die Einigung muss binden und verbinden.

Das zu gewährleisten, ist die herausragende Aufgabe der KPCh in den Betrieben, auf den verschiedenen regionalen Ebenen und im Zentralstaat. Die Aufstellung, Diskussion und Verabschiedung der *Fünfjahresprogramme* und der regionalen und betrieblichen Entwicklungspläne hat die wichtige Funktion, geteilte Ziele zu generieren und den wirtschafts- und sozialpolitischen Grundkonsens zu erhalten. Der Markt ist kein Automatismus hinter dem Rücken der Gesellschaft und ihrer Interessengruppen, sondern setzt deren fortlaufende kommunikative Verständigung voraus. Das ist der Unterschied zu einer „freien“ Marktwirtschaft, wo angeblich der Markt die Ziele setzt.

Der Übergang aus einer Planwirtschaft in eine gelenkte Marktwirtschaft beinhaltet die beschriebene Transformation von *Staatsbetrieben* (ursprünglich eingebunden in ein zentrales Planungssystem) zu marktwirtschaftlich operierenden *Staatsunternehmen*, die eigenständige Innovations- und Investitionsstrategien in einem gesellschaftlich vorgegebenen Rahmen verfolgen. Staats- und Privatunternehmen sind in China gleichberechtigte Elemente einer sozialistischen Marktwirtschaft.

[1] In den 1990ern versuchte Russland nach dem Ende der UdSSR mit einer Schocktherapie schnell ein kapitalistisches Wirtschaftssystem aufzubauen. Die Folgen waren katastrophal, erst viele Jahre später wurde die Wirtschaftsleistung der 1980er Jahre wieder erreicht und es entstand keine Markt- sondern eine Oligarchenwirtschaft.

HINTERGRÜNDE EINES BOOMS

Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: Geburt und Aufstieg der Privatunternehmen

Von Rainer Land | 10. Oktober 2025



0:00 / 24:

Was als improvisierte Reform auf den Feldern begann, veränderte das Land von Grund auf: Chinas Privatwirtschaft entstand aus Zufällen, Zwängen – und einem stillschweigenden Bruch mit dem Maoismus.

Bis 1980 gab es in China faktisch keine Privatunternehmen. Unter Mao Tse-tung waren in der Volksrepublik – einem dogmatischen Marxismus folgend – Unternehmen verboten, die Gewinne durch „Ausbeutung von Menschen“ generierten. So waren alle Betriebe entweder zentral oder regional geleitete Staatsbetriebe beziehungsweise Volkskommunen auf dem Land. Heute gibt es etwa 360.000 Staatsbetriebe, davon 97 zentral geleitete, und bis zu 400.000

Privatunternehmen mit staatlicher Beteiligung.

Demgegenüber existieren 180 Millionen Privatbetriebe, davon 125 Millionen *Getihu* – registrierte selbständige von *Individuen* geführte Einzelbetriebe ohne eigene juristische Rechtspersönlichkeit. Dazu 55,54 Millionen private Gesellschaften *mit eigener juristischer Rechtspersönlichkeit*, davon etwa 52 Millionen kleine und mittlere Unternehmen. Hinzu kommen noch mehr als 100 bis 200 Millionen landwirtschaftliche private Haushalte, die nicht als *Getihu* registriert sind, Boden nach dem Familien-Verantwortungssystem bewirtschaften, aber Produkte nicht nur zur Selbstversorgung herstellen, sondern auch auf dem Markt verkaufen. Mehr als 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird heute von Privaten erwirtschaftet, darunter privaten Haushalten, Individualunternehmen oder privaten Gesellschaften. **23 bis 28 Prozent erwirtschaften Staatsunternehmen.**

Diese schiere Masse der Privatunternehmen war zunächst nicht die Intention der Mehrheit der KPCh-Führung. Man wollte ursprünglich eine *sozialistische* Marktwirtschaft, eine *Marktwirtschaft* mit Betrieben im staatlichen oder kollektiven Eigentum aufbauen, die selbständig auf den Märkten agieren, aber „ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und ohne Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln.

Dass Privatunternehmen entstehen, sich ausbreiten und ausdifferenzieren konnten, ist das Ergebnis einer endogenen Entwicklung; sie erfolgte aufgrund von Zwängen, hinter denen zumindest anfangs kein strategisches Konzept stand. Man wollte keine Privatisierung des Wirtschaftssystems. Erst 1994 entstand mit dem Gesellschaftsgesetz ein breiter rechtlichen Rahmen auch für Privatunternehmen. Und erst mit den Verfassungsänderungen 1999 und 2004 wurde das Privateigentum auch an Produktionsmitteln ausdrücklich rechtlich anerkannt und gesichert. Die Privatwirtschaft wurde als „wichtige Komponente“ der *sozialistischen Marktwirtschaft* eingeordnet (Jiang Zemin, „Drei Vertretungen“).

Agrarreform und die „Getihu“

Warum kam es dazu? Der erste Schritt war schon **die Agrarreform**. Mit der Verpachtung der Agrarflächen an die Haushalte entstanden Wirtschaftssubjekte, die nicht nur für den Eigenbedarf wirtschafteten, sondern auf eigene Rechnung Produkte verkauften und Produktionsbedingungen auf Märkten einkauften. Anfangs gab es ein Abgabesoll, das aber schrittweise aufgehoben und 2004 vollständig abgeschafft wurde.

Damit waren diese Hauswirtschaftsbetriebe formell *private* Betriebe, *private Unternehmen*, wenn sie auf eigene Rechnung wirtschafteten und selbst entscheiden, was sie produzieren und zu welchem Preis sie es verkaufen. Seit 2006 zahlten sie keine Agrarsteuer mehr, aber eine Pacht- bzw. Vertragsgebühr an das Dorfkollektiv für die Nutzung des Landes, das weiterhin Eigentum der Dorfgemeinschaft blieb. Offiziell handelt es sich um Familienarbeit, eingesetzt wird die Arbeitskraft der Familienmitglieder. Formell war keine dauerhafte Beschäftigung von Lohnarbeitern gestattet, sonst gälte der Haushalt nicht mehr als „Familienbetrieb“, sondern als Unternehmen.

Faktisch entstand aber schon damals die Notwendigkeit, Regeln für *private* Unternehmen zu schaffen. Es musste die Beschäftigung von Arbeitskräften geregelt werden (die zunächst nur temporär, saisonal, beschäftigt werden durften) und die Bedingungen, unter denen Private mit landwirtschaftlich und vor allem auch nichtlandwirtschaftlichen Produkten bei größeren Umsätzen auf dem Markt agieren.

Nach dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik erlaubten einige Städte (zum Beispiel Chengdu, Wenzhou) informell kleine private Tätigkeiten wie Straßenverkauf, Handwerk oder Dienstleistungen. Diese Selbständigen, die „Getihu“, hatten zunächst keine klare Rechtsgrundlage, waren geduldet. Der Staatsrat erließ 1981 die „Bestimmungen über die Verwaltung der städtischen *individuellen Gewerbetreibender*“. Damit wurden Getihu erstmals rechtlich definiert, und zwar als *individuelle Gewerbetreibende*. Sie durften einfache Gewerbe ausüben, aber nur die eigene Arbeitskraft und die der Familienmitglieder einsetzen.

1982 wurde dies überarbeitet – ein Getihu durfte nun maximal sieben Angestellte beschäftigen. Das wurde 1999 für viele Branchen nochmals erweitert. Die Agrarreform hatte einen ersten Schub der Entstehung von privaten Betrieben zur Folge: zunächst der landwirtschaftlichen Familienbetriebe und dann der registrierten Getihu, der an eine einzelne Person gebundenen Betriebe mit bis zu sieben Beschäftigten ohne eigene von dem Individuum unterschiedene Rechtspersönlichkeit.

Joint Ventures

Der zweite Schub ergab sich aus der Ansiedlung von Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen innerhalb der Sonderwirtschaftszonen und später auch außerhalb dieser. Es wurde notwendig, Regelungen für Unternehmen mit

eigener juristische Rechtspersönlichkeit und mehr als sieben Angestellten zu schaffen.

Anfangs dachte man wohl, dies über Sonderregelungen für die Sonderwirtschaftszonen lösen zu können. Aber bald reichte das nicht aus. Von 1984 bis 1989 gab es eine „tolerierte Expansion“ und eine erste formale Anerkennung von Privatunternehmen. 1988 regelte der Staatsrat „privat finanzierte Wirtschaftseinheiten = Privatunternehmen“ als „*Ergänzung* der sozialistischen öffentlichen Wirtschaft“. Privatunternehmen sind als eigene *juristische Personen* konstruiert, während Getihu Individualunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind.

Als Formen werden einzelne Investmentunternehmen (von einer Person finanziert und verwaltet), Gesellschaftsunternehmen (basiert auf schriftlichem Vertrag zwischen Gesellschaftern mit unbeschränkter Haftung) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Gesellschaften und Gesellschafter haften nur in Höhe der jeweiligen Einlage) unterschieden. Ein Privatunternehmen wurde definiert als Unternehmen, das auf *Profit* abzielt und von *einem Bürger oder mehreren Bürgern* mit ihrem Privatvermögen gegründet wird. Anders als Getihu konnte ein Privatunternehmen *beliebig viele Beschäftigte* haben. Damit entstand offiziell die zweite Kategorie privaten Unternehmertums neben den Getihu.

Diese Regelungen betrafen inländische Privatunternehmen; Joint Ventures (JV) mit ausländischen Partnern waren bereits 1979 (Equity JV) und 1988 (Contractual JV) durch separate Gesetze geregelt worden, die aber als Ausnahmenregelungen galten. Equity Joint Ventures sind Kapitalgesellschaften mit gemeinsamer Kapitalbeteiligung und eigener Rechtspersönlichkeit. Diese Form wird für längerfristige industrielle Großprojekte gewählt. Contractual JV haben keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern werden durch einen Kooperationsvertrag zwischen Unternehmen gegründet, wobei Aufgaben- und Gewinnverteilung sowie die Haftung der Partner durch Vertrag geregelt sind. Diese Form wird oft für befristete Bau- und Infrastrukturprojekte und Dienstleistungskooperation genutzt.

1994: Das erste umfassende Gesellschaftsrecht in China entsteht

Zwischen 1989 und 1992, nach den Protesten und dem Studentenaufstand, stagnierte die Reformpolitik und auch die Gründung von Privatunternehmen. Nach Deng Xiaopings Südreise folgte ein massiver Reformschub. 1993/1994 wurde das Gesellschaftsgesetz verabschiedet und es entstand eine wachsende Zahl von Privatunternehmen und Mischformen. Es regelte die Gesellschaft mit

beschränkter Haftung (LLC) und die Aktiengesellschaft (Joint Stock Limited Company).

Der Kapitaleinsatz für LLC sollte mindestens 100.000 Renminbi betragen, für Joint Stock Company mindestens 10 Millionen Renminbi. Die Kapitaleinlagen mussten real eingezahlt werden. Eine Gesellschafter- bzw. Hauptversammlung sollte das oberste Organ sein, ein Vorstand oder geschäftsführender Direktor (bei kleinen LLCs) die laufenden Geschäfte leiten. Es waren ein Aufsichtsrat oder einzelne Aufsichtspersonen zu berufen. Die Geschäftsführung durfte nicht gleichzeitig in der Aufsicht sitzen, das heißt, Leitung und Kontrolle mussten formal getrennt sein.

Die Anteile konnten in LLCs nur eingeschränkt übertragen werden, in Aktengesellschaften waren sie hingegen frei übertragbar. Das Gesetz regelte den Gläubigerschutz, die Pflicht zur Führung einer Buchhaltung nach chinesischen Standards und die Insolvenz (allerdings damals noch schwach ausgeprägt, erst durch das Insolvenzgesetz 2006 wesentlich gestärkt).

Das Gesetz sollte nicht nur private Unternehmen regulieren, sondern auch für umgewandelte Staatsunternehmen gelten, die als Kapitalgesellschaften weitergeführt wurden. In solchen Staatunternehmen wurde die Funktion des Eigentümers durch die staatliche Vermögensverwaltung wahrgenommen. In gemischten Betrieben mit staatlicher Beteiligung schickte die staatliche Vermögensverwaltung Vertreter in die Haupt- oder Gesellschafterversammlung, die Zahl der Stimmen richtete sich nach dem Anteil am Eigenkapital, wenn der Gesellschaftervertrag keine besonderen Regeln vorsah.

Das Ziel war eine Standardisierung. Für alle Unternehmen, egal ob staatlich oder privat, sollten dieselben Formen gelten: man etablierte gleiche Grundregeln für staatliche wie für private Unternehmen. Dieses erste umfassende Gesellschaftsrecht in China legitimierte die private Kapitalgesellschaft endgültig, erlaubte auch die Umwandlung staatlicher Betriebe in Gesellschaftsformen und schuf die Grundlage für den Aufbau der chinesischen Börsen in Shanghai und Shenzhen, die seit 1990/91 im Betrieb waren.

Neben echten Privatfirmen spielten in den 1980er Jahren Gemeindebetriebe mit dem Status eines Kollektivunternehmens eine Brückenrolle zwischen Plan- und Marktwirtschaft; viele gaben später diesen Status auf und registrierten sich als Privatunternehmen nach dem Gesellschaftsgesetz, wobei hier neben der jeweils zuständigen staatlichen Vermögensverwaltung auch private Gesellschafter

zugelassen werden konnten. In vielen Fällen wurden kommunale Anteile komplett an Private verkauft.

Deutliche Abkehr vom maoistischen Dogma

Mit dem WTO-Beitritt 2002 gab es einen sprunghaften Anstieg des Anteils privater Unternehmen an der industriellen Wertschöpfung. 2004 wurde der Eigentumsschutz für private Unternehmen erneuert und präzisiert. Vor allem die Verfassungsänderung vom 14. März 2004 (Artikel 13) ist wichtig: „Das gesetzlich erworbene Privateigentum der Bürger ist *unverletzlich*“. Der Staat schützt das Privateigentum und die Erbrechte der Bürger. Enteignung ist nur bei „öffentlichem Interesse“ und mit Entschädigung erlaubt.

Damit wurde das Privateigentum erstmals ausdrücklich dem staatlichen Eigentum im Rang gleichgestellt. Private Unternehmen, heißt es, sind „wichtiger Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft“. Eine Formulierung, die schon 1999 in die Verfassung aufgenommen, 2004 aber auf den Eigentumsschutz ausgedehnt wurde.

Politisch war das eine deutliche Abkehr vom maoistischen Dogma, demnach Produktionsmittel im Sozialismus „öffentliches Eigentum“ seien und dem Volk gehören müssen. Seither sind staatliche und private Unternehmen in der sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Art rechtlich und faktisch gleichgestellt.

Die sieben größten Privatunternehmen 2025

Name	Branche/Kerngeschäft	Investoren / Eigentümerstruktur
Jingdong (JD.com)	E-Commerce, Einzelhandel, Logistik	Börsennotiert (NASDAQ, HKEX); Gründer Richard Liu Qiangdong hält noch Anteile; viele internationale Investoren (u. a. Walmart, Tencent).
Alibaba Group	E-Commerce, Cloud, Digitalwirtschaft	Gegründet von Jack Ma; große institutionelle Investoren (u. a. SoftBank, später teilweiser Rückzug); heute Mischstruktur mit stärkerem staatlichem Einfluss.
Hengli Group	Petrochemie, Textilien, Chemie	Privates Konglomerat, kontrolliert von Unternehmerfamilie Chen Jianhua & Fan Hongwei; nicht börsennotiert als Gesamtkonzern.
Huawei	Telekommunikationsgeräte, Netztechnik, Technologie	Formal privat, gehört nicht dem Staat; Aktiengesellschaft, Aktien im ausschließlichen Eigentum von Mitarbeitern, über ein komplexes Employee Stock Ownership Program verteilt; Gründer Ren Zhengfei hat Minderheitsanteil.
BYD	Automobile (insbes. Elektrofahrzeuge), Batterien	Börsennotiert (HKEX, Shenzhen); Gründer Wang Chuanfu größter Anteilseigner; Berkshire Hathaway (Warren Buffett) war lange mit etwa 10 % beteiligt (2022–2025 stark reduziert).
Tencent Holdings	Internet, Social Media, Gaming, FinTech	Börsennotiert (HKEX); Gründer Pony Ma (Ma Huateng) größter Einzelaktionär; größter Investor: Naspers/Prosus (NL/ZA), zeitweise über 25 % Beteiligung.
Zhejiang Geely Holding Group	Automobil (Geely, Volvo Cars, Polestar, Lotus etc.)	Gegründet von Li Shufu (Privatunternehmer, Mehrheitskontrolle); zahlreiche internationale JVs (z. B. mit Volvo, Renault, Daimler).

Auch in den Sonderwirtschaftszonen entstanden Privatunternehmen wie Huawei. Ohne die Sonderwirtschaftszonen und die Kooperation mit ausländischen, vor allem westlichen Unternehmen hätte sich die innovationsorientierte chinesische Marktwirtschaft nicht in dieser Form entwickeln können. Das gilt auch für Joint Ventures chinesischer Privatunternehmen. Die meisten Kommentatoren denken bei Joint Ventures in China automatisch an Kooperationen mit staatlichen Unternehmen (SOE). Aber auch Privatunternehmen konnten (und können) Joint Ventures mit ausländischen Partnern eingehen – nur war das in den 1980er/90er Jahren rechtlich und politisch komplizierter.

Das erste JV-Gesetz von 1979 („Gesetz über chinesisch-ausländische Equity Joint Ventures“) war primär auf Kooperationen zwischen SOEs und ausländischen Investoren zugeschnitten. Damals galten staatliche Unternehmen als zuverlässige Partner, die auch über Landnutzungsrechte, Produktionsanlagen und politische Absicherung verfügten. Privatunternehmen waren in dieser Zeit rechtlich kaum anerkannt – erst 1988 gab es die „Vorläufige Regelung über Privatunternehmen“. Faktisch waren in den 1980ern fast alle chinesischen JV-Partner staatlich.

Mit dem Gesellschaftsgesetz von 1993/94 erhielten auch private Firmen die Möglichkeit, als juristische Personen anerkannt zu werden. Damit konnten sie formal als chinesische Vertragspartner in einem Joint Venture auftreten. In der Praxis waren es aber weiterhin überwiegend große SOEs oder kollektive Unternehmen, weil diese leichter Zugang zu Genehmigungen und Land hatten.

2000: Neue Phase der Kooperation mit internationalen Unternehmen

Ab dem Jahr 2000 begann die chinesische Regierung, private Unternehmen rechtlich und faktisch den Staatsbetrieben gleichzustellen. Mit der Verfassungsänderung von 2004 wurden Privatfirmen zu anerkannten und verlässlichen Vertragspartnern, was den Weg für eine neue Phase der Kooperation mit internationalen Unternehmen ebnete. Seither sind Joint Ventures zwischen chinesischen Privatunternehmen und ausländischen Partnern ein fester Bestandteil der chinesischen Wirtschaftslandschaft – vor allem in Branchen wie Konsumgüter, Automobilzulieferung, Elektronik, E-Commerce und Dienstleistungen.

Eines der bekanntesten Beispiele ist die Übernahme von Volvo Cars durch den chinesischen Autohersteller Geely im Jahr 2010. Geely, 1997 in Hangzhou gegründet, kaufte die Marke von Ford und entwickelte gemeinsam mit Volvo mehrere Joint Ventures, etwa zur Forschung und Produktion von Elektrofahrzeugen sowie zur Einführung neuer Marken wie Lynk & Co.

Auch im Bereich der Elektromobilität setzte die Kooperation zwischen BYD und Daimler Maßstäbe. Das ursprünglich auf Batterien spezialisierte Unternehmen BYD gründete 2010 zusammen mit Daimler das Gemeinschaftsunternehmen Shenzhen BYD Daimler New Technology Co., Ltd., das die Elektrofahrzeugmarke DENZA entwickelte.

Im Technologiesektor zeigt das Beispiel von Alibaba die frühe Offenheit chinesischer Privatunternehmen gegenüber westlichen Investoren. Bereits in den frühen 2000er Jahren ging der E-Commerce-Konzern Partnerschaften mit

SoftBank und Yahoo ein. In diesem Zusammenhang entstand auch das Joint Venture Yahoo China, das die Integration westlicher Online-Dienste in den chinesischen Markt vorantrieb. Tencent, ein weiterer führender Privatkonzern, tauschte über die Tochterfirma Tencent Music Entertainment mit Spotify Unternehmensanteile und gründete gemeinsame Plattformen im Musikstreaminggeschäft.

Mit dem *Law on Wholly Foreign-Owned Enterprises* (Gesetz über Unternehmen in ausschließlich ausländischem Besitz) 1986 wurde es für ausländische Unternehmen erstmals rechtlich möglich, *ohne chinesischen Partner* tätig zu sein. Es galt aber zunächst nur in bestimmten Sonderwirtschaftszonen und nur für Produktionsbetriebe, die Deviseneinnahmen durch Exporte erbrachten. In den 1990er Jahren durften *Wholly Foreign-Owned Enterprises* (WFO) auch außerhalb der Sonderzonen gegründet werden, zunächst im produzierenden Gewerbe, später auch im Dienstleistungssektor.

Mit dem WTO-Beitritt wurden die Beschränkungen weiter abgebaut. Viele Sektoren, die zuvor nur über Joint Ventures zugänglich waren, wie die Automobilproduktion, der Handel oder das Bankenwesen, wurden – meist mit Übergangsfristen – für ausländische Alleinbeteiligungen geöffnet.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen staatlich und privat verschwindet

Die sozialistische Marktwirtschaft chinesischer Art besteht somit seit den 2000er Jahren aus *privaten Unternehmen*, vielen kleinen und sehr kleinen, einigen großen und sehr großen in China ansässigen *ausländischen Unternehmen* (in Joint Ventures oder ausschließlich in ausländischem Besitz) und *Staatsunternehmen* in zentralem, regionalem oder kommunalem Eigentum. Sie alle sind eingebunden in das System einer *gelenkten Marktwirtschaft*.

Unter dieser Voraussetzung verschwindet der *grundsätzliche* Unterschied zwischen staatlichen und privaten Unternehmen und privatem und staatlichen Eigentum. Private wie staatliche Unternehmen sind autonom in ihrer Geschäftsführung. Staatliche Unternehmen werden durch einen Vorstand und Geschäftsführer geleitet und durch einen Aufsichtsrat kontrolliert. Die Eigentümerfunktion wird durch eine staatliche Vermögensverwaltung (zentral, regional oder kommunal) wahrgenommen. Diese beruft den Aufsichtsrat, wirkt mit an strategischen Entscheidungen und entscheidet über die Gewinnverwendung. Handelt es sich um eine Aktiengesellschaft, deren Anteile vollständig oder anteilig

in Staatseigentum sind, so wird die Eigentümerfunktion durch eine Hauptversammlung wahrgenommen, in der die staatliche Vermögensverwaltung Stimmenanteile in Höhe des staatlichen Anteils am Eigenkapital besitzt.

Die größten, direkt dem Staatsrat unterstellten SOEs unterliegen der Aufsicht der *State-owned Assets Supervision and Administration Commission* (SASAC). Die SASAC fördert Fusionen, Kapitalkonzentration und Technologieförderung, um global konkurrenzfähige Großkonzerne zu schaffen. Sie entscheidet, wie viel Gewinn ein SOE ausschütten muss und wie viel im Unternehmen verbleiben darf. Auf lokaler Ebene (Provinz- oder Stadt-SOEs) entscheiden die jeweilige regionale SASAC und die lokalen Finanzbehörden.

2007 wurde für Staatsunternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung ein formales Dividenden- und Gewinnabführungssystem eingeführt. Die Gewinnabführungsquote liegt je nach Branche und politischer Bedeutung zwischen 10 und 30 Prozent. Sektoren mit strategischer Bedeutung wie Verteidigung oder Energieversorgung dürfen mehr Gewinne einbehalten. Sektoren mit kommerziellem Charakter wie Telekommunikation, die Luftfahrt- oder Tabakindustrie müssen höhere Quoten an den Staat abführen. Abgeführte Gewinne fließen in den Zentralhaushalt oder in spezielle Fonds, wie den *Social Security Fund*, der zur Altersvorsorge und sozialen Absicherung genutzt wird. Gewinne, die im Unternehmen bleiben, dienen der Reinvestition, Modernisierung, Schuldentilgung oder Expansion (etwa im Rahmen der Belt and Road Initiative). Das Unternehmen selbst kann dazu Vorschläge machen.

Analog ist es in größeren Privatbetrieben – nur dass hier die Funktion des Eigentümers durch eine Haupt- oder Gesellschafterversammlung, eine Holding oder den Einzeleigentümer ausgeübt wird. Sie berufen den Aufsichtsrat oder die Aufsichtsperson, fällen strategische Entscheidungen und entscheiden über die Gewinnverteilung.

Die Partei bleibt oberste Instanz bei strategischen Entscheidungen

Auch wenn staatliche und private Unternehmen inzwischen rechtlich gleichgestellt sind und formal einen vergleichbaren Aufbau haben – Vorstand, Aufsichtsrat, Entscheidung über Strategien und Gewinne –, gibt es gewisse Unterschiede. Die zentrale Personalabteilung der KPCh entscheidet, wie die Spitzenpositionen in den wichtigen Staatsunternehmen besetzt werden. Damit bleibt die Partei faktisch oberste Instanz bei strategischen Personalentscheidungen.

In staatlichen wie auch privaten Unternehmen gibt es KP-Parteizellen. Private

Unternehmen sind verpflichtet, diese zu dulden und in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Der Einfluss dieser Zellen ist aber in Staatsunternehmen größer. SOEs müssen nicht nur profitabel sein, sondern sind auch verpflichtet, nationale Interessen wie Infrastrukturaufbau, Energieversorgung oder Projekte wie die Belt and Road Initiative umzusetzen. Über die KP-Parteizellen sind staatliche wie private Unternehmen in die Diskussion der Fünfjahresprogramme und die Bewertung der Ergebnisse eingebunden.

Staats- und Privatunternehmen sind in China gleichberechtigte, gleichermaßen wichtige und unverzichtbare Elemente der *sozialistischen* Marktwirtschaft. Auch aus Perspektive der Kommunistischen Partei sind private Unternehmen nun nicht mehr nur auf eine Übergangsphase beschränkte Rudimente, die irgendwann wieder verschwinden sollen. Obsolet ist damit auch die Vorstellung, in einem entwickelten *Sozialismus* oder *Kommunismus* gäbe es nur oder überwiegend „gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln“. Alle Unternehmenstypen sind in einen gelenkten volkswirtschaftlichen Rahmen eingebunden und verfolgen das Ziel, ihr eigenes Unternehmen in diesem Rahmen zu entwickeln und zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen.

Das Kriterium für ein sozialistisches oder kapitalistisches Unternehmen ist nicht mehr staatlich-kollektives versus privatkapitalistisches Eigentum. Mit der Einbindung aller Unternehmens- und Eigentumsformen in Chinas gelenkter Marktwirtschaft, die Ziele setzt, verfolgt und umsetzt, wird die Unterscheidung zwischen *sozialistischen* und *kapitalistischen* Unternehmen gegenstandslos.

Die Recherchen erfolgten mit Hilfe von ChatGPT und wurde vom Autor geprüft. Quellen sind chinesische Statistiken, Statistiken der Weltbank und des IWF sowie Dokumente der chinesischen Regierung und der KPCh. Auf Wunsch kann das umfangreiche Recherchematerial eingesehen werden.

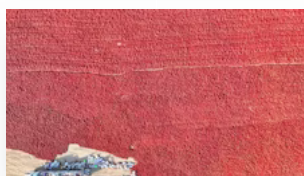
Mail an [web\(at\)rla-texte.de](mailto:web(at)rla-texte.de).



Lesen Sie auch:

Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die Transformation der Staatsbetriebe 1984 bis 2007

Rainer Land | 19. September 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die Agrarreform 1979–2004

Rainer Land | 05. September 2025



Chinas Aufstieg und die Ungleichheit: Urbanisierung und



Wanderarbeiter

Rainer Land | 28. August 2025

Chinas Aufstieg und die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Rainer Land | 20. August 2025

Wie lenkt China wirtschaftliche Entwicklung?

Von Rainer Land | 14. November 2025



Die gelenkte Marktwirtschaft Chinas ist der einzige heute erkennbare Gegenentwurf zum westlichen Kapitalismus. Aber wie funktioniert er?

In den vorangegangenen Teilen dieser Serie über China wurde beschrieben, wie die chinesische Marktwirtschaft nach 1979 bis etwa 2007 entstanden ist: die Agrarreform und das Familien-Verantwortungssystem, dann die Umwandlung der Staatsbetriebe in Staatsunternehmen, die auf dem Markt agieren und prinzipiell zur Implementation von Innovationen fähig sind. Und schließlich die Gründung und Entwicklung von Millionen verschiedenen Privatunternehmen, kleinen, mittleren und einigen sehr großen. Sie sind inzwischen der bestimmende Teil der chinesischen Volkswirtschaft, sowohl nach ihrem Anteil am BIP und den Arbeitsplätzen als auch in ihrer Bedeutung für Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung. Schlüsselbereiche wie Energie, Rohstoffe, große Infrastrukturvorhaben, Gemeingüter und Rüstung werden vor allem von Staatsunternehmen bewirtschaftet.

Doch wie wird *wirtschaftliche Entwicklung* in der chinesischen Volkswirtschaft gelenkt? Oder anders gefragt: Was ist eine gelenkte Marktwirtschaft chinesischer Bauart?

Gelenkte Marktwirtschaften gab es bereits zuvor: Erstens in den USA ab 1935 (Beginn des Second New Deal). Zweitens in Japan und in Westeuropa ab etwa 1948. Diese Entwicklungen endeten mit dem Niedergang des Weltwährungssystems von Bretton Woods 1972 und dem Übergang der wichtigsten Industriestaaten zu fluktuierenden Wechselkursen und der darauf folgenden Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus in den 1970er und 1980er Jahren. In Japan wurde die gelenkte Wirtschaftsentwicklung durch die Zentralbank und das *Ministerium für Internationalen Handel und Industrie* (MITI) erst Ende der 1980 Jahre beendet.^[1]

In China kann man zwischen zwei Etappen unterscheiden. Von 1979 bis etwa 2007 ging es um den *Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen*: Agrarreform, Staatsunternehmen, Privatunternehmen, Finanzsystem. Er lief nicht ohne Krisen ab und wäre mehrfach fast gescheitert. Gelenkt war er insofern, als man versuchte, die Lage der Bevölkerung zu verbessern, was einerseits zur Identität der KPCh gehörte, andererseits eine Voraussetzung ihrer Akzeptanz und Macht war: Überwindung des Hungers, steigende Einkommen, Beseitigung der Armut, Aufbau entwicklungsfähiger Industriestrukturen, anfangs in Kooperation mit westlichen Unternehmen.

Die zweite und für eine *gelenkte Marktwirtschaft* entscheidende Etappe begann 2008 mit einer Übergangs- und Orientierungsphase, der *Suche* nach tragfähigen Entwicklungsmodellen und -richtungen. Das Programm *Made in China 2025* wurde ausgearbeitet, diskutiert und 2015 beschlossen. Damit begann die Phase einer strategisch *gelenkten* wirtschaftlichen Entwicklung.

Wirtschaftliche Entwicklung kommt nach Schumpeter zustande, wenn systematisch Innovationswellen generiert werden. Einzelne Innovationen werden verbreitet und rekombiniert und selektiert, so entstehen *Innovationswellen*, die sich zu Konjunkturzyklen verdichten. So entstanden die Welle der industriellen Revolution (ab 1776), der Eisenbahnzyklus (etwa ab 1830), die chemische und elektrotechnische Innovationswelle (etwa ab 1885), schließlich die fordistische Massenproduktion (ab 1950) und die vernetzte Digitalisierung und Informationstechnologie ab 1990.^[2]

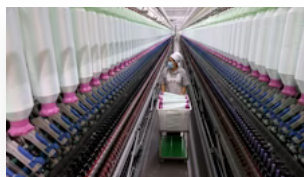
In einer nichtgelenkten Marktwirtschaft entscheiden Marktprozesse, die durch die

Profitinteressen der Unternehmer und ein wenig auch durch den Druck der Konsumenten und der Lohnbeschäftigten getrieben werden, welche Selektionen sich durchsetzen. Aber schon früh versuchten organisierte Interessengruppen und Staaten, Entwicklungsrichtungen politisch zu beeinflussen – insbesondere für die Rüstung und die Kriegsproduktion. Das geschah durch Industriepolitik, durch das Finanzsystem, politische Rahmung und große Infrastrukturprojekte, etwa den Bau von Eisenbahnen, Straßen und Energiesystemen.

Regulierte und gelenkte Marktwirtschaft

Ich unterscheide terminologisch zwischen *regulierter* und *gelenkter* Marktwirtschaft. Die meisten Anhänger marktwirtschaftlicher Prinzipien wussten und wissen, dass die wechselseitige Anpassung von Angebot und Nachfrage über sinkende oder steigende Preise nicht für alle Güter funktioniert. Manche Waren wie Immobilien oder manche Naturressourcen lassen sich nicht ohne weiteres vermehren. Für die Lohnentwicklung hat Keynes (1936)^[3] gezeigt, dass eine Marktregulation in eine krisenhafte Abwärtsspirale führen muss. In anderen Fällen entstehen Monopole und manipulieren die Preisbildung zu ihren Gunsten.

Daher muss eine *Organisation außerhalb des Marktes* eingreifen, um Löhne zu regeln, Monopole zu verhindern oder zu begrenzen und von Natur aus knappe Güter „gerecht“ zuzuteilen – und zwar so, dass das Wirtschaftssystem funktionsfähig bleibt. Das definiert eine *regulierte Marktwirtschaft*: es geht um die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft durch partielle Eingriffe in Preisbildung und Rahmenbedingungen. Vor allem die Preise knapper Naturressourcen (einschließlich Grundstücken), die Löhne (die Preise für Arbeitsstunden), aber auch die Zinsen sowie die Preise von Wertpapieren und die Wechselkurse zwischen Währungen können durch Marktprozesse nicht funktionsgerecht geregelt werden, zumindest nicht allein durch Märkte. Funktionsgerecht bedeutet hier, so wie es die Erhaltung der jeweiligen Volkswirtschaft und des Marktsystems verlangt.



Lesen Sie auch:

Chinas Aufstieg und die Lage der arbeitenden Bevölkerung

Rainer Land | 20. August 2025



Chinas Aufstieg und die Ungleichheit: Urbanisierung und Wanderarbeiter

Rainer Land | 28. August 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die

Agrarreform 1979–2004

Rainer Land | 05. September 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: die Transformation der Staatsbetriebe 1984 bis 2007

Rainer Land | 19. September 2025



Chinas Weg in die gelenkte Marktwirtschaft: Geburt und Aufstieg der Privatunternehmen

Rainer Land | 10. Oktober 2025

Eine *gelenkte Marktwirtschaft* geht darüber hinaus. Grundlage ist zwar auch hier zunächst die Regulierung der genannten Parameter – Löhne, Wechselkurse, Zinsen, Preise für Wertpapiere, Kontrolle und Beschränkung von Monopolen, Zugang zu begrenzten Naturressourcen und Immobilien. Aber man versucht drüber hinaus, *bestimmte* Entwicklungsrichtungen zielgerichtet zu initiieren oder zu unterstützen und andere einzuschränken.

Gelenkte Marktwirtschaft nenne ich Systeme, die versuchen, Entwicklungs*richtungen* zu steuern, also nicht nur Wachstumsraten zu beeinflussen. Die Instrumente dafür sind Industriepolitik, Kreditlenkung und öffentlich finanzierte Infrastrukturprojekte, die die Produktivkraftentwicklung beispielhaft in ganz bestimmte Richtungen lenken. Später kommen ökologische und sozialökonomische Determinanten hinzu, auch Verbraucherschutz. Der Übergang aus einer regulierten in eine gelenkte Marktwirtschaft kann fließend sein.

Chinas gelenkte Entwicklung ab 2015

Für Chinas Übergang in eine dynamische und gelenkte wirtschaftliche Entwicklung waren drei Komponenten entscheidend: Erstens sollten *Innovationen* zum zentralen Motor der Entwicklung werden – ganz im Sinne Schumpeters. Es ging also darum, Innovationen zu stimulieren (durch Förderung) oder zu initiieren (durch Infrastrukturprojekte oder Forschungskapazität). Zweitens wurde die *Binnenwirtschaft* aufgewertet. 1979 bis 2007 stand die Exportwirtschaft an erster Stelle, China war zur „Werkstatt der Welt“ geworden. Nun geht es um eine dominant binnenwirtschaftliche Entwicklung. Diese Umstellung ist bis heute nicht abgeschlossen. Drittens wurde die *Belt & Road-Initiative* als eine alternative Globalisierungsstrategie gestartet.

Im Mai 2015 stellte das Programm *Made in China 2025* die Schwerpunkte für eine

innovationsbasierte wirtschaftliche Entwicklung vor. Die Belt & Road-Initiative orientierte auf die Entwicklung internationaler Infrastruktur, auf Korridore, in und an denen sich Unternehmen und Cluster ansiedeln sollten, um eine innovationsbasierte Entwicklung in Entwicklungsländern in Kooperation mit China in Gang zu bringen. Bei beiden Zielen spielte die *grüne Entwicklung* (vor allem erneuerbare Energien), die Digitalisierung und der Ausbau von Kommunikationsnetzwerken (G5, G6) eine wichtige Rolle.

Geteilte Ziele

Die Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung in China gründet auf zwei zusammenhängenden institutionalisierten Prozessen: Erstens *geteilte Ziele* der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein gesellschaftlicher Grundkonsens über gewollte Entwicklungsrichtungen muss alle wichtigen Interessengruppen einbinden. Geteilte Ziele müssen immer wieder aktualisiert, diskutiert und überarbeitet werden. Dazu gehören wichtige technologische, sozialökonomische und neuerdings auch ökologische Zielstellungen, die in einem gesellschaftlichen Diskurs erarbeitet und beschlossen werden. Sie müssen Entwicklungs- und Aufstiegschancen für alle wichtigen Interessengruppen beinhalten.

Die KPCh ist die Organisation, die diesen Diskurs gestaltet, vermittelt und die Umsetzung dieser Ziele über den Staat (Kommunen, Regionen und Zentralstaat) und gesellschaftliche Organisationen organisiert und kontrolliert. Nicht sie allein setzt die Ziele, das muss in einem gesellschaftlichen Prozess geschehen, in dem die etwa 100 Millionen Mitglieder der KPCh besonders wichtig sind. Neben der demokratischen und der meritokratischen Funktion der KP muss man auch die diktatorische Komponente sehen. Es geht nicht nur darum, den Diskurs zu organisieren, den Konsens herzustellen und zu erhalten. Es geht auch darum, die beschlossenen Ziele und Maßnahmen durchzusetzen, gegebenenfalls auch gegen Kräfte, die Sonderinteressen verfolgen, Korruption nutzen, rote Linien überschreiten.

Zentrale Ziele im Programm Made in China 2025 und dem 13.

Fünfjahresprogramm (2016 bis 2020) waren beispielsweise der Aufbau von zehn Schlüsseltechnologien, darunter: Informations- und Kommunikationsindustrie, CNC-Maschinen und Roboter, Schienenverkehrstechnik (Hochgeschwindigkeitszüge), Photovoltaik und Windenergie, Medizintechnik, Schiffe, Meerestechnik. Ökologische Nachhaltigkeit wurde als Ziel genannt – und „alle Armen auf dem Land sollen aus der Armut herausgeholt werden“.

Die Bevölkerungskontrolle (Ein-Kind-Politik) wurde beendet. Es wurden regionale Koordinierungsmechanismen geschaffen, Entwicklungskosten aufgeteilt und gemeinsame Governance-Ansätze für ökologische Fragen und Umweltschutz eingerichtet. In den späteren Fünfjahresprogrammen wurden diese Ziele differenziert und erweitert, so kamen Entwicklungsschwerpunkte auch für die ländlichen Regionen im Westen Chinas hinzu.

Die Debatte um geteilte Ziele erfolgt hauptsächlich bei der Aufstellung der Fünfjahresprogramme, der zentralstaatlichen, kommunalen und regionalen Pläne, sowie in den staatlichen und den privaten Unternehmen bzw. deren Parteizellen. Die KPCh ist für diesen Diskurs der entscheidende Akteur.

Für das gegenwärtig in Vorbereitung stehende nunmehr 15. Fünfjahresprogramm (2026 bis 2030) stehen ökologische Ziele an herausragender Stelle: schönes China, blauer Himmel, saubereres Wasser und bessere Gesundheitssicherheit sowie der weitere Ausbau der Sozialsysteme. Durchbrüche bei integrierten Schaltkreisen, beim weiteren Ausbau des digitalen Chinas und der künstlichen Intelligenz werden genannt. Dazu sollen Grundlagenforschung und Industrieforschung sowie Bildung und Talentförderung in *Open-Innovations-Ökosystemen* vernetzt werden.

Ein erster Entwurf wurde im Januar 2025 veröffentlicht. Laut China-Experte Uwe Behrends^[4] wurden drei Milliarden Vorschläge aus Parteiorganisationen und der Bevölkerung eingebracht, also im Mittel zwei pro Einwohner. Der Entwurf wurde überarbeitet und an die Provinzen und Kommunen gegeben. 21 Prozent der Vorschläge aus der anschließenden zweiten Diskussionsrunde wurden in das Fünfjahresprogramm eingearbeitet. Der Entwurf wurde auf dem vierten Plenum des Zentralkomitees im Oktober 2025 diskutiert und wird 2026 dem Volkskongress zur Beschlussfassung vorgelegt.

Wichtig an diesem Diskurs ist nicht nur, die verschiedenen Interessengruppen einzubinden, einen Konsens herzustellen und Zustimmung zu generieren. Ebenso wichtig ist, dass die einzelnen Betriebe, Kommunen, Regionen bzw. deren Parteiorganisationen ihre lokalen Entwicklungspläne in die von ihnen mit erarbeitete und verstandene *gesellschaftliche Entwicklungsperspektive* einbetten. So können mehr oder weniger *synchronisierte Entwicklungen* in Gang gesetzt werden. Ohne geteilte Ziele, diskursiv entwickelt, kann eine gelenkte Marktwirtschaft nicht funktionieren.

Doch wie funktioniert dieses Verfahren genau? Die KP hat frühere

planwirtschaftliche Verfahren einer Revision unterzogen und diese transformiert – mit anderen Worten: mehrfach erprobt, umgebaut und immer wieder modernisiert. Die direktive Planung, die den Betrieben Ressourcen und Produktionsaufträge verbindlich zuteilte, wurde seit 1992 schrittweise zurückgebaut und nach und nach durch ein indikatives Verfahren der Lenkung von Innovationen und Investitionen abgelöst. Planwirtschaftliche Allokationsverfahren wurden Mitte der 2000er Jahre vollständig eingestellt, Ausnahmen sind einige spezielle Bereiche wie die Energiewirtschaft und die Rüstungsproduktion.

Lenkungsinstrumente

Die zweite ebenso wichtige Komponente sind *Lenkungsinstrumente*. Diese entsprechen teilweise denen der gelenkten Marktwirtschaften der USA, Japans und Westeuropas vor 1972: Kreditlenkung, Industriepolitik, Infrastrukturentwicklung, Regionalentwicklung und ähnliches. Für China ist die Kreditlenkung über *Guidance Funds* (Industrie-Leitfonds) und Infrastrukturprojekte besonders wichtig. Hinzu kommt der zielgerichtete Aufbau von Forschungs- und Entwicklungszentren und -netzwerken. Eine weitere wichtige Komponente sind die makroökonomische Regulierung der Löhne, der Kreditzinsen und der internationalen Wechselkurse.

China hat sich bei den Lenkungsinstrumenten und -verfahren viel von anderen Ländern abgeschaut, aber kein System komplett übernommen oder kopiert. Chinas gelenkte Marktwirtschaft ist eine Eigenentwicklung. Nach dem Scheitern der Schocktherapie 1989 verzichtete man auf den einen großen Befreiungsschlag. Die Reformen vollzogen sich in vielen kleinen Schritten durch Experimentieren und Selektieren. China hat die Finanzmärkte nicht dereguliert, sondern re-reguliert, sie dienen der realwirtschaftlichen Entwicklung. Der Weg in einen Finanzmarktkapitalismus blieb verschlossen.

Chinas Volkswirtschaft ist eine *regulierte* Marktwirtschaft was Löhne, Zinsen und Wechselkurse betrifft. Und eine *gelenkte* Marktwirtschaft, weil sie über Kreditlenkung, Infrastrukturentwicklung und Industriepolitik bestimmte Entwicklungsrichtungen des Innovations- und Investitionsprozesses generiert und selektiert. Die dabei erreichte makroökonomische Dynamik ist bemerkenswert.

Trotzdem lassen sich Krisen und Fehlentwicklungen nicht vermeiden. Beispiele sind der Immobiliensektor, die Jugendarbeitslosigkeit und die Probleme, den Modernisierungsrückstand im Binnenmarkt und in der ländlichen Entwicklung zu überwinden (siehe [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Sie müssen durch Korrekturen der

Lenkungsinstrumente überwunden werden, was bei der Immobilienkrise mehrere Jahre dauern wird, nicht zuletzt, weil die Staatsführung einen schweren Absturz mit vielen Pleiten und Entlassungen vermeiden will und muss.

Sozialismus und gesellschaftliche Aneignungsformen

Eine gelenkte Marktwirtschaft generiert über geteilte Ziele und Lenkungsinstrumente gewollte Entwicklungsrichtungen des Produktionssystems und der sachlichen Grundlagen der Lebenswelten. Sie ermöglichen, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher und individueller Entwicklung ohne Subsumtion einer Seite auszutragen, durch Dynamik zu lösen und neu zu setzen.

Das ist die entscheidende Grundlage für die *Möglichkeit sozialistischer Entwicklung in einer Kapitalverwertungswirtschaft*. Dies ist auch die Voraussetzung dafür, dass staatliche und private Unternehmen gleichermaßen zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Sie sind in ein Lenkungssystem eingebunden, das Subsumtion ausschließt und freie Entwicklung der Individuen ebenso ermöglicht wie die Evolution des Gesellschaftskörpers.

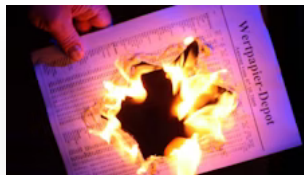
Die private Aneignung des Mehrwerts ist in einer solchen gelenkten sozialistischen Marktwirtschaft abgelöst durch eine Vielfalt, ein *System verschiedener Aneignungs- und Einkommensformen*: Private Aneignung durch Haushalte über Löhne und (kleine) Kapital- und Vermögenseinkommen. Gemeinschaftliche Aneignung über den Staat, die Regionen und Kommunen sowie Gemeinschaftsorganisationen wie Sozialversicherungen, Hochschulen, Schulen und Kultureinrichtungen. Kollektive Aneignung durch Unternehmen, die in Innovationen und Investitionen investieren. Gemeinschaftliche Aneignung durch Organisationen und gemeinnützige Stiftungen.

Sie alle sind in ein System gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Entwicklung eingebunden – oder wie es chinesisch heißt: 共同富裕 (*gòngtóng fùyù*): *gemeinsamen Wohlstand*. Das unterscheidet eine sozialistische von einer kapitalistischen Kapitalverwertungswirtschaft. In letzterer dominiert die private Aneignung und die Macht privater Kapitaleigner über die Entwicklungsrichtungen des Wirtschaftssystems und der Gesellschaft. Die Rückbindung dieser Interessengruppe an die Gesellschaft ist eingeschränkt.

In den Zielen wirtschaftlicher Entwicklung in China spielen sozialökonomische und neuerdings noch mehr ökologische Ziele eine herausragende Rolle. Das war anfangs auch im Westen der Fall: Sozialstaat, Teilhabe, Reduzierung der SO₂- und NO_x-Emissionen und des Lärms in den 1960 und 1970er Jahren. Der wohl

offensichtliche Unterschied: Die gelenkten Marktwirtschaften der USA, Westeuropas und Japans, die bis in die 1970er Jahre eine *dominant realwirtschaftliche Entwicklung* fokussierten, existieren nicht mehr. Sie sind seit den 1970er und 1980er Jahren erodiert und wurden dann durch die Ausbreitung des Finanzmarktkapitalismus systematisch zerstört.

Wenn man heute von einer staatlichen Lenkung im Westen reden kann, dann ist es die *Lenkung des Systems im Interesse des Finanzmarktkapitalismus*: staatlich organisierte Maximierung der Finanzrenditen durch Deregulierung der Finanzmärkte, Veränderung der Steuern und Abgaben zu Gunsten von Finanzrenditen und Finanzvermögen, Zulassung von Hedge-Funds, die mit der symbolischen Aufwertung (oder Abwertung) von Unternehmen spekulieren, von Leerverkäufen und dubiosen Wertpapieren, Bankenrettung über exorbitante Geldschöpfung zu Lasten des Staates und zu Gunsten der Banken und der Finanzmärkte in Finanzkrisen.



Lesen Sie auch:

Die Folgen des Finanzkapitalismus

Florian Schaaf | 12. November 2025

Der einzige heute erkennbare Gegenentwurf dazu ist – trotz aller Unzulänglichkeiten und Einschränkungen – die chinesische Entwicklung. Doch dieser Umbruch ist noch nicht abgeschlossen und wohl auch noch nicht konsolidiert. Es ist nicht sicher, ob es gelingt, ein Wirtschaftssystem aufzubauen, dessen Entwicklungsrichtungen die Interessen der Bevölkerung und ihrer verschiedenen Interessengruppen insgesamt aufnimmt. Und in dem die Entwicklung der Individuen und die des Gesellschaftskörpers in widersprüchlicher und zugleich harmonischer Weise verbunden sind.

[1] Vgl. Werner, R. A.: Princes of the Yen: Japan's Central Bankers and the Transformation of the Economy. An East Gate book. Sharpe: Armonk, N.Y., 2003, Kapitel 15. Siehe vom selben Autor auch den Film *Die Macht der Banken. Die Schock-Strategie der Zentralbanken*.

[2] Vgl. Andrea Komlosy (2018): *Krisen, lange Wellen und die Weltsystemtheorie*, in: Zeitschrift für Weltgeschichte 19.2 (2018), S. 207-242.

[3] John Maynard Keynes (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. Deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1966: Duncker & Humblot 1966. Insbesondere Kapitel 2 und 19.

[4] Behrens, Uwe (2025): *Vortrag über die aktuelle Lage in China*, 24.10.2025, Eine-Welt-Haus in München. 24.10.2025, Minute 14.





Wie Huawei zum Symbol des Aufstiegs Chinas wurde

Von Rainer Land | 10.12.2025

Eine Firma, die in einem staubigen Grenzviertel entstand und heute globale Technologiearchitekturen prägt: Die Geschichte von Huawei zeigt, wie aus Krisen Innovationen entstehen können.

Carsten Senz treffe ich an einem warmen Augustrnachmittag in Berlin. Der Vizepräsident von Huawei Deutschland erzählt mir von den Zukunftsplänen eines Konzerns, der längst kein exotischer Import mehr ist, sondern ein technologischer Riese mit mehr als 1800 Mitarbeitern quer über die Republik verteilt. Auf dem Gespräch mit Senz und eigenen Recherchen beruht die folgende Geschichte, die so kaum jemand kennt.

Die Geschichte von *Huáwéi Jìshù Gōngsī* (englisch *Huawei Technologies*) beginnt nicht in glänzenden Glasfassaden oder futuristischen Labors, sondern im

China der 1980er Jahre, an der staubigen Grenze zu Hongkong. Ein Mann namens Ren Zhengfei, Sohn zweier Lehrer, groß geworden in Zeiten des Mangels, gründete dort 1987 eine Firma, die kaum jemand beachtete. Fünf Investoren hatten ihm je 500 Dollar gegeben, gerade genug, um gebrauchte Telekommunikationsanlagen aus Hongkong vor allem in ländliche Regionen Chinas weiterzuverkaufen. Eine Garage wäre fast luxuriös gewesen. Doch schon 1990 hatte das Unternehmen etwa 100 Mitarbeiter.

Ren hatte früh gelernt, was Verantwortung bedeutet. Als ältester von sieben Geschwistern musste er in den Hungerjahren teilen, rechnen, organisieren. Nach seinem Ingenieurstudium in Chongqing diente er als Techniker im Ingenieurkorps der Volksbefreiungsarmee. Kein glamouröser Weg, eher ein Überlebensprogramm mit Schraubenschlüssel. Doch wer Krisen kennt, erkennt Chancen, und genau davon sollte auch Huawei fortan leben.

Als der Hongkonger Lieferant plötzlich wegfiel, stand Huawei vor seiner ersten echten Prüfung. Für die meisten Start-ups wäre das der Moment gewesen, den Stecker zu ziehen. Ren hingegen entschied, den Stecker einzustecken: in eigene Maschinen, in eigene Forschung, in eigene Netze. Huawei hörte auf, nur zu handeln, und begann, eine eigene Produktion aufzubauen. Router, Switches, komplette Telekommunikationsnetze. Innovation aus Mangel.

Heute investiert das Unternehmen jährlich Summen in Forschung, bei denen anderen der Kreislauf flattert: 2024 waren es knapp 180 Milliarden Yuan, Platz sechs weltweit – nach Amazon, Alphabet (Google), Meta, Apple und Microsoft, aber vor Volkswagen, Samsung und Intel. Huawei ist an Krisen gewachsen, weil es frühzeitig lernte, Krisen durch Innovationen zu überwinden.

Mitarbeiter-Aktiengesellschaft

Die zweite große Erschütterung traf Huawei Mitte der 1990er Jahre. Während das Unternehmen wuchs, blieben die Türen der chinesischen Staatsbanken vorerst verschlossen. Die Kreditvergabe an einen aufstrebenden, aber noch immer unsicheren Telekommunikationsanbieter passte nicht in die Risikokalkulation der damaligen Finanzstrukturen. Anders als das regional differenzierte chinesische Bankensystem heute waren die damals wenigen existierenden Banken staatlich geführt, konservativ und für junge Unternehmen schlicht nicht erreichbar.

In dieser Situation entschied Ren Zhengfei sich für einen ungewöhnlichen Schritt, der die DNA des gesamten Unternehmens verändern sollte: Er verkaufte seine Anteile an diejenigen, die täglich an Huaweis Aufbau arbeiteten. Die Mitarbeiter wurden zu Eigentümern, nicht symbolisch, sondern mit echten Stimmrechten und realen Vermögenswerten. Aus der Not entstand ein Finanzierungsmodell, das Huawei bis heute die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten und den Börsen sichert.

Das System basiert auf festen Anteilswerten, berechnet aus dem Nettovermögen des Unternehmens. Aktien werden ausschließlich an Mitarbeiter ausgegeben, in einem Umfang, der sich nach Betriebszugehörigkeit richtet. Die Beteiligungen sind begehrt, nicht zuletzt wegen der hohen jährlichen Ausschüttungen. Verlässt ein Mitarbeiter das Unternehmen, müssen die Anteile zum aktuellen Wert an Huawei zurückgegeben werden. Für Beschäftigte im Ruhestand besteht die Möglichkeit, die Beteiligungen in eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln.

Heute sind 99,35 Prozent der stimmberechtigten Anteile in Mitarbeiterhand. Ren selbst hält nur einen symbolischen Rest. Rund 96.000 Beschäftigte sind Anteilseigner, vertreten durch eine „Representatives' Commission“, die als höchstes Gremium fungiert. Auf Managementebene führt ein dreiköpfiger Vorstand das Unternehmen, gewählt für fünf Jahre, mit einem halbjährlich rotierenden Vorsitz. Das Modell ist komplex, aber es schafft Bindung, Loyalität und eine bemerkenswerte Unabhängigkeit von externen Kapitalinteressen.

Auch interne Belange folgen dieser Logik enger Verzahnung. Soziale Fragen, Arbeitsbedingungen und organisatorische Konflikte werden zusätzlich von der Parteizelle der Kommunistischen Partei begleitet, was im chinesischen Unternehmensalltag eher institutionelle Routine als politische Besonderheit ist.

Finanziell setzt Huawei konsequent auf Reinvestition in Wissen. Zwei Drittel des Gewinns werden als Dividende an die Mitarbeiter ausgeschüttet, während über 23 Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung fließen. Zum Vergleich: große westliche Konzerne liegen teils deutlich darunter. Mehr als die Hälfte der Belegschaft arbeitet heute in der Forschung. Dieses dichte Netz aus Kapitalbindung, Mitarbeiterbeteiligung und technologischer Fokussierung bildet einen der zentralen Gründe dafür, dass Huawei den Sprung vom regionalen Händler zum globalen Innovationsakteur geschafft hat.

5G-Mobilfunkstandard und der Spionagevorwurf

Die dritte große Zäsur in Huaweis Entwicklung kam von technischer Seite. Als China den landesweiten Mobilfunkausbau vorantrieb, entschied sich die Regierung in Peking für den in Europa und anderen Teilen der Welt verbreiteten 3G-Standard (UMTS). Für Huawei war das ein strategischer Rückschlag. Das Unternehmen hatte bis dahin in andere Technologien investiert und musste nun unter erheblichem Zeitdruck seine Forschungsprogramme neu ausrichten, internationale Märkte erschließen und eigene Lösungen entwickeln.

Was zunächst nach einer weiteren Hürde aussah, erwies sich als Beschleuniger. Die Neuorientierung führte Huawei tiefer in globale Entwicklungsstrukturen hinein und markierte den Einstieg in jene langfristigen Investitionen, aus denen später wesentliche Elemente des 5G-Standards hervorgingen. Mit Beginn der 4G-Ära, gestützt durch die weltweit abgestimmte Arbeit der „3rd Generation Partnership Project“ (3GPP), stieg Huawei zu einem der zentralen technischen Beitragsleister auf. Massive MIMO, New Radio, energieeffiziente Übertragungstechniken: Die Liste der Entwicklungen, an denen das Unternehmen mitwirkte, ist lang. Bereits um 2009 begann Huawei, weltweit Forschungszentren aufzubauen, allein in Europa mehrere Standorte, dazu Kanada, Japan und andere Regionen. Milliarden flossen jedes Jahr in die 5G-Entwicklung. Das Unternehmen meldete Patente in großer Zahl an und zählt heute in diesem Feld zu den stärksten Patentinhabern weltweit.

Doch mit der wachsenden technologischen Bedeutung wuchs auch der politische Druck. Ab etwa 2018 geriet Huawei ins Zentrum geopolitischer Auseinandersetzungen. Die USA und mehrere Verbündete schränkten den Einsatz von Huawei-Komponenten in ihren 5G-Netzen stark ein oder verboten ihn vollständig. Offiziell ging es um den Verdacht der Spionage und um mögliche Abhängigkeiten von chinesischer Infrastruktur. Der Vorwurf stand im Raum, Beweise blieben jedoch aus.

Tatsächlich fanden Netzbetreiber, die über Jahre hinweg Huawei-Systeme nutzten, keinerlei Hinweise auf Sicherheitslücken, die auf staatliche Einflussnahme hindeuten würden. Auch Untersuchungen liefen ins Leere. Das britische „Huawei Cyber Security Evaluation Centre“ überprüfte über Jahre hinweg den Code und die Systeme, ohne eine Hintertür zu finden. Die französische Cybersicherheitsbehörde ANSSI gelangte zu demselben Ergebnis.

Selbst unabhängige Untersuchungen in Südostasien, etwa auf den Philippinen, konnten keine politischen Einflussnahmen belegen.

Einzelne Vorwürfe aus der Industrie, etwa der angebliche Diebstahl eines Testroboters bei T-Mobile oder Auseinandersetzungen mit Cisco, endeten meist in Schlichtungen oder wurden fallen gelassen. Eine US-Jury stellte ausdrücklich fest, dass im Fall des T-Mobile-Roboters keine vorsätzliche oder böswillige Handlung vorlag.

Trotzdem sah sich Huawei im Folgenden einer Welle politischer Sanktionen ausgesetzt: vollständige Verbote in den USA, Australien, Schweden; strenge Beschränkungen in Kanada, Großbritannien und Neuseeland; faktische Ausschlüsse in Indien; Zurückhaltung in Japan und Südkorea. Gleichzeitig blieb Huawei in vielen Teilen Asiens, in Afrika und einem großen Teil Lateinamerikas ein zentraler Ausrüster für Mobilfunknetze, meist neben Ericsson und Nokia. In Europa zeigte sich ein gemischtes Bild: Während einige Staaten strikte Vorgaben machten, blieben andere bei technischen Bewertungen und pragmatischen Lösungen. Deutschland setzt weiterhin Huawei-Technik ein, allerdings unter verschärften Prüfverfahren.

Inmitten dieser Debatten meldete sich Ren Zhengfei selbst zu Wort. In einem Interview sagte er, er würde „eher das Unternehmen aufgeben und ins Gefängnis gehen, als dem chinesischen Staat die Daten unserer Kunden zu geben“. ^[1] Wer das Interview liest und die Faktenlage kennt, erkennt schnell, dass die Auseinandersetzung weniger durch konkrete Sicherheitsnachweise geprägt ist als durch die politische Rivalität zwischen technologischen Machtzentren.

Sanktionen im Bereich der Chip-Produktion

Die vierte Krise für Huawei entstand nicht aus Marktverwerfungen, sondern aus einer technologischen Blockade, die ab 2019 Schritt für Schritt errichtet wurde. Als die USA Huawei auf die „Entity List“ setzten, war das zunächst ein politisches Signal. Doch schon bald zeigte sich, wie tief der Eingriff reichen würde. US-Unternehmen durften ohne Sondergenehmigung keine Technologie mehr liefern, und ab 2020 wurde das Embargo so ausgeweitet, dass auch ausländische Chipfertiger wie TSMC keine Huawei-Designs mehr produzieren durften, sofern in ihrer Produktion US-Technologie zum Einsatz kam. Da praktisch jeder Hersteller des globalen Spitzenfeldes entsprechende Anlagen nutzt, traf die Maßnahme Huawei direkt im Kern seines Geschäfts.

Die Folgen waren unmittelbar sichtbar. Huawei hatte über Jahre eigene Kirin-Prozessoren entwickelt, gefertigt von TSMC auf modernsten Prozessknoten. Als die Fertigungslinien schlossen, brach die Versorgung mit High-End-SoCs ab – insbesondere für Smartphones, Server und 5G-Basisstationen. Ab 2020 verlor Huawei international rapide Marktanteile im Smartphone-Sektor. Dass amerikanische Dienste wie Google Services nicht mehr genutzt werden durften, beschleunigte den Einbruch zusätzlich. Selbst in China sank der Absatz zunächst deutlich. Einzig im Netzbereich, insbesondere bei 5G-Infrastruktur, gelang es Huawei, seine Position weitgehend zu halten.

Der Schock war erheblich, aber wie schon in den Krisen zuvor wirkte er wie ein Katalysator. Chinas Halbleiterindustrie rückte mit neuer Dringlichkeit ins Zentrum politischer und wirtschaftlicher Prioritäten. SMIC, die wichtigste chinesische Foundry, gelang es 2023, erste 7-nm-Chips in kleiner Stückzahl herzustellen, eingesetzt etwa im Huawei Mate 60 Pro. Auch wenn diese Fertigungsprozesse nicht auf dem Niveau westlicher EUV-Lithografie lagen, demonstrierten sie, dass China den technologischen Abstand verringert.

Gleichzeitig blieb die Abhängigkeit in einem entscheidenden Punkt bestehen: Bei modernsten Lithografieanlagen ist und bleibt ASML aus den Niederlanden der wichtigste Anbieter weltweit, und genau diese Anlagen stehen unter strengstem Exportdruck. Die USA drängten ihre Verbündeten, jegliche Lieferungen an China zu unterbinden. Peking reagierte mit einer langfristig angelegten Gegenstrategie.

Sie besteht aus mehreren Ebenen. Erstens der Aufbau einer eigenen Maschinenbauindustrie: Unternehmen wie SMEE und SiCarrier versuchen, heimische Lithografie- und Fertigungstools zu entwickeln, unterstützt von staatlichen Förderprogrammen und privaten Investoren. Zweitens setzt China auf alternative Verfahren wie Multi-Patterning, die zwar den Rückstand nicht vollständig kompensieren können, aber praktikable Produktionspfade eröffnen. Drittens wird die gesamte Halbleiterbranche durch massive staatliche Programme gestützt, von Grundlagenforschung über Anlagenbau bis zu kompletten Lieferketten. Ziel ist technologische Souveränität, zumindest in jenen Strukturbreiten, die für große Teile der Industrie relevant bleiben.

Zwar ist kaum damit zu rechnen, dass China kurzfristig zu den global führenden Prozessknoten aufschließt. Doch die Dynamik ist hoch, der Abstand schrumpft, und Experten gehen davon aus, dass die benannten Strategien insbesondere im mittleren Leistungssegment – das weltweit häufig nachgefragt wird – erhebliche

Wirkung entfalten. Entscheidend ist, dass die Entwicklung nicht mehr linear verläuft. Sie kann beschleunigt werden, auch wenn westliche Regierungen versuchen, den Zugang zu Spitzentechnologie dauerhaft einzuschränken, um ihr Monopol zu wahren.

Für Huawei war die Chipblockade der vielleicht schwerste Einschnitt in der Unternehmensgeschichte. Dennoch reagierte das Unternehmen schneller, als viele Beobachter erwartet hatten. Über seine eigenen Investmentstrukturen beteiligte sich Huawei inzwischen an mehr als 60 chinesischen Halbleiterfirmen, um ein heimisches „Ökosystem“ [für die Chipherstellung zu schaffen](#). Die kommenden Jahre dürften daher von einer starken Expansion im Binnenmarkt sowie einer wachsenden Eigenproduktion geprägt sein. In Bereichen wie Telekommunikationsnetzen oder KI-Infrastruktur rechnet Huawei sogar damit, mittel- bis langfristig eine [globale Spitzenposition einzunehmen](#).

Interessanterweise lautet das [Fazit einer ITIF-Studie](#), dass die Sanktionen nicht zur Schwächung, sondern zur Beschleunigung der Innovationsfähigkeit beigetragen hätten: „Huawei ist heute ein innovativeres Unternehmen als vor den Versuchen der US-Regierung, seine Lieferketten zu unterbinden.“ Ein Unternehmen, das gebremst wurde und trotzdem an Geschwindigkeit gewann.

Huawei und erneuerbare Energie

Huawei erweitert sein technologisches Portfolio inzwischen tief in den Energiesektor hinein und hat sich als zentraler Akteur im globalen Markt für Photovoltaik-Wechselrichter etabliert. Das Unternehmen zählt heute zu den drei führenden Herstellern weltweit, gemeinsam mit Sungrow aus China und Fronius aus Österreich. Besonders stark ist Huawei in China, Europa, Lateinamerika, im Nahen Osten und in Afrika vertreten, wo Installationsbetriebe die Systeme häufig aufgrund ihres stabilen Preis-Leistungs-Verhältnisses integrieren.

Die jüngste Gerätegeneration arbeitet vielfach mit KI-basierten Funktionen wie automatisierter Fehlerdiagnose, Ertragsprognosen oder dynamischer Optimierung der Systemleistung. Huawei verknüpft Photovoltaik zunehmend mit Batteriespeichern und entwickelt darauf abgestimmte Steuerungssoftware, die Eigenverbrauch, Netzeinspeisung und Lastmanagement effizient austariert. Ergänzend betreibt das Unternehmen digitale Plattformen, die über Cloud- und IoT-Architekturen die Fernüberwachung großer Solarparks ermöglichen.

Für Huawei ist das Feld der erneuerbaren Energien ein strategischer Wachstumsbereich, der weniger von geopolitischen Restriktionen betroffen ist als die Segmente 5G oder Halbleiter. Mit diesem Portfolio positioniert sich Huawei zunehmend als Anbieter digital integrierter Energiesysteme und überschreitet damit bewusst die Grenzen eines klassischen Telekommunikationsausrüsters.

Huawei als Technologieanbieter der Automobilbranche

„Wir bauen keine Autos, wir helfen Autoherstellern, bessere Autos zu bauen“. Unter diesem Marketing-Slogan treibt Huawei seine Rolle als technologischer Zulieferer der Automobilindustrie konsequent voran und versucht, sich als zentraler Infrastrukturpartner für die nächste Generation vernetzter Fahrzeuge zu etablieren.

Der 2019 gegründete Bereich *Huawei Intelligent Automotive Solutions* (IAS) bündelt sämtliche Aktivitäten rund um Smart-Car-Technologien. Dazu gehören 5G-Konnektivität, Plattformen für hochautomatisiertes Fahren, Sensorik inklusive Lidar, Recheneinheiten sowie Software für Wahrnehmung, Entscheidung und Steuerung. Hinzu kommen Batterie- und Energiemanagementsysteme für Elektrofahrzeuge sowie integrierte Cockpit-Plattformen, die Infotainment, Sprachsteuerung und Cloud-Dienste zusammenführen. Huawei entwickelt eigene Chips für autonome Fahrfunktionen, darunter kompakte Mobile-Data-Center-Architekturen, Lidar-Controller und Lösungen für die Sensorfusion.

Unter dem Label Huawei Inside (HI) liefert das Unternehmen eine vollständige intelligente Fahrzeugarchitektur, also Betriebssystem, Cockpit-Plattform sowie Module für automatisierte Fahrfunktionen. Das Konzept folgt der Logik von „Intel Inside“: Huawei möchte die digitale Steuerinstanz im Fahrzeug bereitstellen und sich als technologisches Rückgrat positionieren, ähnlich wie Nvidia, Qualcomm oder Bosch im internationalen Vergleich. In China erzielen einige dieser Fahrzeuge, besonders der AITO M7, hohe Verkaufszahlen und konkurrieren im Premium-Elektrosegment direkt mit Tesla und BYD. Auf globaler Ebene bestehen bis heute kaum Kooperationen; die Expansion über China hinaus bleibt vorerst eine strategische Langfristoption.

Symbol der gelenkten Marktwirtschaft chinesischer Art

Der strategische Kern von Huawei lässt sich relativ klar fassen: Es operiert als langfristig ausgerichteter Technologiekonzern, der seine Prioritäten auf

Konnektivität, Rechenleistung, Forschung und nachhaltige Investitionen legt. Nach außen orientiert sich Huawei stark an seinen Kunden, nach innen vertraut das Unternehmen auf eine stabile Mitarbeiterbindung. Die Struktur einer Mitarbeiter-Aktiengesellschaft wirkt fast wie ein Laborprojekt für die Frage, ob sich der klassische Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit entschärfen lässt – jedenfalls unter den Rahmenbedingungen der gelenkten Marktwirtschaft chinesischer Art.

[1] Sieren, Frank (2021): Shenzhen. Zukunft Made in China. Penguin Verlag: München 2021. Kapitel 5



Gibt es eine Wirtschaftskrise in China?

Von Rainer Land | 26.2.2025

Deflation, Immobilienkrise, fallende Börsenkurse – Analysten sehen China in der Krise. Doch der Asien-Experte Stephen Roach konstatierte bereits 2021 zu Chinas dunkler Seite: „Das hatten wir schon mehrmals.“

„Gibt es eine Wirtschaftskrise in China?“ Stellt man diese Frage dem privaten chinesischen KI-Unternehmen „DeepSeek“, kommt folgende Antwort: Es sei „keine klassische Wirtschaftskrise, aber die chinesische Wirtschaft steht vor erheblichen Herausforderungen und strukturellen Problemen, die zu einer deutlichen Verlangsamung des Wachstums geführt haben.“ Dann werden das schwächere Wirtschaftswachstum (5 Prozent, vielleicht sogar weniger, statt 6 bis 8 Prozent vor der Coronapandemie oder mehr als 10 Prozent vor 25 Jahren), die Immobilienkrise, die Jugendarbeitslosigkeit (2023 über 20 Prozent) die schwache

Konsumnachfrage, ein Rückgang der Exporte und schließlich eine alternde Bevölkerung und eine hohe Verschuldung auf lokaler und nationaler Ebene angeführt.

Stellt man die gleiche Frage an die ebenfalls private US-amerikanische KI „ChatGPT“, bekommt man als Antwort: „Ja, China befindet sich derzeit in einer Wirtschaftskrise, die durch mehrere Faktoren bedingt ist.“ Genannt werden eine Immobilienkrise, schwache Binnennachfrage und Deflationsgefahr, eine hohe Verschuldung (Staat und private Haushalte zusammen 282 Prozent des Bruttoinlandprodukts) und demografische Herausforderungen (schrumpfende und alternde Bevölkerung).

Tatsächlich kämpft die chinesische Wirtschaft mit einer Deflation. Im Januar 2024 sind die Verbraucherpreise stark gesunken: Es war der höchste Rückgang, den China seit der Weltwirtschaftskrise 2009 verzeichnet hat. Experten führen den Preisverfall auf die anhaltend schwache Konsumnachfrage zurück, so *Zeit Online*.

ChatGPT verweist dann auf *Die Welt*. Frank Stocker [schreibt dort](#) unter dem Titel *Das Ende des Erfolgsmodells China – und Deutschlands größtes Problem*:

„Chinas Wirtschaft befindet sich in einer schier endlosen Abwärtsspirale, wie gleich mehrere Indikatoren zeigen. Nun droht dem Land nicht nur auf Jahre ein Ausfall als Wachstumsmotor, sondern auch ein ähnliches Schicksal wie einst Japan. Und der größte Verlierer dabei wäre Deutschland.“

David Llewellyn-Smith schrieb im September vergangenen Jahres [auf news.com](#):

„China steckt mitten in einer ausgewachsenen Finanzkrise, die es selbst verursacht hat – und die für Australien verheerende Konsequenzen haben wird. (...) Zwischen 2008 und 2022 verdoppelte sich die chinesische Schuldenquote auf 300 Prozent des BIP (...). China hat dieses Wachstumsmodell jedoch übertrieben. Es wurden viel zu viele Wohnungen für eine Bevölkerung gebaut, die nicht mehr wie erwartet wuchs. Ebenso bauten die lokalen Regierungen jahrelang unwirtschaftliche Infrastruktur aus, um Wachstumsziele zu erreichen, statt irgendeinen sinnvollen Zweck

zu verfolgen. Nach ihrer Fertigstellung konnten diese Projekte die Schulden nicht mehr bedienen und im Laufe der Zeit häufte sich dies zu einer Art Schneeballsystem an, bei dem immer mehr Schulden der LGFV (Local Government Financing Vehicles, auf Deutsch etwa: Lokale Regierungsfinanzierungsvehikel) zur Rückzahlung alter Schulden und nicht zur Erneuerung der Infrastruktur verwendet wurden.“

Doch bei solchen Analysen stellt sich die Frage, ob hier nicht auch der Wunsch Vater des Gedankens ist. Immerhin hatte China 2024 noch ein Wachstum von knapp 5 Prozent. Warum ist das eine „schier endlosen Abwärtsspirale“?

Das Podcast-Format *Finanzexperten im Interview – biallo* titelte im Dezember 2024: „China geht den Bach runter!“ Allerdings bezieht sich das nicht auf die Realwirtschaft, sondern auf Finanzanlagen. Ausländische Casinospieler haben keine rechte Freude mehr an chinesischen Finanzanlagen, sie verlieren oft Geld, wenn sie mit chinesischen Immobilien oder Wertpapieren spekulieren.

Realwirtschaftliche Entwicklung und Börsenkurse

Manche Einschätzungen setzen Börsenindizes mit der realwirtschaftliche Lage gleich. Das ist nicht immer, aber in sehr vielen Fällen falsch. Wenn es nach der Bewegung der Aktienkurse ginge, dann wäre die wirtschaftliche Lage in Deutschland wunderbar. Die Kurse steigen, die (virtuellen) Vermögen der superreichen Geldanleger wachsen. Realwirtschaftlich aber wird die Lage von den meisten arbeitenden Erwerbstätigen und vielen Beobachtern als nicht gut beschrieben, obwohl Andre Kühnlenz „[Leise Hoffnung auf ein kleines Wirtschaftswunder in Deutschland](#)“ hegt. Die chinesischen Börsenkurse dagegen sind gesunken. Folgt daraus, dass die realwirtschaftliche Entwicklung gut läuft?

Wer mittelfristig beobachtet oder eigene Erfahrungen gemacht hat, ein wenig vergleichende Studien oder etwas wissenschaftliche Literatur zum Finanzmarktkapitalismus gelesen hat, weiß: Nicht immer, aber sehr oft gehen Börsenkurse und realwirtschaftliche Entwicklung (Masseneinkommen, Produktivität, Wachstum) in entgegengesetzte Richtungen. Stefan Schulmeister^[1] hat das empirisch detailliert untersucht und wissenschaftlich erklärt. Manchmal gehen die Kurse nach oben, wenn die Wirtschaft boomt, manchmal nicht. Derzeit ist es umgekehrt, zumindest in Europa: wirtschaftliche Stagnation bei steigenden Börsenkursen.

Und in China? Obwohl die Wachstumsrate zwischen 4 und 5 Prozent liegt, fallen die Kurse. Der CSI 300-Index, der die Kursentwicklungen an den Börsen in Shanghai und Shenzhen repräsentiert, ist inzwischen auf dem tiefsten Stand der letzten fünf Jahre angekommen.

CSI 300-Index

2021 bis 2024

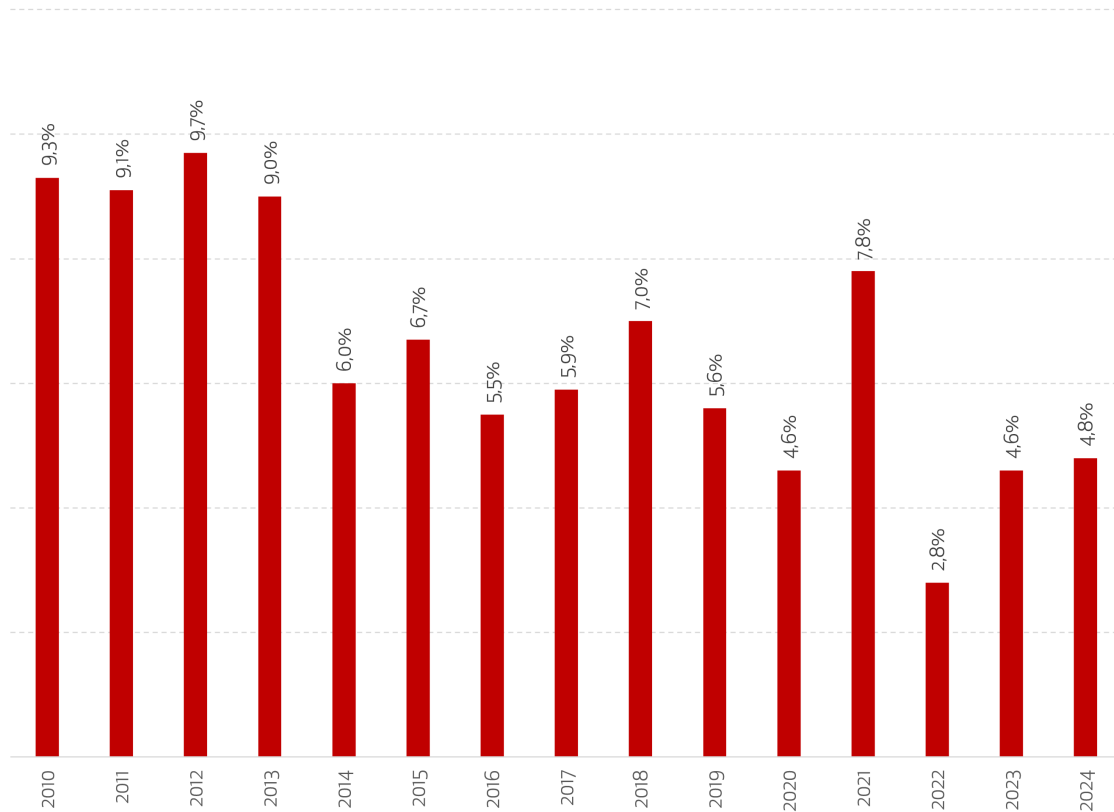


Quelle: winfuture.de

Der jeweils konkrete und aktuelle Zusammenhang bedarf offensichtlich fallspezifischer Analysen. In der Regel gibt es keine Regel, weshalb sich viele verspekulieren. Man muss verstehen, welche Kurse steigen oder fallen und warum. Und welche reale Entwicklung hinter steigenden oder stagnierenden Einkommen stehen.

Chinas Wirtschaftswachstum 2010 bis 2024

Reallohnentwicklung gegenüber Vorjahr



Quelle: Statista

Die Immobilienkrise

Offensichtlich ist die Immobilienkrise die wichtigste Ursache für die Wertverluste von Finanzanlagen. Sie begann Ende 2020 und ist noch nicht beendet. Der Immobilienmarkt in China gilt schon seit Jahren als stark überhitzt. In Ballungszentren wie Peking, Shanghai oder Shenzhen schossen die Kaufpreise und Mieten über Jahre hinweg rasant in die Höhe. Im Jahr 2020 verschärfte die chinesische Regierung ihre Vorgaben für Immobilienentwickler. Es sieht so aus, als hätte die Staatsführung der Kommunistischen Partei diese Krise absichtlich ausgelöst, als sie im August 2020 „drei rote Linien“ beschloss und verkündete.

Ziel war es, den überhitzten Immobilienmarkt abzukühlen und das Schuldenwachstum der Unternehmen zu begrenzen. Die roten Linien definieren Kennzahlen für Immobilienentwickler, die sie nicht überschreiten dürfen, um Kredite zu erhalten bzw. um neue Schulden aufzunehmen:

1. Die Gesamtverbindlichkeiten sollen nicht mehr als 70 Prozent der Gesamtvermögenswerte betragen.
2. Die Nettoverschuldungsquote soll eine Obergrenze nicht überschreiten, in der Regel 100 Prozent des Eigenkapitals.
3. Das verfügbare Bargeld bzw. die kurzfristig verfügbaren Mittel müssen mindestens die kurzfristigen Schulden decken.

Unternehmen, die alle drei Linien reißen, haben kaum Möglichkeiten, zusätzliche Kredite aufzunehmen. Wer nur eine oder zwei „Linien“ verletzt, unterliegt abgestuften Restriktionen.

Auslöser für die globale Wahrnehmung dieser Krise war der drohende Zahlungsausfall des Immobilienriesen Evergrande im Jahr 2021. Das Unternehmen kämpfte mit einem Schuldenberg von über 300 Milliarden US-Dollar. Nach Evergrande gerieten auch andere große Bauträger wie Fantasia, Kaisa und Sunac in finanzielle Schieflagen. Viele konnten ihre Schulden nicht mehr bedienen und sahen sich mit drohenden Zahlungsausfällen konfrontiert.

Der Einbruch der Börsenkurse ist die direkte Folge der Immobilienkrise, da viele Finanzanlagen direkt oder mittelbar mit Immobilien zusammenhängen oder durch Immobilien gesichert sind. Wirkungen auf die Realwirtschaft gibt es natürlich auch: Bauprojekte wurden gestoppt oder eingestellt, Aufträge an Firmen storniert, Beschäftigte mussten sich neue Jobs suchen oder wurden arbeitslos. Der Immobiliensektor macht einen erheblichen Teil des chinesischen Bruttoinlandsprodukts aus – manche Schätzungen gehen von bis zu 30 Prozent aus, wenn man verbundene Branchen mit einbezieht.

Inzwischen gibt es umfangreiche Versuche, den Immobilienmarkt zu stabilisieren. Und zwar nicht, indem man wieder mehr spekulative Preissteigerungen zulässt, sondern das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verbessert und eine gesunde Entwicklung einleitet. So wird ein Teil der leerstehenden Wohnungen vom Staat, genauer von den Kommunen, aufgekauft und in Sozialwohnungen umgewandelt, die zu günstigen Preisen vermietet werden. Die Kreditbedingungen für selbst genutzte Immobilien wurden gelockert, spekulativer Wohnungskauf mit Kreditaufnahme hingegen beschränkt. Es geht um eine realwirtschaftliche Nutzung als Wohnung oder für gewerbliche Unternehmen. Es wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen, in welchem Maße diese und noch zu erwartende Regulierungen erfolgreich umgesetzt werden. Viel hängt von den Regionen und den Kommunen ab.

Immobilien und Finanzierung der Kommunen

Die Immobilienkrise ist eng mit den Problemen bei der Finanzierung der Kommunen verbunden. Kommunen verpachten oder verkaufen Landnutzungsrechte, was kurzzeitig hohe Erlöse bringt. Diese Praxis führte jedoch zu Abhängigkeiten vom Immobiliensektor, steigenden Grundstückspreisen und langfristig auch zu einer Überschuldung der Kommunen durch umfangreiche Bauprojekte.

Viele Kommunen finanzierten ihre Haushalte zu großen Anteilen aus Einnahmen für die Verpachtung von Grund und Boden für Gewerbe- und für Bauunternehmen, die Wohnungen errichten und häufig schon vor Baubeginn verkaufen. Oft bauen die Kommunen auch die Infrastruktur für solche Gebiete und stellen sie den Nutzern zur Verfügung. Eine Folge davon sind allerdings Überkapazitäten im Bausektor, Leerstand von Wohnungen in Gebieten, die nicht nachgefragt werden, und wohl auch ungenutzte Gewerbeflächen. Im Kontext des 14. Fünfjahresplans wurde klar, dass die Abhängigkeit der Kommunen von Landverkäufen bzw. von Landnutzungsrechten reduziert werden muss.

Die regulatorischen Eingriffe der Regierung haben dieses „Geschäftsmodell“ kommunaler Finanzen schwer getroffen. Die Krise großer Immobilienentwickler wie Evergrande oder Country Garden verschärft die Situation der Kommunalfinanzen, weil Landverkäufe einbrechen und Immobilienprojekte stocken. Wenn die Preise der Immobilien nicht mehr steigen oder gar sinken, dann sinken die Einnahmen der Bauunternehmen, die Möglichkeiten der Käufer, Kredite aufzunehmen und in der Folge fehlen den Kommunen Einnahmen.

Derzeit zeichnet sich ein anderes bzw. ergänzendes Finanzierungsmodell ab: die Kommunen finanzieren Photovoltaik auf privaten Immobilien. Dafür gibt es günstige Kredite und über viele Jahre Einnahmen aus der Stromproduktion. Dies ist keine schlechte Idee und besser, als auf spekulativ steigende Immobilienpreise zu setzen.

Langfristig muss es aber zu einer grundlegenden Reform der Steuereinnahmen und der Finanzverteilung zwischen Zentrale, Regionen und Kommunen kommen. In diesem Zuge muss auch das Steuersystem umgestaltet und modernisiert werden. Bislang sind die Resultate und der Zeitplan noch nicht erkennbar. Bereits seit Jahren diskutiert wird eine landesweite Immobilien- bzw. Grundsteuer. Pilotprogramme in Städten wie Shanghai und Chongqing existieren

seit 2011, sind jedoch relativ eingeschränkt. Eine umfassende Steuerreform würde das Steuersystem breiter aufstellen und die lokalen Regierungen entlasten. Es ist aber politisch sensibel und birgt sozialen Sprengstoff.

Warum es keinen ‚Minsky-Moment‘ geben wird

Vielleicht sollte man so gelassen bleiben wie der US-Ökonom und China-Experte Stephen Roach, der schon 2021 konstatierte: „Alle Augen richten sich derzeit auf Chinas dunkle Seite. Das hatten wir schon mehrmals.“

Auch Roach wusste, dass Chinas zweitgrößter Immobilienentwickler „in potenziell fatalen Schwierigkeiten“ steckt. Das Risiko des damaligen Schuldenüberhangs von etwa 300 Milliarden Dollar für das chinesische Finanzsystem nahm auch er zur Kenntnis. Doch das Ausmaß dieses „Welleneffekts“ schätzte er weit geringer ein als diejenigen, die in Evergrande das chinesische Lehman Brothers sahen und einen weiteren ‚Minsky-Moment‘ fürchteten.

Roach führte drei Überlegungen an, die dagegensprechen: Erstens verfüge die chinesische Regierung über ausreichende Mittel, um den Ausfall von Evergrande-Krediten aufzufangen. Zweitens handele es sich bei Evergrande, wie oben angesprochen, „um eine bewusst herbeigeführte und gewollte Folge chinesischer Politik“, um Schulden abzubauen, Risiken zu verringern und die Finanzstabilität zu erhalten. Drittens, so Roach, seien die Risiken für die Realwirtschaft begrenzt: Die Nachfrageseite des chinesischen Immobilienmarktes werde durch die anhaltende Abwanderung von Landarbeitern in die Städte durchaus gut unterstützt – ganz anders als beim Zusammenbruch spekulativer Immobilienblasen in anderen Ländern wie Japan und den Vereinigten Staaten, „wo einem Überangebot mangelnde Nachfrage gegenüberstand.“

Der nächste Teil wird sich mit den Chancen und Risiken des chinesischen Pfadwechsels beschäftigen, der etwa 2015 begonnen wurde und nicht abgeschlossen ist.

[1] **Stefan Schulmeister (2018): Der Weg zur Prosperität. Salzburg: Ecwin**



Gibt es eine Wirtschaftskrise in China?

Von Rainer Land | 5.3.2025

Chinas Aufstieg liegt ein wirtschaftlicher Transformationsprozess zugrunde. Doch der folgte keinem Masterplan, sondern war eine „Mosaikevolution“ mit Suchprozessen und Experimenten.

China ist in einem wirtschaftlichen und sozialökonomischen Umbruch, der etwa 2007 eingeleitet und spätestens 2015 begonnen hat. Es ist ein Pfadwechsel weg von einer stark exportorientierten hin zu einer innovationsbasierten Entwicklung, der mit Chancen, aber auch mit Risiken verbunden ist.

Zunächst ein Blick zurück. Die erste Phase der neueren Entwicklung begann mit der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform und Öffnungspolitik 1979. Dabei ging es zunächst um den Übergang aus einer sozialistischen Planwirtschaft mit sowjetischem Vorbild zu einer Marktwirtschaft, die sich als gelenkte

Marktwirtschaft bezeichnen ließe. Dabei waren mehrere schwierige Transformationsprobleme zu bewältigen: Die Staatsbetriebe mussten in marktwirtschaftskompatible Staatsunternehmen umgewandelt werden, die für die Erhaltung und Entwicklung ihrer Ressourcen und Finanzen selbst verantwortlich sind und eine eigene Innovations- und Investitionsstrategie gestalten. Die Märkte und die Preisbildung mussten auf marktwirtschaftliche Verfahren umgestellt werden und ein ganz neues Finanzsystem mit Zentralbank, Geschäftsbanken und Finanzmärkten aufgebaut werden.

Neben den Staatsunternehmen entstanden private Unternehmen, die inzwischen den größeren Teil der Produktion, der Innovationen und der Beschäftigung verantworten. Das ganze System musste durch das Finanzsystem gelenkt werden können, und zwar auf zentraler und vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene.

In den Jahren 1988 und 1989 geriet China in wirtschaftliche Probleme – insbesondere eine hohe Inflation; eine schwere Krise und ein Studentenaufstand unterbrachen die Reformen. Erst 1993 wurden sie wieder fortgesetzt. Eine Schocktherapie wurde verworfen, der weitere Aufbau einer gelenkten Marktwirtschaft folgte keinem Masterplan, sondern durch eine „Mosaikrevolution“, durch Suchprozesse und Experimente: „Steine ertastend den Fluss durchqueren“. Details sind in meinem Buch *Chinas gelenkte Marktwirtschaft* dargestellt, das Ende März erscheint.

Wichtig für das Gelingen dieser Phase sind drei Punkte:

Erstens die Einführung des *Familien-Verantwortungssystems* auf dem Lande – der Boden wurde den Familien übergeben und neben eine geplanten Ablieferungspflicht konnte ein Teil der Produktion frei auf dem Markt verkauft werden. Die Lebensmittelversorgung war sichergestellt, es gab keinen Hunger mehr. Nur so konnte eine Zustimmung der Bevölkerung zu den Reformen und den damit verbundenen Veränderungen erreicht werden.

Zweitens wurden *Sonderwirtschaftszonen* eingerichtet, in denen Unternehmen aus den USA, Westeuropa und Japan zusammen mit chinesischen Partnern Betriebsstätten mit Sonderkonditionen errichten konnten. Moderne westliche Produkte und Verfahren kombiniert mit damals sehr niedrigen chinesischen Löhnen ermöglichten den westlichen Unternehmen überdurchschnittliche Gewinne und der chinesischen Volkswirtschaft einen bedeutenden Technologietransfer und das Erlernen von Managementmethoden für

marktwirtschaftliche Unternehmen und entsprechende volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die empfangenen Direktinvestitionen aus dem Ausland waren verbunden mit Exportüberschüssen, so dass China nicht in eine Verschuldungsfalle geriet und fast immer einen Handelsbilanzüberschuss und eine positive Zahlungsbilanz hatte.

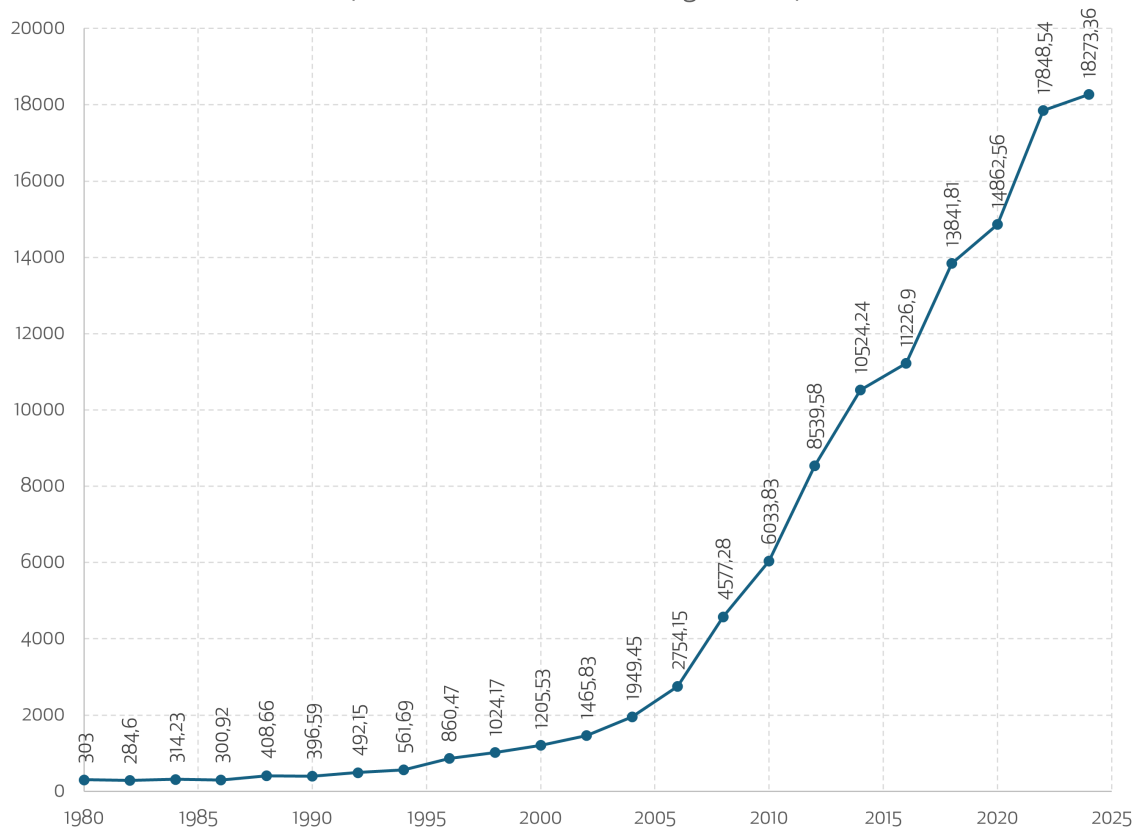
Drittens war der *Umbau des Wirtschaftssystems* zwar mit einigen sozialen Umbrüchen und Schwierigkeiten verbunden: Verschuldung der Betriebe, Entlassung überflüssig gewordener Arbeitskräfte, Abbau der Danwei, der betriebszentrierten Sozialsysteme (Gesundheit, Rente, Wohnen) und schrittweiser Aufbau staatlicher Sozialsysteme. Zugleich gab es komplizierte demographische Veränderungen. Im Zuge der Urbanisierung siedelten viele Millionen Landbewohner in schnell wachsende Städte um. Zugleich sollte mit der Ein-Kind-Politik das Bevölkerungswachstum reduziert werden.

Dies alles konnte nur gelingen, weil der Umbau mit einer Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung verbunden war: steigenden Einkommen, bessere Versorgung, bessere Wohnungen und Stadtgestaltung. Manche Teile der Bevölkerung profitierten mehr, andere weniger. Die soziale Ungleichheit nahm zu, weil vor allem der Mittelstand seine Einkommen verbessern konnte. Aber auch die unteren Einkommensschichten legten zu. Die Einkommensungleichheit wuchs, weil die oberen und mittleren Einkommen schneller stiegen als die unteren. Die Einkommen der Landbevölkerung blieben zurück, aber es gab keine relevanten Bevölkerungsteile, die im Zuge der Reformen Einkommen verloren (wie dies in Deutschland und Europa mit dem Niedriglohnsektor geschah). Allen ging es besser.

Auf diese Weise hat China als „Werkstatt der Welt“ eine einmalige volkswirtschaftliche Dynamik erreichen können.

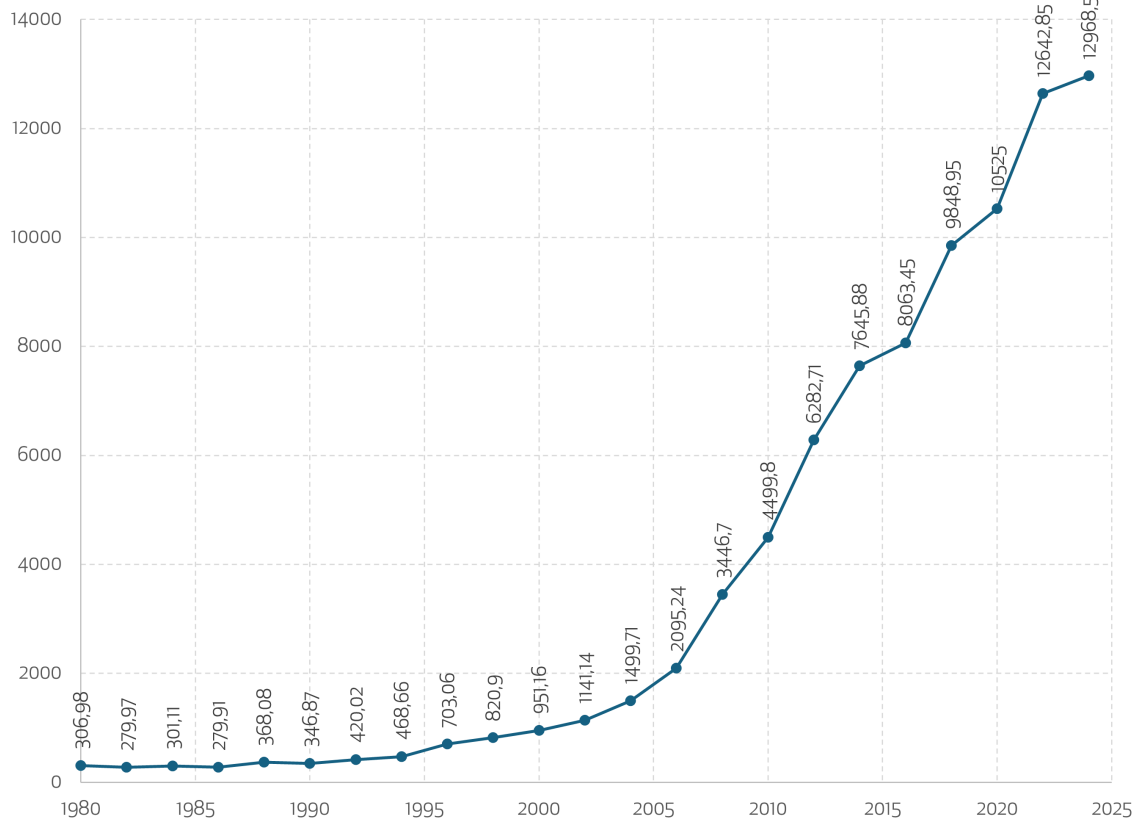
China: BIP in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2024

(in Milliarden US-Dollar; 2024 geschätzt)



Quelle: Statista

China: BIP pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2024 (in US-Dollar; 2024 geschätzt)

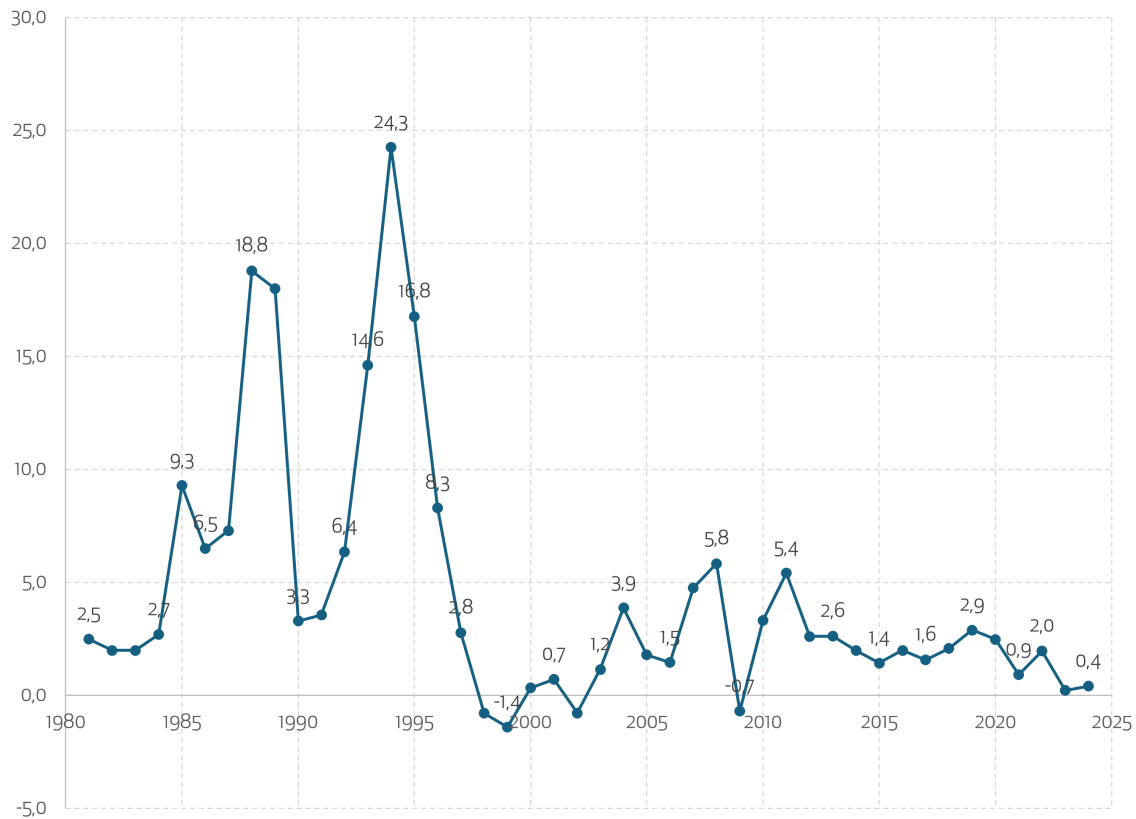


Quelle: Statista

Das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 1980 bis 2020 auf das 56-fache, pro Kopf auf das 38-fache. Zum Vergleich: In Indien stieg das BIP auf das 15-fache, pro Kopf auf das 7-fache (wegen des hohen Bevölkerungswachstums). In Deutschland stieg das BIP etwa auf das 3,5 fache, aber bei einem viel höheren Ausgangsniveau. Die Inflationsrate konnte in den 2000er Jahren stabil auf zwei bis drei Prozent reduziert werden, allein in der Weltwirtschaftskrise 2008-2011 war sie kurzzeitig höher.

China: Inflationsrate von 1981 bis 2024

(in % gegenüber dem Vorjahr; 2024 geschätzt)



Quelle: Statista

„Made in China 2025“

In den 2000er Jahren leitete China einen Pfadwechsel ein, der 2015 mit dem Programm „Made in China 2025“ offizielle Gestalt annahm. Auf diesem Weg soll China bis 2049 zu einer sozialistischen Nation mit *Wohlstand, Demokratie, nachhaltiger Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz und kultureller Fortschrittlichkeit* werden.

Die Strategie einer „Werkstatt der Welt“ mit steigenden Handelsbilanzüberschüssen würde China in Abhängigkeit von den großen kapitalistischen Industrienationen halten, die sogenannte „Falle des mittleren Einkommens“ würde drohen. Dem kann China nur entkommen, wenn es auf eine *endogene Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung* setzt – also auf Triebkräfte, die dem eigenen Wirtschaftssystem entstammen und nicht von der Importnachfrage reicher Industrieländer abhängen. Das bedeutet nicht, dass Exporte keine Rolle mehr spielen sollen, aber dass andere Triebkräfte führend werden. Die drei Schlüsselbegriffe sind: Innovationsbasierte Entwicklung,

Binnenmarktorientierung und die Belt&Road-Initiative als alternatives Globalisierungskonzept, in dem die Kooperation der BRICS-Staaten eine zentrale Rolle spielt.

Im Zuge dieses Pfadwechsels ist China dabei, die Industriepolitik und die Instrumente zur Lenkung der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu reorganisieren. Im Zentrum der neuen Strategie steht die Kombination wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Zielsetzungen:

- Aufbau eines doppelten Wirtschaftskreislaufs (Binnenmarkt und Export) und beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien (Solar und Windkraft), Steigerung der Energieeffizienz, Speicher- und Netzausbau; Einführung von verbindlichen Zielen bei der Senkung der CO₂-Emissionen.
- Halbleiterproduktion soll das gleiche Niveau wie in Taiwan und Südkorea erreichen.
- Senkung des Wasserverbrauchs pro Einheit industrieller Wertschöpfung; Senkung der Schadstoffemissionen um 20 Prozent in 5 Jahren; umfassende Nutzung der Industrieabfälle.
- Binnenkonsum soll zur wichtigsten Antriebskraft des Wirtschaftswachstums werden.
- Priorisierung der weiteren Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft. Forschung und Entwicklung im Bereich von Saatgut, so dass Saatgutunternehmen Weltniveau erreichen.
- Aufbau von vier umfassenden Wissenschaftszentren; Durchbrüche werden angestrebt unter anderem bei der Quanteninformation und dem Quantencomputer, in der Hirnforschung, der Genforschung, der regenerativen Medizin, der Biotechnologie, in der Weltraum- und Tiefseeforschung, der integrierten Kommunikation mit Erdbeobachtungs- und Navigationssatelliten.
- Das verfügbare Einkommen der städtischen und der ländlichen Haushalte soll um mehr als 7 Prozent pro Jahr (12. Fünfjahresplan) bzw. 6,5 Prozent (13. Fünfjahresplan) wachsen.
- Die Bevölkerungsentwicklung soll auf geringes Bevölkerungswachstum und einen wachsenden Anteil älterer Menschen umgestellt werden. Die Bevölkerungskontrolle (Ein-Kind-Politik) wird beendet.
- Die Bildungsdauer wird auf durchschnittlich 9 Jahre verlängert, das Bildungssystem und insbesondere die Hochschulen werden weiter ausgebaut, ebenso das Gesundheitssystem und das System der Altersrente. Eine ganzheitliche Entwicklung von Stadtclustern

(Pilotprojekte) und eine Governance für ökologische und soziale Entwicklung in den Clustern soll erreicht werden.

Dies ist ein Programm für den weiteren Aufstieg Chinas, kein Krisenszenarium. Der Pfadwechsel birgt aber Risiken, die zu Krisen führen können.

Die Risiken werden im dritten und letzten Teil dargelegt werden.



Gibt es eine Wirtschaftskrise in China?

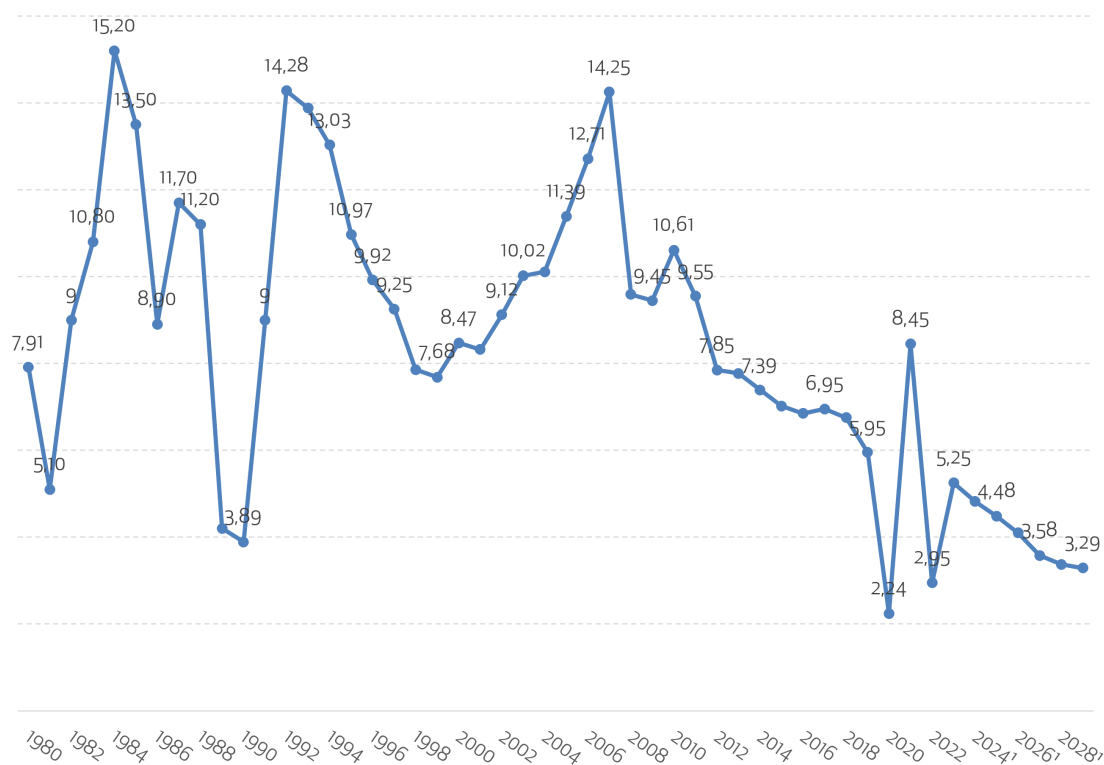
Von Rainer Land | 19.3.2025

China führt seine Wirtschaft auf den Pfad einer innovationsbasierten Entwicklung. Doch Probleme wie die demographische Entwicklung, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und deflationäre Tendenzen muss Peking lösen.

Das Tempo des chinesischen Wirtschaftswachstums verlangsamt sich und für die Zukunft wird ein weiterer Rückgang der Wachstumsraten prognostiziert. Als „Werkstatt der Welt“ erreichte China bei noch schnell wachsender Bevölkerung bis in die 2000er Jahre hinein Wachstumsraten um die 10 Prozent. Jetzt werden etwa 5 Prozent erwartet. Ist das ein Krisensymptom, wie manche Analysten meinen?

China: Wachstum des BIP von 1980 bis 2023 und Prognosen bis 2029

(gegenüber dem Vorjahr in Prozent)



Quelle: Statista

China: Wachstum des realen BIP vom 4. Quartal 2021 bis zum 4. Quartal 2024 (in Prozent)



Der Rückgang ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens gibt es kein Bevölkerungswachstum mehr – das ist beabsichtigt und wurde mit der Ein-Kind-Politik angestrebt. In den 1980er und 1990er Jahren wuchs die Zahl der Berufseinsteiger. Daher mussten Jahr für Jahr zusätzliche Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden und die Zahl der Erwerbstätigen musste steigen. Die offizielle Statistik der chinesischen Regierung zeigt, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (16–59 Jahre) um das Jahr 2012 herum ihren Höhepunkt erreichte und seither tendenziell abnimmt – zunächst langsam, dann schneller.

Daraus folgt logisch eine Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden, die allerdings statistisch nicht als Gesamtgröße erfasst werden (es gibt nur Daten für einzelne Bereiche). Diese *extensive* Wachstumskomponente entfällt seit 2012 und wird auch in den kommenden Jahren einen negativen Impuls auf das BIP-Wachstum haben.

Diesen Rückgang muss die *intensive* Wachstumskomponente kompensieren – heißt: steigende Produktivität durch Innovationen, neue Produkte und neue

Verfahren. Das derzeit angestrebte und auch erreichte Wachstum zwischen 4 und 5 Prozent bei sinkender Arbeitsmenge ist *allein* auf eine steigende Arbeitsproduktivität zurückzuführen. Beim Verbrauch von Rohstoffen und Energie sind aber weiterhin *extensive* Prozesse festzustellen. Zwar sinkt der Verbrauch an Energie und stofflichen Ressourcen pro Wertschöpfungseinheit. Aber erst, wenn die Ressourceneffizienz schneller steigt als der Produktionsausstoß wäre ein absoluter Rückgang des Verbrauchs solcher Ressourcen möglich.

Dies kann durch die Umstellung auf offene oder geschlossene Stoffkreisläufe, höhere Recyclingraten und den Übergang zu erneuerbaren Energiesystemen erreicht werden. China ist hier auf guten Wegen, aber es wird noch mehr als zwei Jahrzehnte dauern, bis eine weitgehende, in einigen Bereichen sogar vollständig auf erneuerbare Ressourcen aufbauende Entwicklung erreicht ist.

Der Rückgang der Wachstumsraten hat also zwei gewollte Ursachen. Erstens das gewollt *rückläufige Bevölkerungswachstum* und zweitens die Umstellung von einem *extensiven auf ein intensives Regime* wirtschaftlicher Entwicklung. Derzeit wächst der Ressourcenverbrauch in einigen Bereichen schon langsamer als das BIP, aber er wächst noch.

Bei einem künftig angestrebten absolut sinkenden Ressourcenverbrauch (Rohstoffe, Energie, Abprodukte) und sinkenden Arbeitsmengen wird es weiterhin wirtschaftliche Entwicklung geben: neue, bessere Produkte und Verfahren, neue Konsumbereiche, zum Beispiel bei Bildung und Kultur. Aber diese Entwicklung wird nicht in höheren *physischen* Mengen erscheinen. Mit anderen Worten: Der Wert (die Preissumme) des qualitativ veränderten Outputs (des BIP) könnte auch dann weiter steigen, wenn die neuen, besseren Produkte höhere Preise haben – relativ zu den Waren, die sie ersetzen und verdrängen.

Wirtschaftliche Entwicklung ohne physisches Wachstum und auch ohne ein Wachstum des BIP – sprich, mit sinkendem Aufwand an Arbeit und auch einem sinkenden Aufwand an Naturressourcen, Rohstoffen, Energie und Abprodukten – könnte eine künftige Tendenz in allen entwickelten Industrienationen werden. Sinkende Wachstumszahlen sind kein Ausdruck von Krisen, wenn sie auf Bevölkerungsrückgang oder den Übergang zu einem intensiven Regime wirtschaftlicher Entwicklung zurückzuführen sind. Vielleicht wird China hier Vorreiter.

Daneben gibt es eine davon unabhängige konjunkturelle Komponente. Sie ist beispielsweise an dem Einbruch zu erkennen, der durch die Corona-Pandemie

2020 bis 2022 ausgelöst wurde. Die in Teil 1 beschriebenen Maßnahmen Pekings gegen die Blasen im Immobiliensektor haben zu einem Einbruch der Bautätigkeit geführt. Zwar wird diese in den kommenden Jahren wieder zunehmen, sollte aber nicht die Größenordnung vor der Immobilienkrise erreichen. Auch die im Folgenden darzustellende Jugendarbeitslosigkeit und die schwache Konsumnachfrage haben einen negativen Einfluss auf die Wachstumsrate.

Demographische Herausforderungen

Die rückläufigen Geburtenraten und die veränderte Alterspyramide (die jüngeren Jahrgänge sind schwächer als die älteren) findet man in allen modernen Gesellschaften. Sie sind in China durch die Ein-Kind-Politik komprimiert, das heißt, der Übergang von starkem Wachstum (noch in den 1970er Jahren gab es etwa 5,5 Kinder pro Familie bzw. Frau, in den 1980er Jahren noch etwas über 2) zu einer schrumpfenden Bevölkerung (Geburtenraten nur 1,2 Kinder je Frau in den Jahren 2022/2023) erfolgte in vergleichsweise kurzer Zeit. Dieser politische Eingriff in die Demographie ist inzwischen beendet, die rückläufige Geburtenrate ist heute wie in anderen Ländern Ausdruck wachsenden Wohlstands und veränderter Lebenswelten.

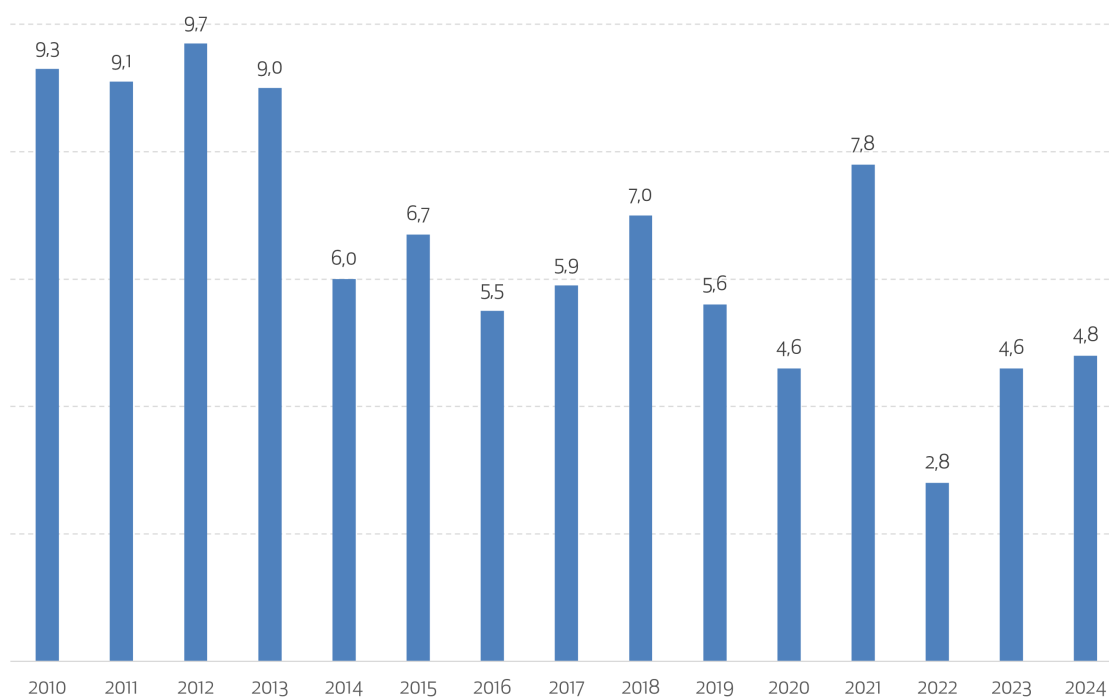
Chinesische Experten hoffen, dass mit Fördermaßnahmen ein *begrenzter* Anstieg der Geburten möglich wird. Eine chinesische Studie ([YuWa Population Research](#)) prognostiziert etwa, dass bei umfangreichen Anreizen die Fertilitätsrate auf etwa 1,4 angehoben werden könnte, wodurch bis 2030 wieder über 10 Millionen Geburten jährlich möglich würden. Um dies zu erreichen, werden Maßnahmen diskutiert wie finanzielle Prämien, längerer Elternurlaub, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Unterstützung bei Wohneigentum für Familien.

Der Rückgang der Geburtenraten hat positive ökologische Wirkungen, freilich erst in der Zukunft; eine stark wachsende Bevölkerung wäre in der Welt von heute keine vernünftige Strategie. Eine problematische Folge des Rückgangs ist aber, dass für eine hohe Zahl von alten Frauen und Männern eine sinkende Zahl von jungen Erwerbstätigen aufkommen muss. Mit einem wachsenden Anteil älterer Menschen (65 Jahre und älter) steigt der Finanzierungsbedarf für Renten. Da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft, zahlen immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentner, ein auch aus Deutschland bekanntes Problem. Ältere Menschen benötigen tendenziell mehr medizinische und

pflegerische Leistungen. In vielen Regionen (besonders auf dem Land) fehlen ausreichend Pflegeeinrichtungen und qualifiziertes Personal. Die Kosten für die Gesundheits- und Altersversorgung dürften kräftig steigen, was den Staatshaushalt zusätzlich unter Druck setzt.

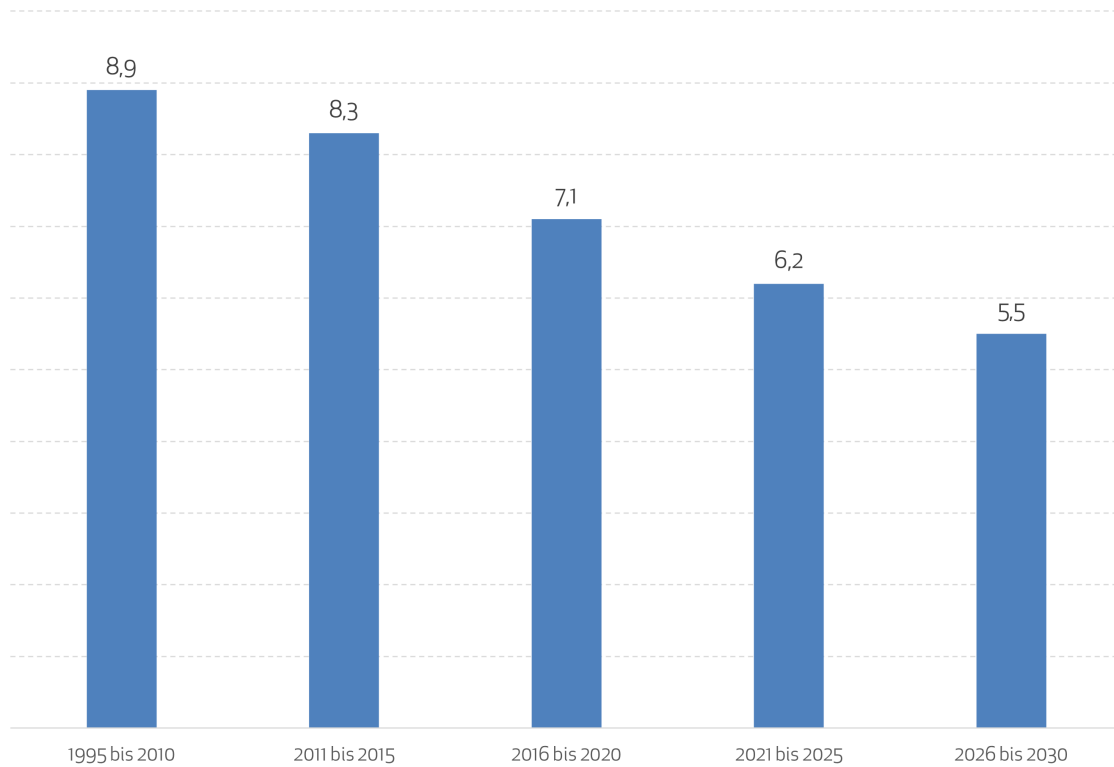
Diese demographischen Veränderungen erfordern Umstellungen im Rentensystem, im Staatshaushalt und den Kommunalfinzen. Das wäre kein gravierendes Problem, solange die Produktivität und die Durchschnittseinkommen schneller steigen als die Zahl der Rentenempfänger. Die folgenden Grafiken zeigen eine deutlich positive Reallohnentwicklung.

China: Entwicklung der Reallöhne von 2010 bis 2024 (gegenüber dem Vorjahr)



Quelle: Statista

**Prognose zum durchschnittlichen jährlichen Wachstum
der Arbeitsproduktivität in China bis 2030**
(in Prozent)



Quelle: Statista

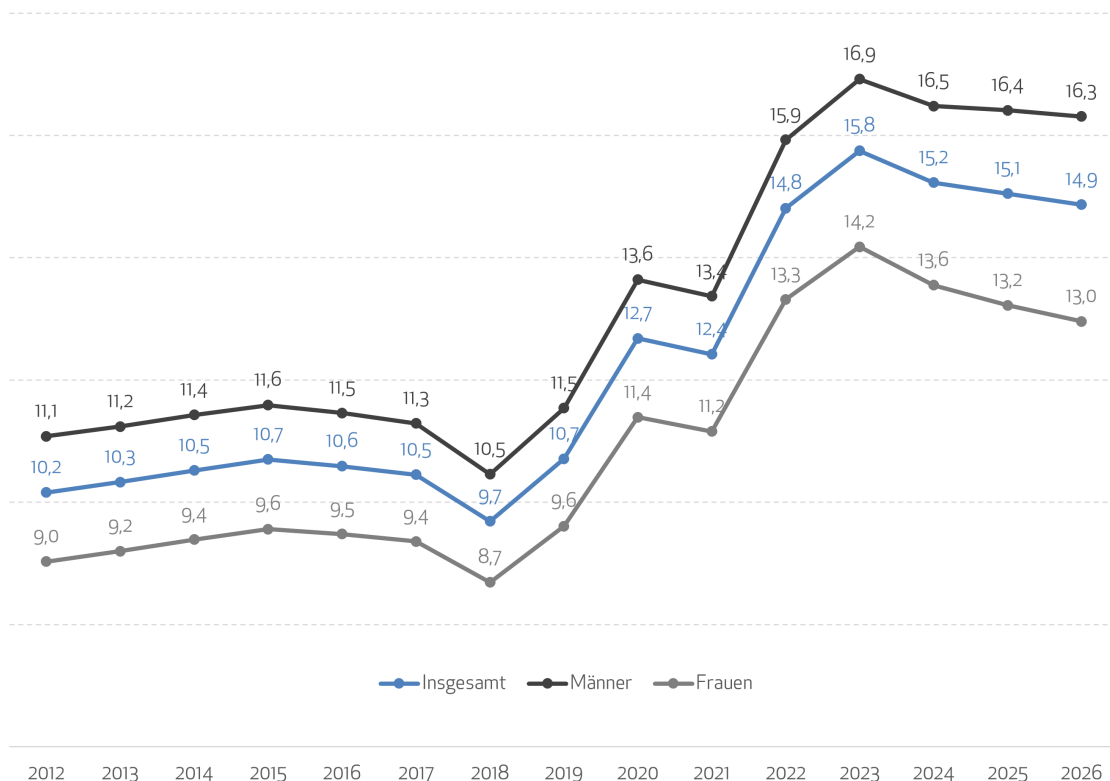
Das Wachstum der Reallöhne war im Mittel etwas geringer als das Wachstum der Arbeitsproduktivität, bei einer Inflationsrate unter 3 Prozent. Die Nominallohnentwicklung entspricht mittelfristig der goldenen Lohnregel. Unter diesen Voraussetzungen wäre eine leichte Verschiebung der Einkommen von den Erwerbstätigen zu den Rentnern zu verkraften. Die Nettolöhne würden weiter steigen, aber etwas weniger als die Produktivität: Die Sozialabgaben müssten etwas mehr steigen, um die wachsende Zahl von Rentnern bei leicht steigenden Renten zu finanzieren.

Dieser Umverteilungsbedarf kann aber nur bei steigender Produktivität und steigenden Brutto- und Netto-Erwerbseinkommen aufgebracht werden, wenn Krisen und Widerstand der Bevölkerung vermieden werden sollen. Ein solcher Übergang ist machbar, aber es kann einiges schief gehen, da gleichzeitig auch die Finanzierung der Kommunen neugestaltet werden muss ([siehe Teil I](#)). Die chinesische KP und die Regierung müssen sehr bedacht vorgehen und dafür sorgen, dass es keine größeren Verlierergruppen gibt und ein breiter Konsens in der Bevölkerung erhalten bleibt.

Jugendarbeitslosigkeit

Eigentlich sollte man meinen, dass sinkende Geburtenraten zu einem Arbeitskräftemangel führen, denn inzwischen erreichen die schwächeren 1990er und 2000er Jahrgänge das Erwerbsalter. Das kann in der Zukunft auch noch eintreten, aber derzeit ist die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch und seit 2018 auf fast 17 Prozent (Männer) bzw. 14 Prozent (Frauen) in der Spitze gestiegen.

**China: Jugendarbeitslosenquote nach Geschlecht
von 2012 bis 2023 und Prognosen bis 2026**



Quelle: Statista

Was ist die Ursache? Von strukturellen Problemen, COVID-19 und der schleppenden Erholung nach der Pandemie ist ebenso die Rede wie von den Handelskonflikten mit dem Westen. Aber ebenso lähmend für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsaussichten vieler junger Menschen waren die beschriebenen politischen Maßnahmen gegen die Blasen im Immobiliensektor, die einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung im Bausektor zur Folge hatten.

Zudem verloren Hochschulabsolventen Beschäftigungsperspektiven durch Eingriffe der Regierung in den privaten Bildungssektor. In China gab es eine Vielzahl von Online-Nachhilfeplattformen und kommerziellen Bildungsunternehmen. Im Jahr 2019 waren schätzungsweise zehn Millionen Menschen in Chinas privatem Nachhilfesektor beschäftigt, viele von ihnen mit Hochschulabschluss. Doch nun will die chinesische Regierung profitorientierte Nachhilfe überhaupt nicht mehr zulassen, was die Industrie dazu zwingt, sich zukünftig komplett neu zu erfinden.

Rund zwölf Millionen Studentinnen und Studenten haben in diesem Sommer in China ihren Abschluss gemacht – ein Rekord. Ihr Zeugnis ist aber eben kein Ticket für einen guten Job. Sie alle fluten den Arbeitsmarkt, viele finden aber keine Arbeit, obwohl sie gut ausgebildet sind. Nur knapp die Hälfte von ihnen hatte im Frühjahr ein Jobangebot.

Auch Mismatch spielt eine gewisse Rolle. „Handwerkliche oder technische Fähigkeiten sind oft sehr gefragt, aber diese Berufsfelder und Jobs werden als weniger erstrebenswert angesehen“, sagte Nicole Goldin von der Denkfabrik *Atlantic Council* in Washington. Zum Beispiel gibt es immer mehr Geisteswissenschaftler – eigentlich bräuchte es aber [Spezialisten in anderen Bereichen](#).

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein so dringendes Problem, dass Präsident Xi Jinping sie zur „[höchsten Priorität](#)“ erklärt hat. In einer Rede vor dem Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas im Mai hatte Xi speziell die Hochschulabsolventen erwähnt: für sie müssten „mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, damit sie das anwenden können, was sie gelernt haben und worin sie sich auskennen“.

Wer Arbeit findet, für den reicht das Gehalt trotz der steigenden Löhne kaum zum Leben. In Großstädten wie Schanghai und Peking verdienen Berufseinsteiger mit Hochschulabschluss im Monat gerade mal umgerechnet rund 670 Euro. Der Großteil davon geht für Miete drauf. Etwa [360 Euro](#) muss eine Person in Schanghai im Durchschnitt pro Monat dafür aufwenden, wie aus den Zahlen der chinesischen Investmentbank *Guotai Junan Securities* von 2019 hervorgeht. Wer sich das nicht leisten kann, lebt noch bei den Eltern.

Viele Absolventen müssen sich mit weniger qualifizierten Jobs und damit auch weniger Gehalt zufriedengeben. Ein junger Mann, der dieses Jahr seinen College-Abschluss gemacht hat, erzählte dem [China Observer](#), er habe seitdem

Hunderte von Bewerbungen verschickt und unzählige Vorstellungsgespräche absolviert – alle erfolglos. Heute liefere er Lebensmittel aus.

„Ich dachte, der Abschluss bedeutet ein Diplom, stattdessen fühlte es sich an wie ein Arbeitslosenzertifikat. Jetzt bin ich verzweifelt auf der Suche nach einem Job. Und meine Eltern drängen mich ständig, Arbeit zu finden. Ich habe mich für die Lebensmittellieferung entschieden, um meinen Stress vorübergehend abzubauen.“

Schwache Konsumnachfrage, hohe Sparquoten, Tendenz zur Deflation

Die Chinesen sparen insgesamt immer mehr. Die privaten Haushalte haben laut [Zahlen der Chinesischen Volksbank](#) auf ihren Konten bis Juni 18,6 Billionen Euro angehäuft – ein Rekordwert. Lange Zeit dominierten Immobilien die Geldanlage privater Haushalte. Seit Kauf und Pacht von Immobilien strenger reguliert und eingeschränkt wurden, ist Gold als Anlage im Trend. „Wir haben festgestellt, dass die Haushalte, vor allem die jüngeren, versuchen, mehr Liquidität zu halten. Das bedeutet, dass sie mehr Bargeld halten wollen, anstatt zu konsumieren“, sagt die Chefvolkswirtin der Hang Seng Bank, Wang Dan, bei [CNA](#).

Das ist ein Novum, denn in den vergangenen 45 Jahren seit den Öffnungsreformen neigten die Menschen dazu, mehr zu konsumieren. Gleichwohl hat die hohe Sparquote und die dadurch verringerte Konsumnachfrage deflationäre Tendenzen zur Folge. Im Januar 2024 sind die Verbraucherpreise stark gesunken, der Rückgang war der höchste, den China seit der Weltwirtschaftskrise 2009 verzeichnet hat.

Krisen sind möglich – aber werden Chinas Entwicklung nicht stoppen

Die geringeren Wachstumsraten, die Jugendarbeitslosigkeit und die Deflation beeinträchtigen Chinas wirtschaftliche Entwicklung, sie sind aber keine ausgewachsenen Wirtschaftskrisen. Vielmehr bedarf es einer zielgenauen und vor allem schnelleren Regelung. Der zentrale Trend zu einer innovationsbasierten wirtschaftlichen Entwicklung ist dadurch nicht gefährdet. Dies zeigt die Entwicklung von Huawei, DJI, Deep Seek und anderen High-Tech Unternehmen. China ist bei der KI inzwischen auf ähnlichem Niveau wie die

USA. Es hat bekanntlich [bemerkenswerte Ergebnisse im Bereich der Elektromobilität](#) erzielt.

Bei Hochgeschwindigkeitszügen ist China neben Japan technologisch an der Spitze. Der Umfang des entsprechenden Schienennetzes ist gewaltig und eines der längsten und am stärksten genutzten der Welt. Ende 2022 umfasste es über 42.000 Kilometer, bis 2035 sollen es etwa 70.000 Kilometer werden.

Auch in den erneuerbaren Energien ist China technologisch und hinsichtlich der Produktionskapazität führend und wird vermutlich 2025 den Übergang zu sinkenden CO₂-Emissionen schaffen. Es hat bei dieser äußerst wichtigen Zukunftstechnologie (Solar- und Windenergie) inzwischen eine stabile Exportbeziehung zum globalen Süden. Im Hinblick auf den ökologischen Umbau und die Ökozivilisation auf dem Lande konnte China [deutliche Fortschritte](#) erzielen. Die Umstellung auf eine binnenmarktbasierte Entwicklung ist hingegen noch nicht hinreichend.

China senkt seine Exporte in die USA und verringert den Bestand an US-Staatsanleihen, während gleichzeitig der Export in Schwellenländer ausgebaut wird (siehe die folgende Abbildung). Das entspricht den Intentionen der Belt&Road-Initiative. Was auch bedeutet, dass die bestehenden und vielleicht noch zu erwartenden Sanktionen und Zölle aus den USA und der EU eine abnehmende Wirkung haben.

Der eingeleitete Pfadwechsel ist mit Herausforderungen und Problemen verbunden. Diese können bei schlechtem Management der Kommunen, der Regionen und der Zentrale durchaus zu Krisen führen. Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt ins Stocken kommt.

Wirtschaftliche Entwicklung ist kein Nullsummenspiel. Chinas Aufstieg gefährdet nicht zwangsläufig die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder, weder der westlichen Industrieländer noch die anderer Schwellen- oder Entwicklungsländer, wie manche Experten glauben. Bei einer innovationsbasierten Entwicklung können alle Partner ihre Produktivität und ihre Einkommen steigern. Anders formuliert: Während der Kampf um Wettbewerbsfähigkeit ein Kampf mit Gewinner und Verlierern ist, kann wirtschaftliche Entwicklung – wie Jeffrey Sachs auf dem All-in Summit 2024 betonte ([ab Minute 23:00](#)) – kooperativ und zum Nutzen aller Beteiligten gestaltet werden.